

Forum Pazifismus



Zeitschrift für Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit

3 Wolfgang Sternstein

Wie soll sich die Friedensbewegung zu gewaltbereiten Gruppen verhalten?
Grundsätzliche Überlegungen nach den Anti-Nato-Protesten

Dokumentiert

5 Stefan Philipp

Fragen und Perspektiven nach den Anti-Nato-Protesten

8 Peter Strutynski

Wie weiter nach Strasbourg?

11 Ulrike Laubenthal und Hans-Peter Richter

Nach Straßburg – Gedanken zur
spektrumübergreifenden Zusammenarbeit

13 Streitgespräch in der Tageszeitung *junge welt*

zwischen Reiner Braun und Birgit Westermann

17 Karen Hinrichs

Jesus Christus, Friedenskönig

Predigt zum Friedensgottesdienst am Palmsonntag, 5. April 2009, in der
Friedenskirche Kehl zu Matthäus 5,5+9 und Johannes 12,12-19

19 Ute Finckh-Krämer und Jan Gildemeister

Kooperation und Konfrontation?

Das Thema Frieden auf dem evangelischen Kirchentag

23 Wolfram Wette

Signal gegen Waffenexport

»Waldkircher Erklärung« mit fast 15.000 Unterschriften
liegt jetzt dem Bundessicherheitsrat vor

28 Michael Hofferbert

Die Mutation von Pazifisten zu Statistikern und Bilanzkünstlern

Über die Erosion eines Grundrechts durch den Versuch
seiner Nutzer und Beschützer, es überflüssig zu machen

31 Ulrich Finckh

Die Friedensstaatlichkeit des Grundgesetzes

32 Maintaler Erklärung

33 Ullrich Hahn

»Responsibility to protect« (R2P)

Ein neuer Rechtfertigungsversuch für militärische Interventionen

35 Jochen Vollmer

Bibel und Gewalt

Gesichtspunkte für ein sachgemäßes Verstehen der Bibel



Foto: Regine Liebrum

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Demonstration in Straßburg Anfang April war ein Desaster - für die Friedensbewegung und die Delegitimierung des Nato-Kriegsbündnisses. Grund genug also, die Diskussion darüber, wie und mit wem die Friedensbewegung künftig demonstrieren will, klar und deutlich zu führen. Wir haben Wolfgang Sternstein gebeten, dazu einen grundsätzlichen Artikel zu schreiben. Diesen haben wir ergänzt drei Beiträge von Stefan Philipp, Peter Strutyński, Ulrike Laubenthal und Hans-Peter Richter, die sich in den Wochen nach den Protesten aus ihrer Sicht mit der Frage des Umgangs mit »spektrumübergreifender Zusammenarbeit« beschäftigt haben. Abgeschlossen wird dieser Debattenteil von einem in der Tageszeitung junge Welt veröffentlichten Streitgespräch zwischen Reiner Braun und Birgit Westermann.

Wir hoffen, damit Positionen für die weiterhin notwendige Debatte zu liefern.

Das Thema Frieden war fast keines beim Kirchentag in Bremen. Die einzige Veranstaltung musste von der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden gemeinsam mit der Militärseelsorge durchgeführt werden. Jan Gildemeister und Ute Finckh beleuchten dieses Arrangement kritisch.

Stefan K. Philipp

... vielleicht finden sich ja Menschen, die eine solche Karte für die Verwendung im Wahlkampf drucken lassen (mit dem bekannten »REWE«-blau) und verteilen wollen? Wir liefern die Druckvorlage.



IMPRESSUM

Forum Pazifismus – Zeitschrift für Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit

wird gemeinsam herausgegeben vom Internationalen Versöhnungsbund - deutscher Zweig, der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) mit der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, dem Bund für Soziale Verteidigung (BSV) und der Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Völkerverständigung PAX AN.

Verleger: Versöhnungsbund e.V., Schwarzer Weg 8, 32423 Minden

Redaktion: Kai-Uwe Dosch, Ute Finckh, Bernhard Nolz, Michael Schmid, Stefan K. Philipp (Leitung; v.i.S.d.P.)

Bestellanschrift und Aboverwaltung:
Forum Pazifismus,

Postfach 90 08 43, 21048 Hamburg

Anzeigenverwaltung: SPS-Graphics, Postfach 90 08 43, 21048 Hamburg, Telefon: 040/1805 82 85; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1.5.2004 gültig

Druck: GUS-Druck, Mozartstraße 51, 70180 Stuttgart

Versand: Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstr. 35, 70329 Stuttgart

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder der Herausgeber. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht, muss aber mit der Redaktion vereinbart werden.

Erscheinungsweise: in der Regel vierteljährlich in der zweiten Quartalshälfte

Bezugsbedingungen: Forum Pazifismus kann nur im Abonnement bezogen werden. Die Bezugsgebühr für ein volles Kalenderjahr (4 Hefte) beträgt 20.- Euro zzgl. 2.- Euro für Porto und Verpackung; bei Bestellung innerhalb des laufenden Kalenderjahres entsprechend weniger. Die Bezugsgebühren jeweils bis zum Ende des Kalenderjahres sind zu Beginn des Bezuges fällig, danach zu Beginn des Kalenderjahres. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Kalenderjahr, wenn nicht jeweils bis zum 30. November schriftlich eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.

Für Mitglieder des Internationalen Versöhnungsbundes - deutscher Zweig ist der Bezug von Forum Pazifismus im Mitgliedsbeitrag bereits enthalten.

Mitglieder der DFG-VK und des BSV können Forum Pazifismus zum ermäßigten Jahrespreis von 18.- Euro (zzgl. 2.- Euro für Verpackung und Versand) abonnieren.

Der Preis für das Förderabo I beträgt 30.- Euro, für das Förderabo II 40.- Euro; das Förderabo III zum Preis von 50.- Euro beinhaltet zusätzlich den automatischen Erhalt einer CD-ROM mit dem Jahresinhalt im PDF-Format zum Jahresende (jeweils zzgl. 2.- Euro für Porto und Verpackung).

ISSN 1613-9070

Redaktionsschluss war der 26. Juni.

Die nächste Ausgabe erscheint im September, Redaktionsschluss ist der 5. September.

Forum Pazifismus

Postfach 900843, 21048 Hamburg

Fon 040-1805 82 83, Fax 03212-1028255

eMail: Redaktion@Forum-Pazifismus.de

Internet: www.forum-pazifismus.de

Wolfgang Sternstein

Wie soll sich die Friedensbewegung zu gewaltbereiten Gruppen verhalten?

Grundsätzliche Überlegungen nach den Anti-Nato-Protesten

Es gibt Naturgesetze und soziale Gesetze. Zu den wichtigsten sozialen Gesetzen gehört die so genannte Zweck-Mittel-Relation. Sie lässt sich so beschreiben: Mittel und Zweck, Weg und Ziel gehören untrennbar zusammen. Sie sind so eng verbunden wie Same und Pflanze. Selbst im Zeitalter der Gentechnik wird es nicht gelingen, aus einer Eichel einen Kastanienbaum oder aus einer Kastanie eine Eiche zu züchten. Auf die Welt der sozialen Beziehungen angewandt heißt das: Mittel und Zweck, Weg und Ziel müssen übereinstimmen, wenn der Zweck erfüllt, das Ziel erreicht werden soll. Demzufolge ist es unmöglich, durch Krieg Frieden zu schaffen, durch Aufrüstung Sicherheit herzustellen, mit Gewalt eine gewaltfreie Gesellschaft zu erreichen oder durch eine Diktatur (und sei es auch die des Proletariats) eine Demokratie aufzubauen.

Ich wage es zu behaupten, dass in der Welt 99 Prozent der Politik auf der Missachtung dieses sozialen Grundgesetzes beruhen. Kein Wunder, dass Politik heutzutage von den meisten Menschen mit dieser Missachtung gleichgesetzt wird. Deshalb ist die Welt, so wie sie ist.

Seit ich mich 1968 zum ersten Mal aktiv an politischen Auseinandersetzungen beteiligte, habe ich unzählige Male das Argument gehört: »Wir haben ein konkretes Ziel, das wir erreichen wollen. Jede und jeder ist uns als Bundesgenosse willkommen, egal mit welchen Mitteln er dieses Ziel anstrebt. Wir schließen niemanden aus, wir distanzieren uns auch von niemandem. Wer sich gegen Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung wendet, spaltet die Bewegung. Selbst wenn er in bester Absicht handelt, ist er doch objektiv ein Verräter.« – An den Vorwurf des Verrats an der Bewegung habe ich mich im Laufe der Zeit gewöhnt. Er trifft mich nicht mehr. Ich möchte des ungeachtet hier noch einmal die Argumente auflisten, die meines Erachtens gegen Gewalt als Mittel des politischen Kampfes sprechen. Sie scheinen mir auch in der Auseinandersetzung mit gewaltbereiten Personen und Gruppen von Bedeutung:

Da ist zunächst das Argument: »Wir verteidigen uns ja nur gegen die Provokationen und die Gewalt der Polizei, die den Herrschenden als Instrument dient, um ihre Interessen durchzusetzen.« – In der Tat wirkt schon allein das martialische Auftreten der Polizei, ihre Uniformierung, die Bewaffnung mit Schlagstöcken, Tränengasspray und Schuss-

waffen, Helm und Schild, Polizeikameras, Eingreif-Trupps, berittene Polizisten usw. auf jeden Demonstrationsteilnehmer entweder einschüchternd oder provozierend. Andererseits empfinden auch die Polizistinnen und Polizisten das Auftreten des Schwarzen Blocks als Provokation: Uniformierung, Vermummung, aggressive Parolen, Sprechchöre wie z.B.: »Ich bin nichts, ich kann nichts, gebt mir eine Uniform« usw. Sollte im weiteren Verlauf der Demonstration, nachdem die ersten Farbbeutel und Steine geflogen sind, der Befehl »Knüppel frei« gegeben werden, brauchen sich diejenigen, die solche schönen Sprüche skandierten, nicht zu wundern, wenn sie dafür die Quittung erhalten.

Wer im politischen Geschäft Erfahrung hat, weiß, wie rasch Konflikte eskalieren können, weil jede Seite die Verteidigungsmaßnahmen der Gegenseite als Provokation, jede »Nachrüstung« als »Vorrüstung« interpretiert. Im Kalten Krieg führte diese Art von »Verteidigung« zum dutzendenfachen nuklearen Overkill und die Welt an den Rand der totalen Vernichtung. Wer weiß, ob wir heute noch lebten, wäre nicht ein vernünftiger Mensch wie Michael Gorbatschow in der Sowjetunion an die Macht gekommen, der erkannte, dass nicht Aufrüstung, sondern Abrüstung das Gebot der Stunde ist.

Blanke Illusionen

Soviel ist jedenfalls gewiss: Auf dem Feld der gewaltsamen Auseinandersetzung wird die »Staatsgewalt« den Demonstranten, solange keine revolutionäre Situation besteht (und die sehe ich nicht), stets überlegen sein. Wenn sie mit Flaschen, Steinen, Feuerwerkskörpern (Bengalos) und Brandsätzen zur Schlacht mit den »Bullen« antreten, wird die Polizei mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und Tränengas kommen. Wenn sie zu Zwillen und Schusswaffen greifen, wird die Polizei mit Maschinenpistolen kommen. Wenn sie zu Terroranschlägen übergehen, wird die Regierung den Polizei- und Überwachungsstaat ausbauen, die Grundrechte einschränken und Sondereinheiten zur Terrorbekämpfung aufstellen. Die Vorstellung, den Staat auf diesem Feld besiegen zu können, ist in der Bundesrepublik auf abschbare Zeit reine Illusion. Gewalt und ihre provokativen Vorformen sind folglich schon aus rein pragmatischen Gründen abzulehnen, weil sie im Hinblick auf unsere Ziele: soziale Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden, Verteidigung der

Menschenrechte und der Demokratie kontraproduktiv sind.

Die Herrschenden in unserem Land haben ein Interesse daran, dass es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen bei Demonstrationen kommt. Die Presse berichtet mit Vorliebe über derartige Ereignisse mit dem Ergebnis, dass die gemäßigten Teile der Bevölkerung von der Teilnahme abgeschreckt werden. Die gewaltbereiten Gruppen erhalten so die Oberhand und liefern sich die bekannten Schlachten mit der Polizei. Dieser Effekt ist durchaus erwünscht. Während sich der schwarze Block der Autonomen und der »grüne Block« der Polizei kloppen, genießen die herrschenden Kreise in der Republik, die uns Krisen und Kriege bescheren, seelenruhig ihre Privilegien. Die Älteren unter uns kennen diese Entwicklung aus der Zeit der 68er-Studentenrevolte. Von einer ursprünglich mächtigen und einflussreichen sozialen Bewegung blieb am Ende nur der Bodensatz der militanten K-Gruppen, Revolutionären Zellen und der Rote Armee Fraktion (RAF) übrig.

Das Interesse der Herrschenden an einer derartigen Entwicklung ist so groß, dass sie oftmals der Versuchung nicht widerstehen können, Provokateure in die Reihen der Demonstranten einzuschleusen, um die Eskalation zu beschleunigen. Dass dem so ist, sollte selbst die leidenschaftlichsten Gewaltbefürworter, sei es im Angriff oder in Verteidigung, nachdenklich machen in Hinblick darauf, wem Gewalt letztlich nützt.

■ Die Alternative: Ziviler Ungehorsam

Sodann habe ich bei Diskussionen mit gewaltbereiten Gruppen immer wieder das Argument gehört: »Wenn wir auf Gewalt verzichten, sind wir doch der Gewalt des Staates hilflos ausgeliefert. Das Demonstrationsrecht wird Schritt für Schritt durch Auflagen und polizeiliche Maßnahmen eingeschränkt. Letzten Endes stellen uns die Herrschenden mit dem, was vom Demonstrationsrecht übrig geblieben ist, eine Spielwiese zur Verfügung, auf der die politische Opposition sich austoben darf, während sie nach der zynischen Devise handeln: »Ihr dürft demonstrieren, aber wir regieren!« – Meine Antwort darauf lautet: Es gibt bei weitem wirksamere und bessere Methoden, um die Grundrechte und die Demokratie in unserem Land zu verteidigen und soziale Gerechtigkeit zu erkämpfen. Es sind das die Methoden der gewaltfreien Aktion, die sich keineswegs bloß auf die legale »Spielwiese« beschränken, sondern in Gestalt des zivilen Ungehorsams (Verkehrsblokaden, Go ins und symbolischer Sachbeschädigung) bewusst gegen Gesetze verstoßen, allerdings mit der Einschränkung, dass dabei keine Personen verletzt oder gefährdet werden dürfen und die Akteure bereit sein müssen, sich zu ihrer Tat zu bekennen und die Konsequen-

zen zu tragen. Ich kann auf diese Methoden im Rahmen dieses Artikels nicht näher eingehen. Soviel scheint mir jedoch gewiss: Sie sind nicht nur besser als die Gewalt, sie sind allein zielführend, sofern das Ziel darin besteht, die Grundrechte und die Demokratie zu verteidigen.

Wer beispielsweise das Grundrecht auf freie Versammlung (Art. 8 GG) mit Gewalt verteidigen will, trägt zu seiner Zerstörung bei, denn dieses Grundrecht schützt nun mal nur die friedliche und waffenlose Versammlung. Wer das Grundrecht wirklich verteidigen will, muss es folglich gleichermaßen gegen diejenigen, die es unter dem Vorwand der Sicherheit aushöhlen, wie gegen diejenigen, die es mit Gewalt schützen wollen, verteidigen.

Dem Vorwurf, wer sich gegen Gewalt und ihre provokativen Vorformen bei Demonstrationen ausspreche, spalte die Bewegung und diene damit den Interessen der Herrschenden, würde ich mit Gelassenheit begegnen, denn er ist grundfalsch. Niemand, wirklich niemand soll von Demonstrationen oder aus der Widerstandsbewegung ausgeschlossen werden. Was ausgeschlossen werden soll, sind Gewalt und ihre provokativen Vorformen. Gewaltfreie und »militante« Aktionsformen gehen nun mal nicht zusammen, so wenig wie Feuer und Wasser. Ich setze das Wort »militant« bewusst in Anführungszeichen, denn die gewaltfreien Aktionsformen sind nicht weniger kämpferisch = militant wie die gewaltsamen.

■ »Gewaltfreie Eingreifgruppen«

Kehren wir noch einmal zur Ausgangsfrage zurück: Wie soll sich die Friedensbewegung zu gewaltbereiten Gruppen verhalten? – Ich rate von der Teilnahme an Demonstrationen ab, bei denen die Organisation erkennbar in der Hand von Gruppen liegt, die Gewalt als Mittel des politischen Kampfes nicht ausschließen. Ich rate auch von der Teilnahme an Demonstrationen ab, zu denen ein »breites Aktionsbündnis« aufruft, das in der Frage der Aktionsmethoden keine klare Position bezieht. Ich befürworte jedoch entschieden gewaltfreie Demonstrationen und Aktionen, denn die Grundrechte und die Demokratie in der Bundesrepublik zu verteidigen ist nötiger denn je.

Mein Votum bedeutet keineswegs, dass wir uns mit der Rolle des Zuschauers begnügen, wenn der grüne und der schwarze Block sich Straßenschlachten liefern. Ich plädiere vielmehr dafür, eine »gewaltfreie Eingreifgruppe« zu bilden, die sich sorgfältig auf den Einsatz bei Demonstrationen vorbereitet, um eine Eskalation der Gewalt zu verhindern. Doch das steht auf einem anderen Blatt.

Dr. Wolfgang Sternstein ist Friedensforscher und Mitglied des Versöhnungsbundes.

Dokumentiert

Titelgeschichte der DFG-VK-Zeitschrift »Zivil-Courage« Nr. 2/2009; Autor: Stefan Philipp

Die Demonstration in Straßburg war ein Desaster für die Friedensbewegung und die Delegitimierung des Nato-Kriegsbündnisses. Grund genug, die Diskussion darüber, wie und mit wem in Zukunft demonstriert werden soll, intensiv zu führen - und klare Entscheidungen zu treffen: Keine - weil falsche - Solidarität mit Gewalttätern!

Nicht nur die Nato feierte Geburtstag. Zwei Wochen vor dem Nato-Gipfel in Straßburg, Kehl und Baden-Baden beging der Bund für Soziale Verteidigung, in dem auch die DFG-VK Mitglied ist, sein 20-jähriges Bestehen. Der Gründungsvorsitzende Theo Ebert hielt unter der Überschrift »Gewaltfrei und demokratisch« den Festvortrag, in dem er sich ausführlich mit Herkunft und Zukunft des BSV beschäftigte. Dabei kam der »Vater der sozialen Verteidigung in Deutschland« auch auf die bevorstehenden Anti-Nato-Proteste zu sprechen:

»Wenn man sich nach den pazifistischen Alternativkonzepten zur Nato umsieht, findet man wenig Konstruktives. In dem Aufruf, der zu Aktionen gegen das 60-jährige Jubiläum der Nato auffordert, ist man sich nur in den Negationen, nicht aber in den Positionen einig. Das ist auch kein Wunder, wenn man auf das Sammelsurium der Unterzeichner achtet. Bei einigen Organisationen gruselt es mir.«

Nach dem 4. April hat das Gruseln viele andere erfasst. Nach massiven Gewalttaten der beiden »schwarzen Blöcke« - auf Seite der Polizei und der Demonstranten; Opfer beider: friedliche Demo-Teilnehmer - stellt sich für die Friedensbewegung die Frage: Wie und mit wem will sie zukünftig demonstrieren?

Das intensive Nachdenken darüber hat bereits begonnen und es kursieren zahlreiche kluge und inhaltlich gute Papiere aus verschiedenen Spektren. Klar scheint danach zu sein: Es reicht nicht mehr aus, eine Verständigung über das Ziel einer gemeinsamen Aktion in einem Bündnis zu finden, mindestens genau so wichtig ist der Konsens darüber, wie dieses Ziel erreicht werden soll.

Diese Diskussionspapiere sollen hier nicht referiert werden - jede und jeder kann sie nachlesen, z.B. unter www.zc-online.de/nato-auswertung. An dieser Stelle sollen einige Aspekte aus DFG-VK-spezifischer Sicht thematisiert werden; orientiert also an der Gewaltfreiheit und am Programm der DFG-VK, das davon ausgeht, dass der »politische Pazifismus kein spezifisches politisches oder soziales System« propagiert, »aber als entscheidende Kriterien für die Fortentwicklung von Politik und Gesellschaft die Durchsetzung der Menschenrechte, die innergesellschaftliche Toleranz und den Schutz von Minderheiten sowie den Abbau struktureller

Gewalt« erkennt, wozu »eine maximale Beteiligung aller an politischen Entscheidungen und die umfassende Demokratisierung politischer Strukturen« gehören.

Wenn die Friedensbewegung (oder auch andere Bewegungen oder Gruppen) zu einer »Demo« aufruft, was will sie damit? Sie will auf etwas hinweisen, etwas zeigen, etwas darlegen, etwas beweisen - ganz im Sinne des lateinischen Verbs *demonstrare*, oder, wie es der Duden beschreibt, »seine Einstellung für oder gegen etwas in auffälliger Weise öffentlich zu erkennen geben«. Das scheint eine selbstverständliche Ausdrucksform zu sein, ein unzweifelhaftes Recht.

Dass es das nicht ist, zeigt der Blick in totalitäre Staaten. Die als Grundrechte garantierte und geschützte Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist auch eine Konsequenz aus der NS-Diktatur, was nicht geringgeschätzt und kampflös aufgegeben werden sollte. Egal, wie man zum Staat Bundesrepublik Deutschland steht - und es besteht wohl Einigkeit in der Friedensbewegung, dass sie bei allen Missständen und aller Kritik jedenfalls kein diktatorischer, totalitärer Staat ist -, wäre es fahrlässig und dumm, die staatlichen Vertreter aus ihrer Verpflichtung zu entlassen, sich an ihre eigene Geschäftsgrundlage zu halten. Diese ist im Wesentlichen, dass »Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung« an das Recht jedes Einzelnen auf freie Meinungsäußerung, das Recht »aller Deutschen, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln« sowie die anderen Grundrechte »als unmittelbar geltendes Recht gebunden« sind.

Freilich: »Für Versammlungen unter freiem Himmel« bestimmt Artikel 8 Absatz 2 des Grundgesetzes, dass das Versammlungsrecht »beschränkt« werden kann. Diese Beschränkungen dürfen aber ganz sicher nicht so weit gehen, dass vom Demonstrationsrecht nichts mehr übrig bliebe. Der Artikel von Monty Schädel auf Seite 12 dieses Hefts schildert die Auflagen, die für die Demonstrationen in Baden-Baden und Kehl verfügt wurden. Sie machen deutlich, dass damit die »freie Meinungsäußerung« unter »freiem Himmel« exzessiv be-, wenn nicht gar verhindert werden sollte. Nach dem Geist dieser Restriktionen sollte man wohl schweigend, im Schrittempo und nackt demonstrieren (was dann aber wohl wegen »Erregung öffentlichen Ärgernisses« wiederum verboten würde). Das Land Baden-Württemberg, nach dessen Versammlungsgesetz die Rahmenbedingungen der Demos geregelt wurden, probiert hier etwas, womit Bayern vor dem Bundesverfassungsgesetz bereits Schiffbruch erlitten hat. Dass eine Klage gegen die Auflagen erst in Monaten entschieden würde, ist natürlich Kalkül. Warum aber haben die Veranstalter nicht wenigstens versucht, einstweilige Anordnungen

gegen einzelne oder alle Auflagen zu erwirken?

Dass das Bundesverfassungsgericht dem Demonstrationsrecht einen hohen Stellenwert beimisst, ist seit der berühmten Brokdorf-Entscheidung von 1985 bekannt. Dort heißt es u.a.: »Das Recht des Bürgers, durch Ausübung der Versammlungsfreiheit aktiv am politischen Meinungsbildungsprozess und Willenbildungsprozess teilzunehmen, gehört zu den unentbehrlichen Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens. Diese grundlegende Bedeutung des Freiheitsrechts ist vom Gesetzgeber beim Erlass grundrechtsbeschränkender Vorschriften sowie bei deren Auslegung und Anwendung durch Behörden und Gerichte zu beachten.« Und weiter: »Die staatlichen Behörden sind gehalten, nach dem Vorbild friedlich verlaufender Großdemonstrationen versammlungsfreundlich zu verfahren und nicht ohne zureichenden Grund hinter bewährten Erfahrungen zurückzubleiben. Je mehr die Veranstalter ihrerseits zu vertrauensbildenden Maßnahmen oder zu einer demonstrationsfreundlichen Kooperation bereit sind, desto höher rückt die Schwelle für behördliches Eingreifen wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.«

Mit einer solchen Kooperation ist sicherlich ein höchst problematischer Bereich angesprochen, stellt sie doch die Frage, welche Position die Friedensbewegung zum bundesdeutschen Staat beziehen will.

Der DFG-VK-Bundesgeschäftsführer Monty Schädel hat eine umfangreiche Erfahrung in der Organisation von Demonstrationen und Protestaktionen. Bereits vor zwei Jahren war er bei allen Verhandlungen mit den Behörden wegen der globalisierungskritischen Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm beteiligt, ebenso wie nun in der Vorbereitung der Anti-Nato-Proteste.

In einer ersten Auswertung kam er Mitte April zu dieser Einschätzung: »Wer heute noch an eine Partnerschaft mit einer Behörde oder der Polizei glaubt, egal ob sie in Anzug und Hemd, der dunkelblauen oder schwarzen Kampfuniform mit Waffen, Schild und Helm oder aber mit bunten Westen als Konfliktmanager daherkommen, sollte sich aus gesellschaftlichen Auseinandersetzungen heraus halten.« Die Bereitschaft zu einer Kooperation – diese hatte das Bundesverfassungsgericht in seinem Brokdorf-Urteil von beiden Seiten verlangt – vermochte er nicht zu erkennen, sondern sieht ein System »gegen uns zur Durchsetzung der Regierungspolitik aus Krieg, Militarisierung der Gesellschaft, Abbau von Grund- und Freiheitsrechten, Minimierung sozialer Rechte und Kriminalisierung dagegen gerichteter Bewegung.« Dieses wirke unabhängig vom Willen einzelner Akteure der Gegenseite, von denen es einige geben mag, die zu einer Partnerschaft bereit wären.

Peter Strutynski, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag hat in seinen Überle-

gungen »Wie weiter nach Strasbourg?« formuliert, dass die Friedensbewegung »bekanntlich vor allem darauf« setzt, sich »in der Öffentlichkeit verständlich zu machen. Nur so sind Veränderungen in den Köpfen der Menschen, in den gesellschaftlichen ‚Großgruppen‘ (z.B. Gewerkschaften, Kirchen) und schließlich auch im parlamentarischen Bereich zu erzielen.« Richtig, und deshalb: So wenig man sich als Gewaltfreier von so genannten Militanten vorzuwerfen lassen braucht, man sei naiv (weil man weiß, dass die gewaltbefürwortende und -ausübende Militanz genau das hervorruft, ausübt und bewirkt, was sie bekämpfen will), sollte man in ein Schwarz-weiß-denken verfallen.

Niemand kann Monty Schädel seine Erfahrungen absprechen. Aber in seinem eigenen Auswertungspapier wirbt er im Blick auf die notwendige Aufarbeitung dafür, »dass nicht alle subjektiven Eindrücke generalisiert werden können.« In der Tendenz hat er sicherlich Recht, aber wo waren im Vorfeld oder auch kontinuierlich die Kontakte zu den DGB-Kollegen der Gewerkschaft der Polizei? Sicherlich kein einfacher Kontakt, zumal dann, wenn man vom GdP-Vorsitzenden Freiberg in seiner Presseerklärung vom 4. April lesen muss, dass er den »Polizeieinsatz auf deutscher Seite des Nato-Gipfels« als »vorbildlich« beschreibt. Dennoch ein zwar schwieriger, aber unerlässlicher Kontakt.

Oder wo war im Vorfeld das Gespräch mit der FDP, die in Baden-Württemberg an der Regierung beteiligt ist? Sicherlich auch schwierig und mühsam, aber es gibt in dieser neoliberalen FDP auch einen bürgerrechtlichen Flügel. Trägt z.B. der uneingeschränkt beide Maximen mit, wie sie der höchste Verantwortliche für den Polizeieinsatz, der Leitende Kriminaldirektor und Leiter der Landespolizeidirektion Freiburg, Bernhard Rotzinger, vorgegeben hat: »Die Sicherheit der Staatsgäste und aller Delegationsteilnehmer muss jederzeit gewährleistet sein. Der störungsfreie Verlauf aller Veranstaltungen einschließlich der Rahmenprogramme hat oberste polizeiliche Priorität.« Der erste Satz scheint mindestens nachvollziehbar, der zweite ist aus grundrechtlicher Sicht schlicht falsch: Auch Staatsgäste und ihr Gefolge haben es in einer Demokratie auszuhalten, sich durch friedlichen Protest »gestört« zu fühlen. Das wird jeder grundrechtsliberale FDPler unterschreiben können.

Das Streben nach »Veränderungen in den Köpfen der Menschen« hin auf eine gewaltfreie Orientierung und mit menschenrechtlich orientierter Perspektive führt direkt zu der Frage nach den Bündnispartnern der DFG-VK.

Versteht man Gewaltfreiheit im Gandhi'schen Sinne als aktives Tun, für das bewusst auch Nachteile in Kauf genommen wird, das stets offen agiert und die volle Verantwortung dafür übernimmt, das das Leben, die Integrität und die Würde des Kontrahenten unter allen Umständen respektiert, dann wäre das ein sehr hoher Anspruch, der den Kreis

möglicher Bündnispartner massiv beschränken würde. (Und fraglich wäre im Übrigen, ob ein solches Verständnis überhaupt von allen DFG-VK-Mitgliedern geteilt würde.) Unstrittig in der DFG-VK dürfte aber sein, dass Aktionen so angelegt und durchgeführt werden müssen, dass sie friedlich, gewaltlos und die Verletzung anderer Menschen ausschließend sind. Die Übertretung von Gesetzen wäre damit grundsätzlich nicht ausgeschlossen, die Ausübung zivilen Ungehorsams wäre vielmehr Bestandteil dieses Verständnisses. Gleichzeitig wäre aber auch die Trennlinie eindeutig fixiert: Der kategorische Ausschluss menschenverletzender Gewalt. Dafür braucht sich eine Organisation wie die DFG-VK nicht zu rechtfertigen, dafür muss sich kein DFG-VK-Mitglied entschuldigen. Dem Vorwurf der »Spaltung« (der Friedensbewegung) würde man begegnen mit: »Ja! Genau diese wollen wir – an der Frage der menschenverletzenden Gewalt. Wer mit uns gemeinsam eine Aktion machen will, der muss sich dafür auf diese Bedingung einlassen. Wer an einer unserer Aktionen teilnehmen will, der muss diese Voraussetzung in seinem Handeln erfüllen. Keine Organisation und keine Einzelperson wird gezwungen, mit uns zusammenarbeiten, an unseren Aktionen teilzunehmen.« Für PazifistInnen heiligt der Zweck die Mittel nicht, im Gegenteil bilden ihre Methoden das angestrebte Ziel bereits ab.

Was hat den Erfolg der Ostermarsch-Bewegung der 1960-er Jahre ausgemacht, die ein Umdenken im »kalten Krieg« mit angestoßen hat, den Wahnsinn der atomaren Abschreckung für zunehmend mehr Menschen deutlich gemacht hat, die Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung zu einer Massenbewegung mit befördert hat? Ihre klare Absage an Gewalt.

Was hat den Erfolg der Friedensbewegung gegen die Aufstellung neuer atomarer Raketen in den 1980-er Jahren mit der Teilnahme Hundertausender an Demonstrationen und Tausender an Blockade-Aktionen und der Zustimmung von Millionen zu ihren Forderungen bewirkt? Ihre friedliche Orientierung, ihre gewaltlosen Aktionsformen.

Es ist ein Märchen zu glauben, man könnte die Meinungsführerschaft als Friedensbewegung in der Bevölkerung gewinnen, wenn man gewaltförmige Methoden nicht klar ausschließen, Zweifel an der friedlichen Orientierung zulassen würde.

Was aber ist mit den Agents Provocateurs, von denen man weiß, dass es sie gab und gibt, dass sie wohl auch in Straßburg »zum Einsatz« kamen? Denn natürlich konnten die Staats- und Regierungschefs der in Straßburg versammelten Nato-Mitglieder nichts dringender brauchen als die Bilder Steine werfender Demonstranten, vermummter Gewalttäter, brennender Gebäude. Nichts hätte die Legitimation ihrer Kriegspolitik stärker in Frage gestellt und die faktische Besetzung einer ganzen Region und die Verhängung des Ausnahmezu-

stands über ihn stärker deutlich gemacht als Zehntausende, die friedlich und selbstbewusst ihr Gesicht zeigend ihre Ablehnung der Nato bekundet hätten und von einer ebenso großen paramilitärischen Polizeitruppe bedroht und angegriffen worden wären. Insofern kann man davon ausgehen, dass es in Straßburg staatliche gelenkte Provokateure gab, die gemeinsam mit nichtstaatlichen Gewalttätern die Tausende friedlicher DemonstrantInnen faktisch in Geiselhaf genommen und deren Anliegen desavouiert haben.

Was also tun mit den Agents Provocateurs? Wenn eine Aktion eindeutig als friedlich und gewaltlos angelegt und die Teilnahme daran mit dem Einverständnis dieser Bedingung verbunden wäre, dann würden die nichtstaatlichen Steinewerfer nicht kommen. Jeder, der zur Gewaltanwendung aufstachelt, der selbst welche ausübt, wäre ein staatlich entsandter Agent Provocateur – und könnte bedenkenlos seinen eigenen Leuten übergeben werden. Das wäre im Übrigen auch keine »Zusammenarbeit mit der Polizei«, wie sie von anarcho-pazifistischer Seite abgelehnt würde. Im Gegenteil würde die Zusammenarbeit doch genau darin bestehen, Agents Provocateurs den Schutz der eigenen Leute zu bieten und sie dort ihren Auftrag ausführen zu lassen.

Nun führt die Friedensbewegung bei ihren Demonstrationen keine Zugangskontrollen durch. Weder könnte sie das, noch sollte sie das tun. Die Veranstalter können sich aber darum kümmern, instruierte und vorbereitete Ordner zu stellen. Ordner braucht sie ohnehin, weil das regelmäßig eine behördliche Auflage ist. Dann würde es nicht wie bei der Demonstration in Kehl passieren, dass jede und jeder, die/der nicht ausdrücklich »Nein« gesagt hat, eine Ordnerbinde in die Hand gedrückt bekam, ohne dass sie/er die blasseste Ahnung gehabt hätte, wie sie/er sich in welchem Fall zu verhalten hätte oder wie sie/er z.B. Kontakt zur Demoleitung hätte herstellen können.

Was sich bei gewaltfreien Aktionen mit dem Bezugsgruppensystem als sehr positiv bewährt hat, könnte in modifizierter Form auch bei Demonstrationen praktiziert werden. Gerade eine Organisation wie die DFG-VK mit ihrer Mitgliederstruktur könnte dabei hilfreich sein. Bei der Demonstration in Kehl waren einige Dutzend DFG-VK-Mitglieder dabei. Diese in 3-er Gruppen und ausgestattet mit den Handynummern der anderen über die Demo verteilt...

Wahrscheinlich wäre es klug gewesen, solche und weitere Fragen schon nach den Gewalttaten aus der Demo heraus im Rostocker Stadthafen anlässlich der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm vor zwei Jahren gründlich zu diskutieren und klare Entscheidungen zu treffen. Vielleicht wäre es dann gar nicht zu den »gruseligen« Szenen in Straßburg gekommen? Spätestens aber jetzt sollte man das tun!

Peter Strutynski (Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag): Wie weiter nach Strasbourg? (veröffentlicht unter: www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/NATO/60/strutynski2.htm)

Die Proteste gegen den Nato-Jubiläumsgipfel in Baden-Baden und Strasbourg sind sowohl in der Bundesrepublik als auch in Europa von langer Hand vorbereitet worden. Es fanden zahlreiche Koordinierungstreffen und Konferenzen in Frankfurt, Stuttgart, Brüssel, Paris und Strasbourg statt, der umfangreiche E-Mail-Verkehr und die Telefonkonferenzen zur schnellen Verständigung über auftretende Streitpunkte können zahlenmäßig gar nicht mehr erfasst werden. All das überstieg die Möglichkeiten ehrenamtlicher »Friedensarbeiter/innen«, sodass sich noch mehr Last bei den wenigen »Hauptamtlichen« auftürmte, die zuletzt buchstäblich rund um die Uhr im Einsatz waren. Hinzu kommen die zahlreichen Veranstaltungen, welche die beteiligten Organisationen (über 600, die den internationalen Appell europaweit unterzeichnet haben) und viele lokale Initiativen zur Mobilisierung im Vorfeld des Gipfels durchgeführt haben. Gemessen an dem enormen Aufwand waren die Ergebnisse nicht zufrieden stellend. Unsere auf zwei Tage angesetzte und konzeptionell gut durchdachte Konferenz litt zumindest am zweiten Tag an einem dramatischen Teilnehmerschwund – obwohl durchaus noch prominente Rednerinnen und Redner angekündigt gewesen waren. Dennoch war die Abschlussdiskussion, die bereits die Vorgänge um die Großdemonstration mit reflektierte, außerordentlich wichtig. Die Demonstrationen in Baden-Baden litten an geringen Teilnehmerzahlen, die große Abschlussdemonstration in Strasbourg litt vor allem unter ihren gewaltsamen Begleitumständen. Wenn tausende und abertausende Demonstranten – vornehmlich aus Frankreich und Deutschland – zu einer großen gemeinsamen Friedensdemonstration anreisen, die dann von der Repression der Polizei und der eruptiven Gewalt des sog. »Schwarzen Blocks« buchstäblich erstickt wird, dann ist das nicht nur in höchstem Grade frustrierend für die Demonstranten, sondern bedarf auch einigen Nachdenkens über den unmittelbaren Anlass hinaus.

Die auffälligste Erscheinung bei größeren internationalen Protesten und Demonstrationen ist ihre zunehmende Gleichartigkeit. Ob es gegen einen G8-oder G20-Gipfel geht oder ob gegen die Nato demonstriert wird: Es sind zu einem gewissen Teil dieselben Akteure und es sind vor allem auch dieselben Parolen: Kaum eine Großdemo, bei der dem Kapitalismus nicht endgültig das Handwerk gelegt, zum Kampf gegen die weltbeherrschenden Transnationalen Konzerne und Banken aufgerufen und der globale Widerstand gegen die Regierungspolitik der führenden Staaten des Westens oder des

»reichen Nordens« organisiert wird. Es soll hier nicht abgestritten werden, dass all das – wenn es denn nur ein wenig differenzierter und präziser benannt würde – Grund genug wäre, täglich auf die Straße zu gehen, was doch allemal besser ist, als die Faust nur in der Tasche zu ballen. Die Frage ist aber, ob das Themeneinerlei der an sich verschiedenen Protestbewegungen – die ihre je eigenen politischen Ziele, Traditionen, Anhänger und »Sympathisanten« haben – dem jeweiligen Protestanliegen gerecht wird. Davon zu trennen ist die Frage, warum die Akteure, oder sagen wir besser: die das Erscheinungsbild prägenden Teile der Akteure bei den genannten Protestanlässen so uniform auftreten.

Die Konturen des heutigen Protestbildes haben sich nicht erst beim G20-Krisengipfel in London und auch nicht erst beim G8-Gipfel in Heiligendamm (2007) herausgebildet, sondern waren schon bei früheren Gipfeln erkennbar, wobei vor allem Genua (2001) sowie die jährlichen Treffen in Davos erwähnenswert sind. Die Parolen werden immer radikaler, der »schwarze Block« – spiegelbildlich zur Polizei – immer martialischer, die Protestdauer immer umfangreicher und die Organisation des Protestes immer gigantischer. Vor allem internationale Events sind selten an einem Tag zu absolvieren, sodass Camps eingerichtet werden müssen, um den TeilnehmerInnen günstige Übernachtungs- und Kommunikationsmöglichkeiten zu bieten. Die Camps sind einerseits vorzügliche Beispiele selbstorganisierter und selbstverwalteter Massenquartiere überwiegend junger Leute, andererseits können sie aber auch missbraucht und zweckentfremdet werden von Menschen, die ganz andere Ziele verfolgen als die Masse der Camp-Bewohner. Das Einschleusen ganzer Gruppen von »agents provocateurs« ist dann besonders leicht möglich, wenn die Camps eine bestimmte Größe übersteigen und die teilnehmenden Gruppen/Organisationen aus verschiedenen Regionen und Ländern kommen und sie den Organisatoren nicht bekannt sind. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie sich dieses Risiko zumindest vermindern ließe.

Bezüglich des Nato-Gipfels deuten zahlreiche Hinweise von Augenzeugen und meine eigene »teilnehmende« Beobachtung auf drei kritische Faktoren der eskalierenden Gewalt hin:

1. Nachdem Frankreichs Staatspräsident die Lösung ausgegeben hatte, er wolle während des Nato-Gipfels keinen Demonstranten in Strasbourg sehen, war die Linie der Polizeibehörden klar: Die Straßburger Innenstadt sollte weiträumig abgeriegelt und die Demonstration in einem menschenleeren Park- und Hafengelände am Stadtrand herumgeführt werden. Alle Versuche, dieses Diktat auf dem Verhandlungsweg mit den Behörden zu umgehen, waren vergeblich. Wer das verfassungsmäßige Recht auf freie Meinungsäußerung und Demonstration in ein Recht umbiegt, menschenleere Natur

und Hafenanlagen zu »agitieren«, schürt berechtigten Zorn bei den Demonstranten und provoziert Widerstand. Eine Form solchen Widerstands hat eine Gruppe von Demonstranten aus einem Camp in der Innenstadt mehrere Stunden erfolgreich praktiziert, indem sie die Kreuzung mit dem symbolhaften Namen Avenue de la Paix/Av. de Vosges besetzt hielt. Die sie umringende Polizei griff nicht ein. In einem anderen Fall jedoch, als mehrere Hundert Camp-Teilnehmer sich in den frühen Morgenstunden einen Weg in die Innenstadt bahnen wollten, wurde dieser Versuch von wiederholten massiven Polizei-Attacken unter Einsatz von Tränengas und Gummigeschossen konterkariert. Da staut sich Wut auf.

2. Während die Polizei im allgemeinen nicht lange fackelt, bevor sie gegen »gewaltbereite« Demonstranten vorgeht, hat sie zumindest auf der Europabrücke seelenruhig zugesehen, wie das längere Zeit nicht mehr benutzte und entsprechend marode Zollhaus von schwarz verummten Gestalten angesteckt wurde, bis die Rauchwolken weithin sichtbar zum Himmel stiegen. Somit war der – willkommene – Anlass gegeben, die Brücke nicht – wie vereinbart – für die Friedensdemonstration freizugeben. Das Abfackeln des Gebäudes lag also durchaus im Interesse der Polizei – so sehr, dass sie, wenn es nicht willfährige »Demonstranten« gegeben hätte, das auch selbst hätte besorgen können?

3. Nicht alles indessen lässt sich auf das Konto der Polizei schieben. Wenn jemand, ohne dazu von der Polizei oder irgendjemand anderem gezwungen zu sein, Häuser abfackelt – immerhin brannte ein mehrstöckiges Hotel fast vollständig aus und auch eine Apotheke wurde Opfer der Flammen –, Bushaltestellen zerstört und massenhaft Steine – und zwar keine kleinen – im Vorwärtsgang gegen Polizeiketten wirft, dann ist das weder Selbstverteidigung noch sind das symbolhafte Aktionen, sondern es ist reine Zerstörungswut, die zudem Leib und Leben der Friedensdemonstranten gefährdet. Von der Polizei eingekesselt zu werden, ist das eine. Aus dem Kessel heraus – in dem sich mehrere Tausend Demonstranten befanden – Angriffe auf die Polizei zu starten, ist sozial zutiefst verantwortungslos und es grenzt fast an ein Wunder, dass nicht noch mehr passiert ist. Blauäugig, wenn nicht verantwortungslos war auch der Appell von der Kundgebungsbühne herab, dass sich bei der Demonstration alle Teile der Protestierer, also auch der »Schwarze Block« vermischen sollten. Für Diana Johnstone ist es geradezu ein Grundprinzip friedlicher Demonstrationen, sich nicht mit denjenigen, die »objektiv« das Geschäft der anderen Seite besorgen, gemein zu machen: »Es darf keine Vermischung mit dem *Schwarzen Block* oder anderen Gruppen mehr geben, die genau die Schwierigkeiten machen, die von der Polizei gewünscht werden.«

In den sozialen Bewegungen spricht man nicht so gern über den »Schwarzen Block«. Einmal weil es ihn als »Block« tatsächlich nicht gibt, zum anderen weil die schwarze Kluft inklusive der Kapuzenpulvis keineswegs zum exklusiven äußeren Erkennungszeichen »gewaltbereiter Chaoten« (Behördenslang) gehört. Die Sprachlosigkeit der Bewegungen geht aber noch weiter: Es wird nicht gern gesehen, wenn Gewalttäter (egal aus welchem »Block«) auf Seiten der Demonstranten für ihr Tun verantwortlich gemacht oder gar grundsätzlich kritisiert werden. Man wolle sich ja nicht »auseinanderdividieren« oder gar »spalten« lassen. Stattdessen ist man eher geneigt, Verständnis zu zeigen oder Entschuldigungen derart vorzubringen, wonach die Gewalt von Seiten des »Schwarzen Blocks« ursächlich ausschließlich auf das brutale Vorgehen der Staatsgewalt zurückzuführen sei und somit als eine Art Selbstverteidigung legitimiert werden könne.

Ich muss gestehen, dass ich so viel Toleranz und Gutwilligkeit nicht aufbringe. Mir schien es jahrelanger Konsens in der Friedensbewegung zu sein, dass deren Demonstrationen und Aktionen nicht nur gegen Krieg und Gewalt und für Frieden einstanden, sondern dass sie selbst auch auf ausschließlich friedliche, gewaltlose Protestformen setzten. Dies aus zwei Gründen: Einmal weil Gewaltlosigkeit als generelles Prinzip im Umgang von Staaten untereinander zu gelten hat (entsprechend dem in Art. 2 Abs. 4 UN-Charta formulierten strikten Gewaltverbot) und demnach auch in den politischen Auseinandersetzungen anderer Ebenen praktiziert werden soll. Zum anderen weil die Protestbewegungen, die in der Regel aus einer Position politischer und medialer Defensive heraus agieren, ihre Botschaften anders als friedlich nicht kommunizieren können. Politische Radikalität ist keine Frage der Form, sondern eine Frage des Inhalts. Wolfgang Kraushaar hat vor kurzem in einer Bewegungsanalyse von der »Militanzfalle« gesprochen: »Je gewaltfreier ihre Protestaktionen verlaufen, desto geringer fällt das Echo in der medial bestimmten Öffentlichkeit aus. Und umgekehrt: Je gewaltsamer die Protestaktionen ausfallen, desto stärker ist ihre öffentliche Resonanz.« (Frankfurter Rundschau, 04.04.2009.) War nicht das Medien-echo auf die Gewalt in Strasbourg und die geringe Resonanz auf die gewaltlose Friedensdemo in Kehl der schlagende Beweis dafür?! Allerdings, so räumt Kraushaar ein, ist der »Preis für die Überwindung der Aufmerksamkeitsschwelle« sehr hoch. Denn erstens werde durch die mediale Skandalisierung der Gewaltereignisse von den politischen Inhalten des Protests abgelenkt, und zweitens zwingt der Einsatz von Gewalt die Bewegung selbst immer wieder in interne Spaltungsdiskussionen.

Beides ist in der Folge der Straßburger Ereignisse geschehen. Daher ist m.E. eine Rückbesinnung sowohl auf die sprichwörtliche Friedfertigkeit der

Friedensbewegung als auch auf die Besonderheit ihrer politischen Themen und Anliegen notwendig. Die Friedensbewegung muss sich auf ihr eigenes Profil besinnen. Dies kann Auswirkungen auf die Konzeption von Bündnispolitik haben. Ein »möglichst breites« Bündnis, das bei den Vorbereitungen zu den Nato-Protesten dem Koordinierungskreis vorschwebte, kann auch, so die bittere Realität, das Bewegungsspektrum verengen. Dann nämlich, wenn keine klare Grenze zu jenen »autonomen« Zirkeln gezogen wird, die für das Prinzip der Gewaltlosigkeit nur ein müdes Lächeln übrig haben bzw. ohnehin an verbindlichen Abmachungen kein wirkliches Interesse haben. Dann diktiert sie nämlich sie das Geschehen bei den »gemeinsamen« Aktionen. Ein solcher Trennungsstrich ist notwendig unabhängig davon, welche subjektive Auffassung die gewaltbereiten Demonstranten selbst von ihren Aktionen haben. Diana Johnstone stellt die Frage nach den Motiven der »casseurs« und kommt zu folgender Antwort: »Sind die Gewalttäter des Schwarzen Blocks von der Polizei eingesetzte Provokateure? Weil ich dieser Frage nicht selbst nachgehen kann, lautet meine intuitive Antwort: subjektiv nein, objektiv ja. Sicher können nicht alle, die schwarze Kapuzen tragen, von der Polizei (beauftragt) sein. Die meisten von ihnen glauben sicher, gegen den Kapitalismus zu *kämpfen*, wie sie öffentlich verkünden. Aber objektiv liefern sie durch ihr Verhalten der Polizei die Rechtfertigung für die repressiven Maßnahmen, die sie so enthusiastisch bekämpfen.« – Diana Johnstone geht nicht im Einzelnen auf die spezifischen Bündnisbeziehungen und -strukturen der Nato-Gipfelgegner ein. Eine Schlussfolgerung aus ihren allgemeinen Überlegungen kann aber sein, dass es für die Friedensbewegung unter Umständen nützlicher ist, ihre eigene Strategie und Planung zu entwickeln, ohne den Versuch zu unternehmen, alle politische Kräfte und »Spektren« einzubeziehen, auch jene, die nach Auffassung von Kate Hudson vom britischen CND (Campaign for Nuclear Disarmament) »nicht Teil unserer Bewegung« sind (so in einem E-Mail an das Internationale Vorbereitungsgremium am 6. April 2009).

Die Breite eines Bündnisses sollten wir stets in Zusammenhang mit der Politik sehen, für die wir gemeinsam eintreten. Und natürlich auch, in welcher Form das gelingen kann. Dabei setzen wir bekanntlich vor allem darauf, uns in der Öffentlichkeit verständlich zu machen. Nur so sind Veränderungen in den Köpfen der Menschen, in den gesellschaftlichen »Großgruppen« (z.B. Gewerkschaften, Kirchen) und schließlich auch im parlamentarischen Bereich zu erzielen. Diese Position, für die wir gemeinsam stehen, kann dazu führen, dass nicht alle mitmachen wollen. Damit müssen und können wir leben.

Bei der bundesweiten Afghanistan-Demonstration im September 2007 haben einige Friedens-

gruppen sich darüber beklagt, dass zu viele rote Fahnen der Partei der Linken das Bild der Demo geprägt hätten. Die Konsequenz daraus konnte selbstverständlich nicht sein, rote Fahnen künftig zu verbieten (zumal man nach wie vor rote Fahnen einfach besser sieht), sondern den Anteil von blauen und regenbogenfarbenen Friedensfahnen und grünen oder orangen Fahnen anderer Parteiprovienz zu erhöhen. Und, das muss auch einmal gesagt werden: Es darf auch ohne Fahnen demonstriert werden. Dies setzt aber die Wiedergewinnung der Meinungsführerschaft der Friedensbewegung voraus. Die gibt es nicht pauschal, sondern immer nur themenbezogen. Hinsichtlich des Afghanistankriegs sind auch heute noch fast zwei Drittel (64%) der Bevölkerung der Meinung, dass die Bundeswehr abgezogen werden soll (ARD-Deutschland-Trend April 2009). Da hat die Friedensbewegung also eine Art Meinungsführerschaft – aber leider (noch) nicht die entsprechende »Gefolgschaft« beim Straßenprotest. Bezüglich der Nato haben wir mit einer anderen politischen Großwetterlage zu rechnen. Nach einer Umfrage von »Transatlantic Trends« 2008 ergab sich in Deutschland eine Zustimmungquote von 62 Prozent zur Nato (die Frage lautete, ob »die Nato noch immer eine wesentliche Bedeutung für die Sicherheit des eigenen Landes« habe). Diese Zustimmung war schon einmal – 2007 – mit 55 Prozent sogar wesentlich geringer gewesen; das Ansteigen 2008 war offenbar eine Reaktion auf die zunehmenden Spannungen zwischen Russland und Georgien im Sommer 2008. Der Augustkrieg, der vom Mainstream hier zu Lande als russische »Aggression« gegen Georgien kommuniziert wurde, könnte die Zustimmungsfrent zur Nato sogar noch weiter erhöht haben. [»Transatlantic Trends« ist ein Projekt des German Marshall Fund of the United States und der Compagnia di San Paolo.]

Gemessen an dem Ziel, die Nato in den Augen der Öffentlichkeit zu delegitimieren, steht die Friedensbewegung mit ihrer Nato-Kampagne noch in den Anfängen. Sich größeren Teilen der Bevölkerung zuzuwenden und sie auf unsere Seite zu ziehen, setzt eine Art »Alphabetisierung« in Sachen Nato voraus. Zu welchem Zweck war seiner Zeit die Nato gegründet worden. Was war das Ergebnis der 40-jährigen Konfrontation zweier bis an die Zähne bewaffneter Militärblöcke? Warum verschwand die Nato nicht mit dem Ende ihres Gegners, des Warschauer Pakts? Wozu ist die Nato heute noch da? An welchen Kriegen beteiligt sich die Nato? Wie teuer kommt die Nato den Bevölkerungen der Mitgliedstaaten zu stehen? Welche Rolle spielen Militärpakte in der Geschichte? Auf diese und viele weitere Fragen müssen profunde Antworten gegeben werden. Auch die Friedensforschung sollte hierzu von der »Bewegung« viel stärker gefordert werden.

Die Alphabetisierung der Bevölkerung in Sa-

chen Nato geht nicht von heute auf morgen, sondern wird der Friedensbewegung eine Menge geduldige Arbeit abverlangen. Der Nato-Gipfel war diesbezüglich erst ein Anfang – kein sehr glücklicher, aber eben doch ein Anfang. Um voranzukommen, wird sich die Friedensbewegung stärker auf ihre eigene Agenda und auf ihre Adressaten konzentrieren müssen. Und sie wird sich dabei vor allem auch um jüngere Menschen bemühen müssen. Denn das muss auch gesagt werden: Die befanden sich mehrheitlich nicht unter den »normalen« Friedensdemonstranten.

Ulrike Laubenthal und Hans-Peter Richter: Nach Straßburg – Gedanken zur spektralen-übergreifenden Zusammenarbeit

Wir haben schon einiges erlebt, aber das war neu: Zuerst verbieten die Behörden den Demonstrationenzug durch die Innenstadt und schicken die DemonstrantInnen in ein abgelegenes Hafenviertel, dann verhindern sie systematisch die Anreise von DemonstrantInnen zum Ort der genehmigten Demo, und schließlich beschließen sie diejenigen, die dort dennoch ankommen, mit Tränengas. Wer zu einer Blockade oder Feldbefreiung geht, bereitet sich vor und macht sich über Risiken Gedanken; zu Demos dagegen gehen viele von uns unvorbereitet und unorganisiert. Die meisten von uns sind es gewohnt, dass eine einfache Demonstration eine ungefährliche Art ist, der eigenen politischen Meinung Ausdruck zu geben. Das sollte auch so sein: Um das Demonstrationsrecht in Anspruch zu nehmen, sollte mensch weder besonders mutig noch besonders erfahren, weder durchtrainiert noch besonders stark sein müssen.

In Straßburg waren Tausende unterwegs, die einfach nur friedlich demonstrieren wollten und nicht darauf vorbereitet waren, sich die Möglichkeit dazu erst zu erkämpfen. Es waren ebenfalls Tausende unterwegs, die bereit waren, für ihr Recht zu kämpfen – auch mit Gewalt. Und die damit der Polizei die Bilder lieferten, die sie brauchte, um ihr Vorgehen zu rechtfertigen. Diese beiden Zutaten waren der perfekte Mix für eine Polizei, die das Ziel hatte, die Demo im Keim zu ersticken. Im Buch »Unarmed Bodyguards«¹⁾ haben Liam Mahoney und Luis Enrique Eguren 1997 ein Modell vorgestellt, wie sich der politische Raum von AktivistInnen und Regierungen bemisst. Wir beziehen uns hier auf dieses Modell und entwickeln es für die uns hier

interessierenden Fragen weiter. (Abb. 1)

Unter allen politischen Handlungsmöglichkeiten, die wir haben, gibt es sol-

che, die mit für uns akzeptablen Kosten verbunden sind, und solche, die mit für uns inakzeptablen Kosten verbunden sind. Abb. 1 zeigt den Handlungsraum von AktivistInnen, die die möglichen Folgen einer Teilnahme an einer Blockade (Möglichkeit verletzt zu werden, juristische Folgen) als zu hoch empfinden, aber bei einer Teilnahme an einer Demo keine für sie unakzeptablen Folgen zu erwarten hätten.

Das kann sich ändern: Wenn die Polizei auch bei einer friedlichen Demo Tränengas und Schlagstöcke einsetzt, dann werden diese AktivistInnen nicht mehr zu Demos gehen: Ihr politischer Raum verkleinert sich (Abb. 2).

Aber auch die Polizei bzw. die hinter ihr stehende Regierung hat einen politischen Raum, in dem sie sich bewegt. Auch sie muss abwägen, welche Handlungen ihrerseits welche (materiellen und politischen) Folgen haben. In der Situation in Straßburg war der politische Druck hoch; der politische Preis für eine gelungene Blockade des Nato-Gipfels oder auch nur für eine deutliche Beeinträchtigung des Gipfel-Geschehens durch die Demonstrationen wäre enorm hoch gewesen. Mehr noch: Eine schlimmere Bedrohung als die Blockaden mag die Aussicht gewesen sein, es könnte eine große, friedliche, sichtbar von einem breiten gesellschaftlichen Spektrum aus ganz Europa getragene Demonstration gegen die Nato geben. Dementsprechend war die Regierung bereit, für die Durchsetzung ihrer Ziele auch Dinge zu tun, die bei anderen Gelegenheiten vermieden werden, weil sie ihrerseits einen zu hohen politischen Preis haben. (Abb. 3)

Und deshalb brauchte die Regierung dringend Gewalt von Seiten der DemonstrantInnen. Nehmen wir mal an, es hätte an diesem Tag keinerlei Gewalt von Seiten der DemonstrantInnen gegeben. Keine Rauchsäulen über Hotels, keine zerstörten Bushäuschen, keine erbosten AnwohnerInnen, nicht mal Vermummte. Nehmen wir an, die Polizei hätte ihr Tränengas und ihre Blendgranaten von Anfang bis Ende ausschließlich gegen Leute eingesetzt, die in keinerlei Weise auf diese Eskalation eingestiegen wären. Der politische Preis wäre vermutlich inakzeptabel hoch gewesen. Wir werden nie herausfinden, welche der Gewalttaten von agents provocateurs und welche von »echten« DemonstrantInnen begangen wurden. Sicher ist: Sie haben alle der Gegenseite gedient. (Abb. 4)

Das heißt andererseits: Wir können als AktivistInnen unseren eigenen Handlungsspielraum erweitern, wenn wir uns auf eine Strategie der aktiven Gewaltfreiheit festlegen.



1) Deutscher Titel: Gewaltfrei stören – Gewalt verhindern. Die Peace Brigades International. Mahony/ Eguren, Rotpunktverlag, Zürich 2002, ISBN 3-85869-241-7

Wenn von vornherein klar ist, dass wir unsererseits unter keinen Umständen Gewalt anwenden werden, dann weiß die Gegenseite, dass sie einen hohen Preis zahlen muss, wenn sie uns mit Gewalt angreift. (Abb. 5)



Gewaltfreies Handeln ist keine Garantie dafür,

dass die Gegenseite ebenfalls keine Gewalt anwendet. Aber gewaltfreies Handeln setzt auf jeden Fall die (persönliche und politische) Hemmschwelle für Gewalt herauf und erhöht enorm den politischen Preis dafür.

Nochmal kurz zurück zu Abb. 2: Eine Folge der Repression ist auch, dass sich mehr und mehr Menschen radikalieren und einen immer höheren Preis für ihre Rechte zu zahlen bereit sind. Sie gehen trotz Repression zur Demo, rechnen damit, dort verletzt oder festgenommen zu werden, und bereiten sich entsprechend vor. Wenn mit dieser Radikalisierung eine zunehmende Bereitschaft zur Gegengewalt einhergeht, dann ist das wiederum sowohl Motiv als auch Rechtfertigung für weitere Repression. Wir haben dann den Effekt, dass eine immer kleiner werdende Gruppe immer radikaler wird, während immer mehr Menschen sich ganz zurückziehen – weil sie Angst vor den Folgen haben



und/oder weil sie keinen Anteil an militantem²⁾ Widerstand haben wollen (Abb. 6).

Anders bei den Blockaden in Straßburg: Auch hier waren Leute unterwegs, die ein gewisses Risiko einzugehen bereit waren und sich darauf gut vorbereitet hatten. Es gab zu verschiedenen vorhersehbaren Szenarien klare Absprachen, die auch eingehalten wurden. Leute aus verschiedenen Spektren waren sich einig: Sie würden der Polizei keinen Vorwand für eine weitere Eskalation bieten. Die Polizei setzte gegen diese friedliche Aktion Tränengas ein, konnte sie aber dennoch nicht verhindern. Wer wird da keine Lust bekommen, das nächste Mal auch lieber zur Blockade zu gehen als zur legalen Demo? Ein Glück für die Polizei, dass es ausreichend Bilder von gewalttätigen DemonstrantInnen gab – sonst wäre sie womöglich in Erklärungsnot geraten, warum sie friedliche Leute angreift. In einer E-Mail, die am 14.4.09 über den Newsletter von Gipfelsoli.org verbreitet wurde, ruft ein »Stop-Policing-in-the-Movement-Committee« dazu auf, auf keinen Fall Zeugenaussagen zu den Ereignissen in Straßburg an das Internationale

2) »Militant« bedeutet eigentlich »kämpferisch« und ist damit ein Begriff, der auch auf gewaltfreien Widerstand zutrifft. Im französischen Sprachgebrauch wird »militant« im Sinne von »politisch aktiv« gebraucht. Im deutschen Sprachgebrauch wird der Begriff nach meinem Eindruck als Synonym für »gewaltsam« gebraucht, insbesondere von linken Gruppen, die selber Gewalt als Mittel in der Auseinandersetzung unter bestimmten Umständen als gerechtfertigt sehen, sich aber nicht mit dem negativ besetzten Begriff »Gewalt« identifizieren möchten. Wir benutzen den Begriff hier in diesem Sinne, aus Respekt vor dem eigenen Sprachgebrauch dieser Gruppen.

Koordinierungskomitee (ICC) zu schicken, weil dies dazu führen könnte, dass Leute aus der Anti-Nato-Bewegung an die Justiz ausgeliefert werden. Stattdessen wird gefordert, eine Debatte darum zu führen, wie militante Aktionen als offensiver Bestandteil des Anti-Nato-Widerstands integriert werden können und was Kriterien und Grenzen für militante Aktionen sind.

Es fällt uns nicht schwer, uns vorzustellen, was für Kriterien bei einem solchen Diskussionsprozess herauskommen würden: Wir wenden nur Gewalt an, wenn die andere Seite angefangen hat; Gewalt muss verhältnismäßig sein; es sollen keine Unschuldigen getroffen werden. Kurz: Die üblichen Kriterien dieser Gesellschaft für Gewalt. Das sind die Rechtfertigungen für Gefängnisse, für Gewalt in der Kindererziehung; das sind die Kriterien, mit denen seit Jahrtausenden Kriege geführt werden. Gewalt ist eine soziale Verhaltensweise, die subjektiv aus der Sicht des Täters in aller Regel sinnvoll und gerechtfertigt erscheint.

Objektiv gesehen ist sie aber unserer Meinung nach immer schädlich. Sie mag einen kurzfristigen Erfolg bringen, ein Vordringen ermöglichen, ein Gefühl des Triumphs geben – langfristig schadet sie der Bewegung. Deshalb ist unsere Antwort auf die Frage nach Kriterien für militante Aktionen relativ einfach: Wenn »Militanz« bedeutet, dass man Menschen angreift, direkt oder indem man ihr Eigentum zerstört, dann halten wir alle militanten Aktionen für falsch. Gewalt schadet uns, egal von wem sie ausgeht.

Wir sehen schon die ausgestreckten Zeigefinger vor uns: »Das ist dogmatisch!« Ein Dogma ist ein Glaubenssatz, der nicht mehr hinterfragt werden darf. Wir lassen uns gerne hinterfragen. Unsere Überzeugung, dass aktive Gewaltfreiheit der beste Weg zu politischer Veränderung ist, ist aus Erfahrung und Nachdenken gewachsen, nicht aus religiöser Überlieferung. Wir haben hier die strategischen und taktischen Gründe dargelegt, warum Gewaltfreiheit für eine soziale Bewegung sinnvoller ist als Gewalt. Darüber hinaus haben wir ethische Gründe, uns grundsätzlich gegen Gewalt zu entscheiden. Darüber diskutieren wir gerne. Unsere Erfahrung damit in den letzten Jahren war, dass Leute diese Diskussion oft gar nicht führen wollen, weil sie die »Gewaltfrage« für ein von oben aufgezwungenes, spalterisches Kriterium halten. Uns ist diese Frage nicht von irgendjemandem aufgezwungen; sie ist uns ein Herzensanliegen.

Und Spaltung? Es ist ein wichtiger Grundsatz gewaltfreien Handelns, zwischen Menschen und ihrem Verhalten zu unterscheiden. Es gibt keine gewaltfreien oder gewalttätigen Menschen, es gibt nur gewaltfreies oder gewalttätiges oder gar kein Handeln. Wir möchten nicht darüber reden, welche Leute die Guten sind und welche die Bösen, sondern wie wir es am besten anstellen, dass wir zusammen die Nato abschaffen.

Wir könnten zusammen eine Menge erreichen. Aber je erfolgreicher wir werden, umso stärker wird auch der politische Druck, der auf unseren Gegenübern liegt, um so mehr werden sie bereit sein, gegen uns aufzufahren. Das wird kein Spaziergang.

Schlussfolgerungen: Wenn wir eine andere Welt wollen, dann werden wir darum kämpfen müssen. Mit einfachen Demonstrationen, die ungestört stattfinden können, wird es nicht getan sein. Straßburg könnte ein Vorgeschmack gewesen sein auf das, was uns erwartet, wenn wir es schaffen, uns erfolgreich zu organisieren.

Aktive Gewaltfreiheit ist ein wichtiger Schlüssel zur Veränderung. Das Wort »Gewaltfreiheit« ist eine unzureichende Übersetzung des von Gandhi geschöpften Sanskrit-Wortes »Satyagraha«: Es bedeutet mehr als den Verzicht auf Gewalt. Gewaltfreies Handeln bedeutet, einerseits deutlich einzustehen für unsere Forderungen, am Ort des Geschehens zu sein, uns zu zeigen, ggf. auch Nachteile in Kauf zu nehmen; andererseits ganz klar die Menschenrechte unserer GegnerInnen zu achten, Vertrauen aufzubauen, in unserer Utopie einen Platz für unsere GegnerInnen mit zu denken und sie dies wissen zu lassen.³⁾

Aktive Gewaltfreiheit kann nicht funktionieren, wenn sie mit gewaltsamen Formen des Widerstands zusammen angewandt wird oder wenn diese auch nur angedroht werden. Das Militär sucht die Zusammenarbeit mit zivilen Projekten, um sich tiefer in der Gesellschaft zu verankern; DemonstrantInnen, die militante Aktionen durchführen, suchen die Zusammenarbeit mit AktivistInnen, die gewaltfrei agieren, weil ihnen das Schutz und eine breitere gesellschaftliche Verankerung gibt. In beiden Fällen profitieren diejenigen, die mit Gewalt agieren. In beiden Fällen wird es unmöglich, glaubwürdig aktive Gewaltfreiheit zu praktizieren.

In Heiligendamm und in Straßburg, auch 2007 bei uns in der Kyritz-Ruppiner Heide gab es gute Erfahrungen mit spektrenübergreifenden Aktionen, bei denen vorab ausführlich miteinander geredet wurde und bei denen klar vereinbart wurde, dass sich die AktivistInnen auf keinerlei Eskalation einlassen. Unter solchen Voraussetzungen kann es gut funktionieren, dass Menschen, die sich aus prinzipiellen Gründen für Gewaltfreiheit entschieden haben, mit Menschen zusammen Aktionen machen, die sich lediglich für diese eine Aktion aus eher taktischen Gründen auf ein Handeln ohne Gewalt festgelegt haben.

Wir sind skeptisch, ob eine Großdemo eine Situation ist, für die man solche Absprachen mit allen Beteiligten treffen kann. In Rostock gab es Absprachen, die gut klangen. Aber ein Teil der DemoteilnehmerInnen fühlte sich daran nicht gebunden,

ein anderer Teil fand es selbstverständlich, dass die Absprachen nicht mehr gelten, wenn die Demo angegriffen wird. In Straßburg gab es durchaus Planungen, wie damit umgegangen werden sollte, dass die Polizei den Weg in die Innenstadt versperren würde. Aber damit, dass die Polizei schon den Weg zur Auftaktkundgebung sperren würde, hatte wohl niemand gerechnet. Das Polizeiverhalten war hier dermaßen unglaublich, dass die vorher überlegten Szenarios nicht mehr passten.

So etwas kann uns noch öfter passieren, wenn sich die sozialen Konflikte weiter zuspitzen und der Krieg nach innen mit immer härteren Mitteln geführt wird. In solchen Situationen möchten wir weder Kollateralschäden zwischen Polizei und Militanten, noch Schutzschild für Letztere sein, und wir möchten uns eigentlich auch in einer solchen Situation nicht mit dem Versuch beschäftigen, unsere MitdemonstrantInnen vom Steine schmeißen und Brandstiften abzuhalten.

Vielleicht sollten wir die spektrenübergreifende Kooperation auf gut vorbereitete Aktionen zivilen Ungehorsams begrenzen – und bei Demonstrationen sagen: Dies hier ist die gewaltfreie Demo, Gewalt wird hier nicht toleriert, alle, denen das zu eng ist, bleiben weg. Und das dort (anderer Zeitpunkt, anderer Ort) ist die Demo, wo alle Aktionsformen okay sind – diejenigen, die sich damit nicht wohl fühlen, bleiben weg.

Wir hören schon die Einwände: Dann kann die Polizei sich ja bei der militanten Demo alles erlauben, das sind dann »die Bösen«. In der Tat, so ist es. Wer Gewalt anwendet, bietet Rechtfertigung für Gewalt. Deshalb haben wir uns für Gewaltfreiheit entschieden.

Streitgespräch in der Tageszeitung junge Welt am 16. Mai zwischen Reiner Braun, Sprecher der »Kooperation für den Frieden«, die die Proteste gegen den Nato-Gipfel am 3./4. April maßgeblich mitorganisiert hat, und Birgit Westermann, Mitglied der »Berliner Anti-NATO-Gruppe« (B.A.N.G.). Interview: Rüdiger Göbel und Frank Brunner

junge welt: *Die Proteste gegen das G-20-Treffen der größten Industriestaaten Ende März in London und gegen den Jubiläumsgipfel der NATO Anfang April in Strasbourg liegen einige Wochen zurück. In London gingen nach Medienberichten weniger Menschen als erwartet auf die Straße; von Strasbourg blieben die Bilder von brennenden Häusern. Waren die als große Ereignisse von außerparlamentarischen Gruppen und Friedensbewegung angekündigten Aktionen ein Misserfolg?*

Reiner Braun: Das waren sie nicht, auch wenn Teile der Medien diesen Eindruck vermitteln wollten. Die haben sich in ihrer Berichterstattung zu London auf eine Aktion konzentriert und andere Proteste, an denen sich innerhalb von fünf Tagen

3) Siehe hierzu: Bläsi, Konflikttransformation durch Gütekraft, Interpersonale Veränderungsprozesse, LIT 2001, ISBN 978-3-8258-5731-8

mehrere zehntausend Menschen beteiligt hatten, völlig ausgeblendet. Nach Strasbourg sind insgesamt 30.000 Kriegsgegner gefahren. Wenn man bedenkt, dass aufgrund der polizeilichen Repression viele Menschen gar nicht anreisen durften, dann ist das eine ziemlich große Anzahl. Es gab ein Protestcamp mit fünf- bis siebentausend Teilnehmern, einen sehr interessanten Kongress zur Kriegspolitik der Nato und auch gewaltfreie Blockaden.

Und es gab eine Demonstration, die in Randalen endete.

Braun: Ja, die gab es. Aber ich möchte hier zu Beginn des sicher kontroversen Gesprächs betonen, dass die französischen Behörden diese Demonstration von Beginn an verhindern wollten – übrigens entgegen aller Absprachen. Dieses ist aus meiner Sicht in Abstimmung mit Teilen der deutschen Polizei geschehen. Die Brutalität ging von der Staatsmacht aus, die in völlig inakzeptabler Art und Weise die Demoteilnehmer mit Wasserwerfern, Schlägertrupps und Gasgranaten einschüchtern wollte. Dazu kamen die Schikanen im Vorfeld.

Westermann: Das sehen wir ähnlich. Es ist sehr schwer, gegen diese militärische Strategie vorzugehen.

Dennoch gab es Differenzen innerhalb des Anti-Nato-Bündnisses. Vertreter der Friedensbewegung kritisierten das Auftreten autonomer Gruppierungen. Worum ging es dabei?

Braun: Das Problem war, daß es klare Absprachen über die Aktionsformen während der Demonstration am Samstag, den 4. April, gegeben hat. So hatten wir vereinbart, daß es eine gewaltfreie große Demonstration werden soll, an der sich auch Vater und Mutter mit Kind und ältere Menschen beteiligen können. Daran hat sich ein kleiner Teil nicht gehalten und hat jene, die friedlich demonstrieren wollten, in Geiselschaft genommen. Wenn – wie geschehen – eine Tankstelle geplündert wird, dann hat das nichts mit Politik zu tun, sondern nur mit Vandalismus.

Auf Flugblättern autonomer Gruppen wurde die Aktion an der Tankstelle dagegen als »revolutionäre Enteignung« bezeichnet. Teilt die B.A.N.G diese Einschätzung?

Westermann: Man muss da differenzieren. Ich finde es schon problematisch wenn man in eine Tankstelle einbricht, um Tabak oder Alkohol rauszuholen. In so einem Fall würde ich auch sagen: Leute, hier ist die Grenze, so was geht nicht. Es gibt aber andere Situationen. Wenn etwa die Menschen in Argentinien, die von der Wirtschaftskrise betroffen sind, Supermärkte plündern, dann würde ich das durchaus als legitim bezeichnen. In Strasbourg war es eben auch so, dass zum Teil unorganisierte Leute dabei waren. Deren Verhalten kann man eben nicht immer kontrollieren.

Braun: Das ist mir zu einfach. Der Tankstellenpächter hatte diese Tankstelle vor sechs Wochen angemietet. Er hat sich verschuldet, nun ist seine

Existenz vernichtet. Ähnlich war es bei der abgepackelten Apotheke. Das sind Aktionen von pubertären männlichen Jugendlichen. Die kann man doch nicht vergleichen mit Tausenden Menschen in Argentinien, die hungern und einen Supermarkt ausräumen. Und natürlich müssen Absprachen auch kontrolliert werden.

Können Sie diese Argumentation nachvollziehen?

Westermann: Nur teilweise. Grundsätzlich denke ich nicht, dass man Proteste in friedlich und militant unterteilen sollte. Die Blockaden gegen die Atommülltransporte in Gorleben und auch beim G-8-Gipfel im Juni 2007 in Heiligendamm haben doch gezeigt, dass es möglich ist, wenn verschiedene Aktionsformen gleichberechtigt nebeneinander existieren. Das Problem sind auch nicht Militanz oder schwarze Blöcke, sondern eher das Gegenteil. Die Deutschen – um mal Lenin zu zitieren – lösen eben zunächst erst einmal eine Bahnsteigkarte, bevor sie den Bahnsteig besetzen. Aus meiner Zeit als Betriebsrätin kann ich mich noch an Gewerkschaftsfunktionäre erinnern, deren größte Sorge war, dass entlassene Arbeiter die Innenstadt kurz und klein schlagen könnten. Anderswo ist man da viel gelassener. Die Proteste gegen Werkschließungen in Frankreich sind da ein Beispiel. Das waren keine pubertierenden Jugendliche oder Vandalen, sondern Leute, die da zum Teil 30 Jahre gearbeitet haben.

Ist es nicht ein Unterschied, ob – wie in Frankreich – einige Mitarbeiter ein paar Manager als Geiseln nehmen und das Verwaltungsbüro ihres Arbeitgebers, der sie auf die Straße gesetzt hat, demolieren, oder ob einfach die nächstbeste Glasscheibe kaputtgeschlagen wird?

Braun: Genau das ist ja meine Kritik. Man nimmt in Kauf, dass Leute geschädigt werden, die ja eigentlich Verbündete sind.

Westermann: Ich kann das nur wiederholen. Für uns ist klar, dass keine kleinen Autos oder Geschäfte angegriffen werden dürfen. Wenn überhaupt, dann geht es nur um große Ladenketten. Andererseits werden wir mit diesen reinen Latschdemos auch nichts erreichen. Ich will jedenfalls militante Aktionen nicht von vornherein ausschließen.

Braun: Natürlich sind verschiedene Aktionsformen berechtigt. Aber es muss ein Zusammenhang zwischen unseren Aktionen und dem Ziel, für das wir kämpfen, zu erkennen sein. Ich habe im Strasbourg Anti-Nato-Camp mit Leuten, die sich als Autonome bezeichnet haben, diskutiert und ich war schon ziemlich geschockt über deren Ansichten. Die einzige Politikantwort war der Pflasterstein, und das kann es nicht sein.

Wie lautet denn die Antwort der Friedensbewegung auf die zunehmende Militarisierung der Außenpolitik?

Braun: Wenn wir etwas verändern wollen, brauchen wir die Unterstützung von Millionen Menschen. Und aus diesem Ansatz resultiert auch mei-

ne Hauptkritik an bestimmten Formen der Militanz. Die führt dazu, dass nur kleine Gruppen, übrigbleiben und diese lassen sich relativ einfach zerschlagen. Im übrigen: Jene Aktionen, die ihr beschreibt, ich nenne sie mal »positive militante Aktionen«, können nur erfolgreich sein, wenn sie Schutz von anderen Menschen bekommen. Und diese Aktivisten, ich wiederhole es noch einmal, könnt ihr nicht in Geiselhaft nehmen.

Westermann: Also ich finde das Wort »Geiselhaft« in diesem Zusammenhang vollkommen unpassend. Es war doch wohl eher so, dass die Polizei die Demonstranten als Geiseln genommen hat. Allein durch die Tränengasgranaten, die permanent auf die Menschen geflogen sind. Und natürlich wehrt man sich dagegen. Die Steine, die in Strasbourg flogen, waren eine Reaktion auf die Provokationen der Polizei.

Braun: Jetzt verharmlost ihr das Verhalten bestimmter schwarz gekleideter Personen, die sich unter die Demonstrierenden gemischt haben. Ihr müsst schon zur Kenntnis nehmen, dass es individuelle Gewaltakte aus der Demo heraus gegeben hat. Und die Steine sind eben nicht nur gegen die Polizei geflogen, sondern haben auch andere Demonstranten getroffen.

Ist angesichts der unterschiedlichen Vorstellungen von Widerstand künftig überhaupt ein Bündnis aus Autonomen und Friedensbewegung möglich?

Braun: Ich gebe zu, dass bei uns darüber gestritten wird, ob es mit den so genannten Linksradikalen noch gemeinsame Aktionen geben kann. Ich will ein Bündnis mit diesen Gruppen. Doch über bestimmte Verhaltensformen müssen wir diskutieren.

Westermann: Ich habe ein Problem damit, wenn Leute aus der Friedensbewegung von uns fordern, wir sollten dieses und jenes tun. Davon abgesehen sind wir natürlich zu Gesprächen bereit. Doch ich denke, auch bei euch besteht noch Diskussionsbedarf. Für uns ist es beispielsweise nicht akzeptabel, wenn Grünen-Politiker auf Friedensdemos als Vermittler agieren...

... Sie spielen auf Strasbourg an, wo der Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele vor Ort mit der Polizei verhandelt hat.

Westermann: Genau. Für viele Leute aus unserem Spektrum ist so etwas undenkbar. Zwischen uns und den Grünen gab es Prügeleien auf Demonstrationen, weil die uns angegriffen haben, nachdem wir vom Lautsprecherwagen aus den Jugoslawien-Krieg thematisiert haben, für den diese Partei gestimmt hat. Da sind übrigens die Grünen militant geworden; die wollten den Lautsprecherwagen stürmen.

Braun: Ich bin gerne bereit, über Bündnisstrategien, linke Sozialdemokratie und Grüne zu diskutieren. Ströbele beispielsweise ist ein Gegner sowohl des Jugoslawien- als auch des Afghanistan-Krieges. Auch die Grüne Jugend und die Jungsozialisten ha-

ben sich in einer sehr kritischen Erklärung zur Nato geäußert. Die wollen wir nicht ausschließen, *Wenn Sie sich nicht einmal über mögliche Bündnispartner einigen können, wie wollen sie dann künftige Proteste gemeinsam organisieren?*

Braun: Wichtig ist, dass viele Menschen mitmachen. Das erreichen wir nur durch eine sinnvollen Zusammenarbeit der unterschiedlichen Gruppen. Dabei müssen sich alle Organisationen innerhalb des Bündnisses gleichberechtigt wiederfinden. Wichtig ist auch, dass die Hürde, an einer Demonstration teilzunehmen, nicht zu hoch ist. Ich möchte, dass Leute auch spontan zu Demos gehen können, ohne Angst zu haben, plötzlich in Gewalttätigkeiten involviert zu werden.

Westermann: Der eigentliche Grund, warum viele Menschen nicht mehr spontan zu Protestveranstaltungen gehen, ist doch nicht der schwarze Block, sondern die immer stärkere Einschränkung des Demonstrationsrechts. Darüber haben wir ja bisher noch gar nicht gesprochen. Transparente, die länger als 1,50 Meter dürfen nicht mehr getragen werden, man wird festgenommen, weil man ein Tuch um den Hals trägt und so weiter. Außerdem wird es für die Anmelder solcher Demos immer schwieriger, für die Einhaltung der ganzen polizeilichen Auflagen zu garantieren. Es ist dadurch nicht einfach, überhaupt jemanden zu finden, der eine solche Veranstaltung anmeldet. Darauf sollten wir uns konzentrieren.

Braun: Da stimme ich euch zu. Wir müssen selbstverständlich gemeinsam gegen diese repressiven Maßnahmen von Behörden und Polizei vorgehen. Strasbourg hat ja gezeigt, dass nicht nur Kriegseinsätze im Ausland, sondern auch undemokratisches Verhalten nach innen zunehmen. Und genau deshalb ist Solidarität unter den Demonstranten so wichtig.

Noch mal: Der Vorwurf aus der Friedensbewegung lautete ja, dass autonome Gruppen Absprachen innerhalb des Bündnisses nicht eingehalten haben.

Westermann: Ich muss das jetzt einfach mal so stehen lassen. Denn es ist natürlich schwer, sich zu etwas zu verhalten, was man nicht selber beobachtet hat. Außerdem sollte man nicht ganz außer acht lassen, dass sich auch Provokateure unter die Demonstranten mischen können. Das haben wir selber schon oft erlebt.

Braun: Provokateur ist ein gutes Stichwort. Um solche Leute rauszuhalten, brauchen wir ein funktionierendes Kontakt- und Ansprachesystem und auch eine Art Verhaltenskodex bei gemeinsamen Aktionen.

Wäre ein solcher Verhaltenskodex für die B.A.N.G. akzeptabel?

Westermann: Nichts gegen Absprachen im Vorfeld. Aber letztlich kommt es doch auf die Situation an. Wenn Wasserwerfer in eine Demonstration fahren, dann kann ich den Leuten doch nicht mit einem Verhaltenskodex kommen, so nach dem Mot-

to: Wir haben aber abgesprochen, dass wir uns geordnet zurückziehen. Es werden immer Menschen da sein, die sich weigern, vor der Polizei zurückzweichen. Wenn der Rahmen so ist, wie die Absprachen getroffen wurden, okay. Aber wenn jetzt was passiert, das diesen Rahmen sprengt, dann ist so was unmöglich. Wir können für unsere eigene Gruppe Verantwortung übernehmen, aber nicht für Leute aus dem autonomen Block einer Demonstration, die vielleicht aus einer ganz anderen Stadt oder aus einem ganz anderen Zusammenhang kommen.

Braun: Entschuldigung, aber da widerspreche ich. Ein Verhaltenskodex muss sich ja in der Krise bewähren. Gerade in der schwierigen Situation muß man überlegen, wie man gemeinsam damit umgeht. Wenn alles Friede, Freude, Eierkuchen ist, brauche ich keinen Verhaltenskodex.

Macht es sich die B.A.N.G. nicht tatsächlich zu einfach? Wenn Demonstrationsleitung und vorbereitende Gruppen es den Kräfteverhältnissen vor Ort überlassen, in welche Richtung die Demonstration geht, öffnen sie nicht nur Provokateuren Tür und Tor. Sie überlassen es auch irgendwelchen Halbstarken, das Bild der Demo zu bestimmen. Ist so eine Einstellung nicht ein Offenbarungseid für jedes Bündnis?

Westermann: Ich denke nicht. Wir sind schon in der Lage, Provokateure zu erkennen und die dann auch aus der Demo rauszuschmeißen. Das hat sich in der Vergangenheit gezeigt. Und außerdem: Was nützen 20.000 friedliche, aber hilflose Demonstranten, die keiner wahrnimmt? Gerade in Strasbourg hat man ja gesehen, dass es das Ziel war, die Proteste möglichst wenig sichtbar werden zu lassen.

Aber die bloße Wahrnehmung kann doch nicht das Ziel sein. Es geht darum, wie man wahrgenommen wird. Und in den bürgerlichen Medien sah man nur brennende Häuser und schwarz gekleidete Jugendliche, die randalierend durch die Stadt ziehen. War es nicht so, dass ganz erfolgreich versucht wurde, die Angst vor den Demonstranten größer werden zu lassen als die vor Kriegseinsätzen, gegen die sich die Proteste gerichtet hatten?

Braun: Ich denke auch, es ist eine Fehleinschätzung, dass man Steine braucht, um wahrgenommen zu werden. Wir hatten in den Medien und der internationalen Öffentlichkeit eine riesige positive Resonanz bis weit in den Freitag hinein, sogar noch bis in den Samstag. Auf dem Kundgebungsplatz waren zwölf Kamerateams aus ganz Europa und den USA. Die waren alle weg, als die Gebäude brannten und haben nicht mehr über die Kundgebung berichtet. Die Kritik an der Nato spielte plötzlich keine Rolle mehr, statt dessen wurden die bekannten

Bilder gesendet. Und deswegen werfe ich jenen, die diesen Unsinn angerichtet haben, vor, dass sie für eine Wahrnehmung gesorgt haben, die unserem Anliegen schadet.

Wurden die Ereignisse in Strasbourg in der linksradikalen Szene überhaupt thematisiert?

Westermann: Ja, natürlich. Und das nicht zum ersten Mal. Die Debatte gab es ganz stark auch schon nach dem G-8-Treffen in Heiligendamm. Da gab es auch große Kontroversen, vor allem um solche Distanzierungen, die es von anderen Organisationen vor der Presse gab. Das ist bei den Autonomen nicht gut angekommen, dass in der Öffentlichkeit die gesamte »Schuld« auf die Black-Block-Leute geschoben wurde.

Nun gibt es tatsächlich genügend Beispiele dafür, dass in der Vergangenheit die Gewalt nicht von Autonomen, sondern von verkleideten agents provocateurs der Polizei ausging.

Braun: Das ist richtig. Wenn man heute die Bilder aus Strasbourg sieht, kann man direkt nachweisen, dass es ein Zusammenspiel zwischen Provokateuren und der Polizei gab. Wir haben Bilder, wo schwarz gekleidete Beamte aus Polizeifahrzeugen aussteigen und sich unter die Demonstranten mischen. Trotzdem können es sich zumindest Teile des linksradikalen Spektrums nicht so einfach machen und eigene Fehler ignorieren. Auch hier ist eine selbstkritische Aufarbeitung dringend geboten. *Strasbourg ist Vergangenheit. Wie geht es weiter?*

Westermann: Wir werden weiter zu Anti-Nato-Protesten mobilisieren und gegen die Kriegspolitik der Bundeswehr protestieren. Ein künftiger Schwerpunkt für uns ist die zunehmende militaristische Forschung an den Universitäten.

Braun: Wir haben drei Schwerpunkte: Zunächst arbeiten wir als internationales Koordinierungsgremium gegen Nato und Krieg weiter. 2010 gibt es die nächste große offizielle Nato-Konferenz in Portugal. Wir werden uns mit unseren portugiesischen Freunden Aktionen zu diesem Treffen des Militärbündnisses überlegen. Ich denke, dass wir auch im Herbst zu weiteren Afghanistan-Aktionen kommen müssen. Und wir müssen – und da ist dieses Gespräch ein ganz kleiner Teil davon – Fragen, Schwächen und Probleme, die es bei vergangenen Aktionen gegeben hat, diskutieren. Wir werden auch beleuchten, dass sich die Regierungen Frankreichs und Deutschlands einen Dreck darum scherten, was in ihren Verfassungen steht. Wir werden zusammenstellen, wo die Staatsmacht gegen Gesetze verstoßen hat. Es gibt da mehr als genug Material. Und das werden wir bis dahin gemeinsam mit unseren französischen Freunden an die Öffentlichkeit bringen.

Karen Hinrichs

Jesus Christus, Friedenskönig

Predigt zum Friedensgottesdienst am Palmsonntag, 5. April 2009, in der Friedenskirche Kehl zu Matthäus 5,5+9 und Johannes 12,12-19

Liebe Gemeinde, die Menschen an den Straßenrändern in Jerusalem – sie hatten sich Jesus anders vorgestellt. Mehr wie einen richtigen König. Auf einem edlen Reitpferd, mit einem prächtigen Mantel, einem glitzernden Schwert, mit stolzem Blick. Oder in einer prächtigen Kutsche, von vier Rossen gezogen. Wahlweise in einem robusten Streitwagen, wie ihn die Römer liebten. Und nun kommt dieser Jesus, von dem sie so viel erhofft, so viel erwartet haben. Und reitet auf einem Esel. Das wirkt fast lächerlich.

Stellen wir uns die die Menschen vor, die in Jerusalem auf den Straßen sind. Es sind unterschiedliche Gruppen. Die Männer, Frauen, Kinder in der einen Gruppe, sie staunen, sie sind fröhlich. Sie sind zu einem großen Fest gekommen. Sie haben viel Gutes von Jesus gehört. Sie reißen Palmzweige von den Bäumen und winken. Einige legen ihre Kleider auf den Weg. Manche rufen »Hosianna«. Das rief man damals, wenn ein Prominenter kam.

Da ist noch eine andere Gruppe. Es sind die Zeloten. Sie stehen weit entfernt. Sie sind sehr im Zweifel, ob dieser Jesus der versprochene Retter Israels ist. Sie sind schon lange enttäuscht, dass er nicht aufruft zum bewaffneten Kampf gegen die Besatzer. Gegen die Römer, die ihnen das Leben so schwer machen. Sie lachen darüber, dass Jesus auf einem Esel reitet. Und sich selbst zum Gespött macht mit diesem Arme-Leute-Reittier. Mit einem Esel kann man keinen Krieg führen. Mit einem, der von Nächstenliebe, ja sogar von Feindesliebe predigt, auch nicht. »Selig sind, die Frieden stiften. Selig sind die Sanftmütigen, die keine Gewalt ausüben«. Damit können die Zeloten nichts anfangen.

In einer dritten Gruppe stehen die Pharisäer zusammen. Sie reden über Jesus. Sie ärgern sich, dass ihm die Menge nachläuft. Aber momentan können sie nichts tun. Sie haben schon alles vorbereitet für den Prozess gegen ihn. Die wichtigen Leute sind informiert, die Hohepriester und Pilatus. Achtung – er ist jetzt in Jerusalem, dieser Jesus aus Nazareth. Der überall für Aufsehen sorgt durch seine Predigten und seine Heilungen. Die Armen rennen ihm nach. Aber das wird bald ein Ende haben. Bald wird sich die Menge für den seltsamen Eselsreiter nicht mehr interessieren. Oder sich gegen ihn wenden, den lächerlichen Pseudokönig.

Und sie werden Recht behalten. Wenige Tage nur ist Jesus mit seinen Freunden in Jerusalem. Anders als sie und die Zaungäste damals wissen wir, wie es weitergeht. Bald wird er verraten und ver-

haftet, verhört und gequält. Bald werden nicht Jubelrufe zu hören sein, sondern: »Kreuzige ihn!« Über seinem Kopf aber werden sie ein Schild anbringen, auf dem sie ihn wieder »König« nennen. König der Juden.

Wir denken uns in diesen Tagen vor Ostern hinein in den Leidensweg Jesu. Denken darüber nach, was für ein König er ist, für uns und für die Welt. Was bedeutet Jesus für uns, den wir Retter und Heiland nennen, Menschenbruder und Friedenskönig? Was bedeutet sein Leben, seine Worte und sein Handeln für unsere Zeit? Jesu Weg vom Stall in Bethlehem bis zum Verrat im Garten Gethsemane. Jesu Weg hinauf nach Golgatha, durch Leiden und Tod. Sein Weg hinab in das Reich des Todes und hinauf in den Himmel, das ewige Reich Gottes, Geheimnis und Ziel unseres Glaubens.

Wie anders ist dieser Friedenskönig als alle Herrscher, die wir kennen! Ein König auf einem Esel. Ein Machthaber ohne Armee, ohne Waffen, ohne Geld. Ein Herrscher ohne Allüren. Ein König ohne Krone, bis auf die mit den Dornen. Ein Verlierer, ein »loser«, vor den Augen der Welt. Und doch ein Sieger über die mächtigste Macht der Welt, den Tod und seine Helfershelfer. Ein Gerechter, der alles Unrecht überwindet. In seinem Passionslied sagt es Friedrich von Bodelschwingh so:

»Tief und tiefer wir uns neigen vor dem Wunder, das geschah, als der Freie ward zum Knechte und der Größte ganz gering, als für Sünder der Gerechte in des Todes Rachen ging.« (EG 93,2).

Alles ist im Gegenteil verborgen. Die Macht des Mächtigsten zeigt sich in seiner Ohnmacht. Gewaltlos und doch stärker als alle Machthaber der Welt ist dieser Friedenskönig. Er ist das Licht der Welt, das über die Finsternis siegt. Er mutet den Seinen zu, selbst zu Friedenslichtern zu werden. Mutet uns zu, dass wir Zeugen von Gottes Güte und Barmherzigkeit werden, für alle anderen Menschen. Protestleute gegen den Tod. Zeuginnen und Zeugen dafür, dass die Liebe siegt und nicht der Hass. Wir bitten mit den Worten des Liedes, das wir eben gesungen haben: »Herr, mach aus uns ein Zeichen dafür, dass Friede siegt.« (EG 430,2)

Jesus Christus zieht in Jerusalem ein. Nicht als Märchenkönig, nicht als bewaffneter Freiheitskämpfer, nicht als Vertreter von Macht und Geld. Schon damals ist der Kontrast aufgefallen, der Kontrast zu den üblichen Vorstellungen. Auch wir heute finden nichts Vergleichbares mit den Staatsempfangen und Gipfeltreffen unserer Tage. Aber uns

sollte nicht der äußerliche Kontrast kümmern. Sehen wir ab von Prunk und Pomp, Luxuslimousinen, Hubschraubern und Banketten.

Bleiben wir bei den wirklich wichtigen Dingen. Bei der Frage des Glaubens: Was ist unser einziger Trost im Leben und im Sterben? Wem vertrauen wir unser Leben an? Und diese ganze kranke Welt? Wem, wenn nicht unserem Heiland und Herrn? Es geht im Kern um die Frage, an welchen Gott wir glauben. Und an welche Götzen wir nicht glauben dürfen, so verführerisch sie auch daherkommen. Es geht um die Frage nach den Werten, die aus unserem Glauben folgen. Um das Menschenbild, das dem Reden und dem Handeln zugrunde liegt.

Jesus Christus spricht: Selig sind, die Frieden stiften, denn sie werden Kinder Gottes heißen. Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erdreich besitzen.

Normalerweise wird uns anderes beigebracht. Die Erde gehört dem, der sie erobert und verteidigt. Im Film, im Western, verteidigt der Einzelne sein Haus, seinen Hof mit dem Gewehr. Er gilt als Held. In den Killerspielen im Internet ist es nicht anders. Unsere Jugend wächst auf in einer Welt, die Gewalt als normales Mittel ansieht. Die verliebt ist in Waffen. Die schon gar nicht mehr spürt, wie weit wir uns entfernt haben von den Geboten Gottes und dem Ruf zu Nächstenliebe und Feindesliebe. Verehrt und bewundert werden die Draufgänger. Die Helden der Fantasyfilme, die Rambos und die gnadenlosen Krieger. Nicht die zäh verhandelnden Diplomaten. Nicht die Menschen, die sich mit gewaltfreien Mitteln für eine Veränderung der Welt einsetzen. Die Gespräche organisieren zwischen verfeindeten Gruppen. In Ruanda und im Kosovo, in Palästina und Israel, in Indonesien und Brasilien. Oder hier in der Nähe, in den deutschen und französischen Vorstädten.

Selig, die Frieden stiften. Selig, die auf Gewalt verzichten, denn ihnen gehört die Erde. Meilenweit entfernt sind wir davon, hier in unserem waffenstarrten Land wie überall auf der Welt. Mit militärischer Gewalt, mit Bombardierungen und Bodentruppen verteidigen die Nationen ihr Stück Erde. Oder das, worauf sie meinen ein Recht zu haben: Zugangswege zu Rohstoffen, Ölfeldern, Pipelines, Häfen, Handelswegen. So plant es auch die neue Nato-Strategie. Einsatz von Truppen und Kampfflugzeugen, wenn die wirtschaftlichen Interessen der Bündnispartner betroffen sind. Lässt sich das noch mit christlichen Werten verbinden? Bleiben wir kritisch, bei jedem neuen Versuch, militärische Gewalt zu rechtfertigen! Was im Krieg zuerst stirbt, ist immer die Wahrheit. Wenn Krieg geführt werden soll, wird stets ein Grund gesucht, um ihn zu legitimieren. Noch bei jedem Krieg wurde eine scheinbar moralische Rechtfertigung gefunden und behauptet: »Wir verteidigen das Gute. Wir kämpfen für die Freiheit. Wir verteidigen unsere Werte, die Demokratie und die Menschenrechte.«

Immer wird ein Grund gefunden, um das Gewissen zu beruhigen. Und um nicht die kritischen Fragen zu hören, die wohl jeder im Kopf hat. Kann man wirklich Frieden und Versöhnung mit Krieg und Gewalt erreichen? Mit Krieg den Terror besiegen? Wird nicht jeder Gewaltakt auf dieser Seite den Hass auf der anderen Seite umso mehr schüren? Hass gebiert Hass. Gewalt schürt neue Gewalt. Wollen wir weiter daran mitwirken? Oder an die Verhandlungstische zurückkehren?

Das alles sind Fragen, die sich auch Humanisten oder Menschen anderer Religionen stellen. Wir als Christen müssen uns noch eine viel schwerere Frage stellen.

Es ist die Frage, welchem Gott wir in Wahrheit vertrauen. Ist es der Glaube an Jesus Christus, den Friedenskönig, den Heiland, Erlöser und Retter der Welt? Oder vertrauen wir, mehr oder weniger heimlich auf Mars, den Gott des Krieges? Glauben wir in Wahrheit an die erlösende Kraft der Gewalt? An die Rettung der Welt durch noch mehr Rüstung, noch mehr Waffen, noch mehr Truppen?

Wie weit ist das Gift der Gewaltverherrlichung schon in unsere eigenen Herzen eingedrungen? Stellen wir uns noch der Frage, was unser Glaube mit den politischen Problemen rund um Gewalt und Krieg, um Sicherheit und militärische Bündnisse zu tun hat? Fragen wir unsere Mitchristen an der Spitze der westlichen Mächte, ob die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen mit dem Glauben an Jesus Christus zu vereinen ist? Ob die Sicherung unseres westlichen Wohlstandes in künftigen Rohstoffkriegen ein Grund sein darf, um die Militärausgaben weiter in die Höhe zu treiben? Ob es ethisch zu rechtfertigen ist, wenn die Nato-Staaten jedes Jahr 700 Milliarden Euro für die Rüstung ausgeben? Es ist Geld, das woanders fehlt. Geld, das dringend in die Bekämpfung von Armut, in die Bildung gesteckt werden müsste. Und in zivile Projekte, die allein die Bezeichnung »humanitär« – das bedeutet menschlich – verdienen.

Stellen wir genug kritische Fragen? Es ist nicht einfach. Wie überhaupt Christsein sehr unbequem sein kann. Der Weg, auf dem wir versuchen, dem Friedenskönig nachzufolgen, ist alles andere als leicht und bequem. Immer wieder sind wir überfordert oder scheitern. Immer von neuem sind wir darauf angewiesen, uns an Jesus Christus auszurichten. An seinem Gebot zur Nächstenliebe und Feindesliebe. An seinem Ruf zum Gewaltverzicht und zum Friedenstiften.

Wie der Jünger, dem man eine Nähe zu den Zeloten nachsagt. Es ist möglich, dass er ein solcher bewaffneter Freiheitskämpfer war, bevor er Jesus folgte. Im Matthäusevangelium lesen wir, wie dieser Jünger bei der Verhaftung Jesu im Garten Gethsemane sein Schwert zückt. Und einem Soldatenknecht das Ohr abhaut. Jesus aber spricht zu ihm: »Stecke dein Schwert ein, denn wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen.« Und

dann fragt er ihn: »Meinst du nicht, ich könnte meinen Vater bitten und er würde zwölf Legionen von Engeln senden?« (Math. 26,51ff).

Wieder ist es die Frage: Baust du auf deine eigene Kraft und die Macht der Waffen? Oder vertraust du auf Gottes Macht, die sich ohne Gewalt durchsetzt? An welchen Gott glaubst du? An den Kriegsgott Mars? Oder vertraust du dem Friedenskönig? Dem Gott der Liebe und Güte, der auf Gewalt verzichtet. Und der doch mächtiger ist als alle Herrscher dieser Welt.

Jesus Christus preist selig, die Frieden stiften. Es gibt sie – und solche Menschen sind die wahren Helden und Heldinnen des Alltags. Vorbilder, von denen wir viel zu wenig hören, auch in der Kirche.

Wie gut, wenn wenigstens ab und zu jemand über sie berichtet. So wie Petra Gerster, die Journalistin und Nachrichtensprecherin des ZDF in ihrem Buch »Die Friedensmacher«. Gemeinsam mit anderen Journalisten und Fotografen hat sie eine Expedition der besonderen Art unternommen. Eine Expedition, wie sie schreibt »zu den besten Friedensstiftern der Welt«. In allen Konfliktregionen haben sie solche mutigen, erfolgreichen, kreativen Menschen gefunden. Von ihnen wird erzählt in diesem Buch.

Zum Beispiel von Peter und Joe, zwei Exterroristen in Nordirland, die Jugendliche von Gewaltfreiheit überzeugen. Von der Frauenärztin Elena Gulmadova, die auf dem Balkan zwischen verfeindeten Muslimen und Christen vermittelt. Oder von Viktoria Maloka, die im südafrikanischen Kapstadt Konflikte zwischen Schwerkriminellen schlichtet. Es

sind bewegende Geschichten und Fotos. Sie müssten viel bekannter sein. Sie müssten vorkommen im Schul- und Konfirmandenunterricht. Solche Friedensstifter und Friedensstifterinnen müssten die Vorbilder unserer Jugendlichen werden. Aber gewiss auch der Erwachsenen.

Selig sind, die Frieden stiften. Frieden stiften ist nicht einfach. Und Christsein heißt, dem größten Friedensstifter, dem Friedenskönig Jesus Christus nachlaufen. Oft mit recht kleinen, tastenden Schritten. Doch wer Jesus Christus vertraut, der geht nicht allein. Der hat eine Hoffnung, die alle irdische Hoffnung übersteigt. Einen Glaube, der vom Sieg über den Tod singt. Von der endgültigen Überwindung des Bösen. Vom Reich Gottes, dem Reich des Friedens und der Gerechtigkeit. Aus der Kraft dieser Hoffnung können wir Friedensstifter sein, jeder und jede am eigenen Platz.

Wir wollen es wagen, im Vertrauen auf Jesus Christus, den Friedenskönig und Heiland der Welt. Amen

Karen Hinrichs ist Theologische Oberkirchenrätin der Evang. Landeskirche in Baden und Mitglied des Versöhnungsbundes. Allen evangelischen Kirchengemeinden im Kirchenbezirk Kehl war angeboten worden, am 5. April im Zusammenhang mit dem Nato-Gipfel spezielle Friedensgottesdienste zu veranstalten, das Interesse daran war so gering, dass der Gottesdienst, bei dem Karen Hinrichs diese Predigt hielt, der einzige Friedensgottesdienst blieb.



Ute Finckh-Krämer und Jan Gildemeister Kooperation und Konfrontation?

Das Thema Frieden auf dem evangelischen Kirchentag

Wer sich friedenspolitisch engagiert und öffentliche Veranstaltungen zu Rüstung und Militär plant und vorbereitet, hat i.d.R. die Wahl zwischen zwei Grundkonzeptionen:

Entweder sollen Rüstung und Militär grundlegend skandalisiert und die eigene Position in dieser Frage kompetent und vielleicht aus mehreren Blickwinkeln dargestellt werden, oder die eigene Position soll in einem kontroversen Diskurs vermittelt und eine Auseinandersetzung geführt werden, in der beide Seiten ihre Argumente ernsthaft zur Debatte stellen.

Für den 32. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Bremen vom 20. bis 24. Mai war unter Beteiligung der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) ein Veranstaltungsvorschlag eingereicht worden, der an die Tradition zahlreicher Kir-

chentagsveranstaltungen seit den siebziger Jahren anknüpft, in denen grundlegende friedenspolitische Positionen dargestellt, vertieft, weiterentwickelt wurden. Das entsprach also dem ersten Grundkonzept. Der Arbeitstitel für diese Veranstaltung lautete: »Wohlstand und Waffen abrüsten – Leben gewinnen«. Im Fokus sollten die Kritik am erweiterten Sicherheitsbegriff der Europäischen Sicherheitsstrategie bzw. des Weißbuches 2006 und an der Zunahme von Rüstungsproduktion und Rüstungsexporten stehen. Aus dem Bereich der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr¹⁾ war (natürlich unabhängig davon) ein Veranstaltungsvorschlag zur Friedensdenkschrift der EKD eingereicht worden, der vorsah, den in der Denkschrift

1) Im Folgenden auch: Militärseelsorge

vertretenen Paradigmenwechsel vom Gedanken des »gerechten Krieges« zum Ansatz des »gerechten Friedens« auf dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Lage und der Einbindung der deutschen Streitkräfte in internationale Friedensmissionen zu diskutieren.

Das Präsidium des 32. DEKT war der Ansicht, dass in Bremen friedenspolitische Themen keine ernsthafte Rolle spielen sollten²⁾. Das schlug sich im Programm entsprechend nieder³⁾. Erst nach Festlegung des »Kernprogramms« beschloss das Präsidium unter maßgeblicher Beteiligung des Friedensbeauftragten des Rates der EKD und Schriftführers der gastgebenden Bremischen Kirche, Renke Brahms, die beiden vorschlagenden Organisationen aufzufordern, eine gemeinsame Veranstaltung zu konzipieren und eigenständig durchzuführen, weil die Vorschläge nach Ansicht des Präsidiums »inhaltlich in eine ähnliche Richtung« gingen. Nach kurzer Bedenkzeit ließen sich beide Seiten darauf ein, unter der Prämisse, dass bei so unterschiedlichen Grundpositionen zu Militär und Rüstung, wie sie zwischen AGDF und Evangelischer Seelsorge in der Bundeswehr bestehen, nur ein kontroverser Diskurs, also eine Veranstaltung nach dem zweiten Grundkonzept möglich sein würde. Die Alternative wäre gewesen, dass die »Leerstelle« im Kirchentagsprogramm noch größer gewesen wäre. Es wurde eine Vorbereitungsgruppe mit dem AGDF-Vorsitzenden Horst Scheffler, dem AGDF-Geschäftsführer Jan Gildemeister, Ute Finckh-Krämer (als Autorin des Militärkapitels des von der AGDF herausgegebenen Buches »Gewaltfrei streiten für einen gerechten Frieden«), dem leitenden Militärdekan Armin Wenzel (Militärdekanat Kiel) und dem Militärdekan der Führungsakademie der Bundeswehr Hartwig von Schubert gebildet.

Beim ersten Treffen der Gruppe bestand Einigkeit darüber, dass die Vorstellung des Präsidiums des DEKT, die beiden Veranstaltungsvorschläge gingen inhaltlich in eine ähnliche Richtung, aus Sicht aller Beteiligten eher abwegig war, wir also weder das eine noch das andere Veranstaltungskonzept zu Grunde legen konnten, sondern ein völlig neues entwickeln mussten. Angesichts der weit auseinander liegenden Grundpositionen der Beteiligten wurde entschieden, für das Podium ein oder zwei konkrete Konfliktregionen auszuwählen und einerseits Sachinformationen dazu, andererseits Kommentare aus friedenspolitischer, militärischer und politischer Sicht vorzusehen. Die Rüstungs- und Militärkritik, die der AGDF wichtig

war, sollte am konkreten Beispiel erfolgen können, die Bezugnahme auf die Friedensdenkschrift, die den Vertretern der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr am Herzen lag, sollte durch die Auswahl der Kommentatoren und die Bitte an selbige, die Grundsätze der Friedensdenkschrift bei ihrem Votum zu berücksichtigen, gewährleistet werden.

Schnell bestätigte sich, dass unsere die einzige Diskussionsveranstaltung auf dem ganzen Kirchentag sein würde, auf der Auslandseinsätze der Bundeswehr thematisiert würden, und damit auch der einzige Ort, an dem Kritik an und wenigstens ansatzweise Alternativen zu militärischem Eingreifen zur Sprache kommen könnten.⁴⁾ Unter diesen Umständen war klar, dass Afghanistan als konkrete Konfliktregion diskutiert werden musste. Aber Afghanistan taugt weder für eine Debatte über die in der Friedensdenkschrift genannten Kriterien rechtserhaltender Gewalt (sie werden ganz offensichtlich sowohl durch OEF als auch durch Isaf verletzt) noch für eine Debatte darüber, welchen Anteil die deutsche Politik an der Eskalation oder Deeskalation von Konflikten hat, die aktuell nicht gewalttätig ausgetragen werden (die Beteiligung an Isaf und OEF erfolgte zu einem Zeitpunkt, wo in Afghanistan schon jahrelang Krieg und Bürgerkrieg herrschte). Also wurde beschlossen, mit Georgien ein zweites konkretes Beispiel zu wählen, an dem diese beiden Aspekte herausgearbeitet werden könnten. Damit gerieten wir aber in ein zeitliches Dilemma, das dazu führte, dass sowohl der zunächst als Moderator vorgesehene Arndt Henze als auch Andreas Zumach als friedenspolitischer Kommentator, die zunächst eine halbe Zusage gegeben hatten, wieder absagten, weil wir ihrer Einschätzung nach zu viel in eine knapp zweistündige Debatte packen wollten. Die Vorbereitungsgruppe prüfte deshalb, ob das mühsam erarbeitete Grundkonzept, das aus den ursprünglichen Veranstaltungsvorschlägen jeweils wenigstens einen Aspekt herübergerettet hatte, über den Haufen geworfen werden sollte. Angesichts der bereits ausgesprochenen Einladungen und eines massiven Zeitdrucks, weil das Kirchentagsprogramm bereits in Druck war und der Redaktionsschluss für das gedruckte Heftchen mit den Änderungen unmittelbar bevorstand, entschieden wir uns dagegen.

Das Podium bestand dann aus dem Afghanistan-Experten Jan Koehler von der FU Berlin, der Georgienexpertin Caroline Kruckow vom Evangelischen Entwicklungsdienst, dem Oberstleutnant i.G. Hubert Saur von der Führungsakademie der Bundeswehr, dem friedenspolitischen Experten Dr. Reinhard J. Voß (bis 2008 Generalsekretär von Pax Christi), dem Staatsminister im Auswärtigen

2) Von einer Vertreterin der Geschäftsstelle war dies bei einem überregionalen Treffen des »Offenen Forums DOV« bereits im Vorfeld angedeutet worden. Das Friedensthema soll hingegen beim Ökumenischen Kirchentag 2010 in München und – wie wir später erfahren – beim DEKT in Dresden 2011 wieder eine größere Rolle spielen bzw. ein Schwerpunkt werden. Für Bremen hatte das Präsidium die Schwerpunkte Welthandel, Wirtschaft und Bildung festgelegt.

3) So gab es nur eine Veranstaltung zum Thema Rüstungsexporte und einige Gottesdienste und Kulturveranstaltungen zum Thema Krieg und Frieden.

4) Selbst im Zentrum »Gewaltfrei Leben und Handeln« des Versöhnungsbundes, das aus Anlass des Kirchentags durchgeführt wurde, gab es keine Veranstaltung explizit zu dem Thema. In dem Zusammenhang zu erwähnen ist noch die – schlecht besuchte – Demonstration »für eine andere deutsche Friedenspolitik« am 23. Mai in Bremen, zu der die AGDF mit aufgerufen hat.

Amt Gernot Erler und als Moderator dem EKD-Friedensbeauftragten Renke Brahm. Die Rolle der AnwältInnen des Publikums übernahmen Jan Gildemeister, Ute Finckh-Krämer und Armin Wenzel aus der Vorbereitungsgruppe. Da die Veranstaltung zeitgleich mit dem »Feierabendmahl« in den Bremer Kirchengemeinden stattfand, hielten wir zusätzliche Werbung für notwendig, um dem Saal, der mit etwa 450 Plätzen bestuhlt werden sollte, zu füllen. Wir erstellten also einen Ankündigungsflyer, der vor dem Kirchentag per Email und gedruckt in Umlauf gebracht und im »Markt der Möglichkeiten« an einer ganzen Reihe von Ständen ausgelegt wurde. In diesem Flyer fassten wir das Anliegen der Veranstaltung folgendermaßen zusammen:

»Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Unter diesem Titel ist im November 2007 die Friedensdenkschrift der EKD erschienen. An zwei konkreten Beispielen, dem Krieg in Afghanistan und dem Georgienkonflikt, soll untersucht werden, ob und ggf. wie sich aus der Friedensdenkschrift konkrete Maßstäbe für politisches Handeln ableiten lassen. Zunächst werden die beiden Konflikte kurz dargestellt: Worum geht es den Akteuren, was sind ihre Ziele, was haben sie bisher riskiert, was erreicht, was verloren, was können sie realistisch gewinnen? Welche Interessen haben Dritte? Welche Aktivitäten Außenstehender haben sich als konflikteskalierend, welche als Beiträge zur Deeskalation ausgewirkt? Anschließend werden ein Politiker und jeweils ein Konfliktfachmann aus dem friedenspolitischen und aus dem militärischen Bereich die dargestellten Fakten unter dem Aspekt der Grundprinzipien der Friedensdenkschrift bewerten. Zentrale Frage wird dabei sein: Entspricht die von Deutschland mit getragene Politik der Nato in beiden Konfliktregionen dem in der Friedensdenkschrift formulierten Leitbild des gerechten Friedens?«

Ob es das offizielle Programm oder der zusätzliche Flyer war: Obwohl der Saal sogar etwas dichter bestuhlt war als ursprünglich gedacht und damit 480 Sitzplätze zur Verfügung standen, waren kurz vor Veranstaltungsbeginn alle Plätze besetzt, die Kirchentagsordner standen mit ihren Schildern »Veranstaltung überfüllt« vor der Tür und wiesen zu spät Kommende ab.

In der Vorbereitung hatten wir versucht, die drei Kommentatoren mit unserem Veranstaltungskonzept vertraut zu machen und hatten insbesondere darum gebeten, dass Oberstleutnant Saur und Staatsminister Erler sich auf die Konfliktanalysen beziehen und nicht sattsam bekannte offizielle »Parolen« verkünden. Der Verlauf der Veranstaltung zeigte aber, dass sie diese (von der gesamten Vorbereitungsgruppe getragene) Bitte ignoriert haben. Das führte sowohl zu einer Fülle kritischer Fragen, die die AnwältInnen des Publikums erhielten und angesichts der knappen Zeit nur zu einem kleinen

Teil an das Podium weitergeben konnten, als auch dazu, dass Reinhard Voß für sein Statement mit Abstand am meisten Beifall erhielt, obwohl ein guter Teil der Anwesenden aus dem Umfeld der Militärseelsorge stammte. Gespräche der Vorbereitungsgruppe nach der Veranstaltung bestätigten, dass eine ganze Reihe von TeilnehmerInnen aus dem Bereich der Militärseelsorge von Reinhard Voß positiv überrascht, von Saur und Erler dagegen enttäuscht waren. Andererseits waren eine ganze Reihe von Anwesenden aus der Friedensbewegung frustriert, dass offizielle Parolen und Schönfärbereien so viel Raum einnehmen konnten und die für viele besonders brennende Frage nach einer Exit-Strategie für Afghanistan von Erler und Saur nicht beantwortet wurde und vermuteten, dass dies dem Einfluss der Vertreter der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr zuzuschreiben war; was aus ihrer Sicht plausibel war, aber nicht zutraf.

Der Kirchentag in Bremen bot für die kirchliche Friedensbewegung weniger, für Bundeswehr und Militärseelsorge mehr Raum als frühere Kirchentage. Dies wurde deutlich durch den Auftritt der Big Band der Bundeswehr beim Abend der Begegnung auf dem besten Platz der Stadt, die damit verbundene direkte und indirekte Imagewerbung und die intensive Präsenz der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr, die nicht nur wie auf früheren Kirchentagen einen großen Stand auf dem Markt der Möglichkeiten hatte, sondern auch mit einem Zelt direkt neben der Bühne, auf der die Big Band der Bundeswehr spielte, und mehreren Gottesdiensten im Programm vertreten war.

■ Wie weiter?

Wir stehen jetzt vor folgender Situation: Der zum 1.10.2008 ernannte EKD-Friedensbeauftragte, der zugleich auch Vorsitzender des Beirats der ev. Militärseelsorge ist, erwartet von den in der (ebenfalls neu geschaffenen) Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD vertretenen Kirchen und Organisationen, dass sie – entsprechend ihrer inhaltlichen Anliegen – konstruktiv zusammenarbeiten und kann diese Position innerhalb der EKD im Zweifelsfall durchsetzen (wie sich am Beispiel des Kirchentagspräsidiums gezeigt hat). Das gilt insbesondere für die Zusammenarbeit mit der Militärseelsorge, die in der Konferenz für Friedensarbeit vertreten ist. Dass die AGDF sich auf die gemeinsame Veranstaltung eingelassen hat, stärkt daher ihre Glaubwürdigkeit gegenüber dem Friedensbeauftragten und der EKD. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu betrachten, dass die neue Struktur der Friedensarbeit im Raum der EKD – Beauftragter, Konferenz und eine gemeinsam von AGDF und Ev. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung von Kriegsdienstverweigerern (EAK) getragene Arbeitsstelle – die Chance bietet, die Friedensarbeit im Bereich der Kirche zu stärken und den Einfluss der Kirche

auf die Politik im Sinne eines »Vorrangs für Gewaltfreiheit« auszubauen. Dies ließe sich letztlich aber nur bedingt gegen einen grundsätzlichen Widerstand der Militärseelsorge umsetzen.

Wenn sich die AGDF auf eine Fortsetzung eines kritischen Diskursprozesses zu Bundeswehreinräsen einlässt, muss sie allerdings auch die Tatsache berücksichtigen, dass es ein erhebliches Ressourcenungleichgewicht zwischen der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr und der kirchlichen Friedensarbeit (zugunsten der ersten) gibt. Dieses Ungleichgewicht äußert sich z.B. darin, dass »JS - Die Evangelische Zeitschrift für junge Soldaten« aus dem Etat der Militärseelsorge auf absehbare Zeit ohne Probleme weiter finanziert werden kann, während die Zukunft der »Zivil«, die von der EAK herausgegeben wird und sich an evangelische Zivildienstleistende und ihre Einsatzstellen richtet, nach den drastischen Kürzungen des EAK-Etats im letzten Jahr zeitweise mehr als fraglich war und erhebliche Proteste notwendig waren, um sie wenigstens vorläufig abzusichern.⁵⁾ Wir müssen also darauf achten, dass wir dieses Ungleichgewicht weiterhin offen benennen und uns durch eventuelle weitere Kooperationsprojekte nicht zu unangebrachter Rücksichtnahme bewegen lassen. Schließlich wird auch der Haushalt der AGDF zu Zweidrittel von der EKD finanziert und wir haben im Bereich der Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen oft genug erlebt, dass finanzielle Abhängigkeiten mit einer sinkenden Bereitschaft zur Kritik einhergehen.

Wir sollten auch darüber nachdenken, welche Eigeninteressen die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr im Rahmen einer Zusammenarbeit mit der AGDF haben könnte. Will sie in erster Linie ihre Position innerhalb der EKD stärken, Kritik an ihrer Arbeit und an ihrer oft geringen Distanz zu offiziellen Bundeswehrpositionen reduzieren, die überfällige Kritik am Ressourcenungleichgewicht zwischen Militärseelsorge und kirchlicher Friedensarbeit im Vorfeld abfangen? Oder sucht sie in einer Situation, in der die unrealistischen Erwartungen der Regierenden, was Auslandseinsätze der Bundeswehr bewirken können, zu großer Unzufriedenheit innerhalb der Bundeswehr führen, nach Verbündeten, die die offizielle Politik fachkundig und offen kritisieren können und wollen? Wenn letzteres eine ernsthafte Rolle spielt, können und sollten wir uns auf eine weitere Zusammenarbeit einlassen. Es liegt ganz offensichtlich in unserem Interesse, uns in den öffentlichen Diskurs um die Auslandseinsätze der Bundeswehr, um steigende Rüstungsexporte, um die Problematik der zivil-militärischen Zusammenarbeit oder das vergleichsweise dürftige Engagement der Bundesre-

gierung in der zivilen Krisenprävention und der gewaltfreien Konflikttransformation einzumischen. Wir dürfen uns nicht damit begnügen, diese Themen im friedenspolitischen Umfeld zu diskutieren, sondern sollten jede Möglichkeit nutzen, unsere Argumente außerhalb des eigenen Umfelds zu Gehör zu bringen. Die neue kirchliche Friedensstruktur bietet hierzu interessante Chancen. Wir werden dabei vielleicht feststellen, dass die Argumente, die uns selbst am überzeugendsten erscheinen, für Bundeswehrangehörige, Abgeordnete der großen Koalition oder VertreterInnen des Auswärtigen Amtes keineswegs plausibel wirken, dass aber andere Argumente, die wir selber vielleicht eher als ergänzend betrachten, erhebliche Nachdenklichkeit erzeugen. Wenn der ehemalige CDU-Minister Christian Schwarz-Schilling auf Grund seiner Erfahrung als Hoher Repräsentant und EU-Sonderbeauftragter für Bosnien-Herzegowina erklärt, dass Friedensprozesse mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrages nicht enden, sondern im Gegenteil erst beginnen, ruft das bei uns ein müdes »aber das haben wir doch schon immer gesagt!« hervor. Aber die meisten Abgeordneten des Deutschen Bundestages nehmen eine uns längst bekannte Tatsache erst wahr, wenn sie von jemandem aus der etablierten Politik formuliert werden. Wenn wir »local ownership« in Bezug zur Bedeutung der Kommunalpolitik in unserem eigenen Land setzen, wird dieses Konzept für SPD-PolitikerInnen viel leichter verständlich.

Sowohl Skandalisierung und Aufklärung als auch der Diskurs mit politisch Andersdenkenden sind für die friedenspolitische Arbeit unabdingbar. Einen Diskurs gemeinsam mit der Militärseelsorge zu organisieren erscheint in der augenblicklichen Situation sinnvoll, wenn Interessengegensätze und inhaltliche Differenzen offen benannt werden. Dabei gilt es zugleich sensibel für Versuche politischer Instrumentalisierung zu sein, auch angesichts der erheblich größeren Ressourcen der Militärseelsorge und kirchlichen Tendenzen, »zivil« und »militärisch« als Einheitsbrei zusammenfügen zu wollen. Für den Ökumenischen Kirchentag 2010 in München und den Evangelischen Kirchentag 2011 in Dresden, auf denen nach Auskunft von Renke Brahm's Friedensthemen wieder stärker thematisiert bzw. einen Schwerpunkt bilden sollen, müssen wir beides vorbereiten und einfordern: Eigene Schwerpunktveranstaltungen, in denen z.B. Themen wie Rüstungsexporte, zivil-militärische Zusammenarbeit und Werbekampagnen der Bundeswehr aus unserer Perspektive analysiert werden und Diskursveranstaltungen, auf denen unterschiedliche Positionen aufeinander treffen.

Jan Gildemeister ist Geschäftsführer der AGDF, Ute Finckh-Krämer ist Vorsitzendes des BSV und Forum Pazifismus-Redakteurin.

5) Im Juni wird die Vorentscheidung fallen, ob die Zeitschrift in modifizierter Konzeption (u.a. mit der zusätzlichen Zielgruppe der Freiwilligen) mittelfristig erhalten bleibt.

Signal gegen Waffenexport

»Waldkircher Erklärung« mit fast 15.000 Unterschriften liegt jetzt dem Bundessicherheitsrat vor

Der Aufschrei kam von der Basis. In diesem Falle vom SPD-Ortsverein des Schwarzwaldstädtchens Waldkirch, knapp über 20.000 Einwohner, daher seit Beginn des Jahres 2009 Große Kreisstadt mit einem Oberbürgermeister an der Spitze. Mit wachsender Sorge hatten einige friedenspolitisch engagierte Waldkircher Sozialdemokraten die seit Jahren ansteigenden deutschen Waffenexporte verfolgt. »Der Waffenexport floriert. Deutschland ist fünftgrößter Lieferant«, hatte die Badische Zeitung schon über das Jahr 2005 berichtet.¹⁾

Alarmierende Nachricht: Deutschland drittgrößter Waffenlieferant

Bereits ein Jahr später übermittelte die Presse an herausragender Stelle die Negativbotschaft, dass 2006 weltweit ein Rekord bei den Militärausgaben aller Art zu vermelden sei. Sowie: Deutschland sei erstmals auf dem unrühmlichen Platz drei der Welt Rangliste der Staaten mit den meisten Waffenexporten gelandet. Gleich hinter den USA und Russland, mit deutlichem Abstand zu Frankreich, Niederlande, Großbritannien, Italien, Spanien, China und Schweden.²⁾ Unter Berufung auf das renommierte Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri³⁾ teilte die Badische Zeitung mit, Deutschland habe 2006 seine Waffenexporte von 1,5 auf 3,8 Milliarden Dollar gesteigert. Das Blatt kommentierte: »Dass Deutschland in der Rangliste der Waffenhändler Rang drei erklomm, ist wahrlich kein Grund für nationalen Stolz.«⁴⁾ Um den Lesern der Zeitung zu verdeutlichen, dass das Problem der Waffenproduktion und der Waffenexporte nicht irgendwo in nebelhafter Ferne angesiedelt ist, sondern direkt vor unserer Haustür, fügte die Redaktion eine detaillierte Information über Waffen produzierende Betriebe aus neun baden-württembergischen Städten und Gemeinden hinzu. Darunter die Firma Heckler & Koch, die in Oberndorf Pistolen, Gewehre und Granatwerfer baut – und weltweit exportiert.

1) dpa-Bericht: Der Waffenexport floriert. Die Ausfuhr von Rüstungsgütern legt um zehn Prozent zu. Deutschland ist fünftgrößter Lieferant. In: Badische Zeitung 28.9.2006, S. 20.
2) Hannes Gamillscheg: Rekord bei Militärausgaben. Der Irakkrieg treibt die Kosten der USA in die Höhe. Auch der Waffenhandel nimmt zu. In: Badische Zeitung, 12. Juni 2007, S. 1, Schaubild »Die größten Waffenexporteure«.
3) Sipri = Stockholm International Peace Research Institute
4) Hannes Gamillscheg: Fehlgeleitetes Geld. Rüstungsboom. In: Badische Zeitung, 12. Juni 2007, S. 1, Rubrik »Tagesspiegel«.

Zivilgesellschaftlicher Protest: »Skandal ohne Grenzen«

Diese Informationen gaben den entscheidenden Anstoß, in Waldkirch zu einer Informationsveranstaltung einzuladen und damit gleichzeitig ein Forum zu bieten für die Zusammenarbeit von politischen, gewerkschaftlichen, kirchlichen und friedenspolitischen Vereinigungen, von denen ein rüstungskritisches Engagement erwartet werden konnte. Das unter dem Titel »Skandal ohne Grenzen. Dem Rüstungsexport muss endlich Einhalt geboten werden« stehende Treffen fand am 10. Juli 2007 statt.

Für das Einstiegsreferat »Überlegungen zu einer ethischen Beurteilung der Rüstungsexportpolitik« konnte der Politikwissenschaftler Dr. Bernhard Moltmann von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) gewonnen werden. Der ehemalige Akademiedirektor ist zugleich Vorsitzender der Kommission »Rüstungsexporte« in der »Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung« (GKKE). Diese Kommission wurde von den beiden großen Kirchen ins Leben gerufen. Dort war nämlich der Eindruck entstanden, dass der Bundestag – beziehungsweise »die Politik« insgesamt – dem Thema Waffenexporte keine besondere Aufmerksamkeit widmete und die jährlich erstatteten Rüstungsexportberichte der Bundesregierung kaum zur Kenntnis nahm oder kommentarlos abnickte. Daher gibt die GKKE jährlich einen kritischen Rüstungsexportbericht heraus, den Moltmann zur Grundlage seines Waldkircher Vortrages machte.⁵⁾

Moltmanns Fazit, das zugleich eine politische Forderung an Bundesregierung und Bundessicherheitsrat darstellte, lautete folgendermaßen: »Bei rüstungspolitischen Entscheidungen – gerade bei Lieferungen in Empfängerländer außerhalb von Nato und EU – ist zu begründen, ob sie tatsächlich dem Frieden, der Sicherheit und der Entwicklung dienen. Industriepolitische Motive, Arbeitsplatzargumente oder der Verweis auf entgegenlaufendes Handeln von Konkurrenten haben hier keinen Platz.«⁶⁾

5) Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (Hrsg.): Rüstungsexportbericht 2006 der GKKE. Vorgelegt von der GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte. Bonn, Berlin 2006 (=GKKE-Schriftenreihe Bd. 41), 115 S.; sowie Rüstungsexportbericht 2007 der GKKE.
6) Referat von Bernhard Moltmann in Waldkirch am 10.7.2009: Rüstungsexporte – ein Skandal ohne Grenzen. Überlegungen zu einer ethischen Beurteilung von Rüstungspolitik, hier: S. 12.

■ Der Handel mit dem Tode – was geht uns das an?

Für die Teilnahme an der Veranstaltung wurde mit einigen rhetorischen Fragen geworben. »Der Handel mit dem Tode – was geht uns das an? Ist das ein Thema für die Waldkircher Provinz? Wer kennt schon die Produzenten, Verkäufer, Käufer und Anwender der Waffen? Wer kennt die Grauzonen des Waffengeschäfts? Werden die Waffen – meist handelt es sich um sogenannte Kleinwaffen, also Gewehre, Pistolen, Minen – nicht hauptsächlich in anderen Kontinenten eingesetzt, in erster Linie in den unterentwickelten Ländern? Kann man gegen die deutsche Waffenexportpolitik überhaupt etwas ausrichten? Den Kritikern wird häufig gesagt: Wenn wir nicht liefern, dann liefern eben die anderen. Aber gibt es nicht auch den Weg, mit gutem Beispiel voranzugehen?«⁷⁾ Die lokale Presse griff diesen Gedanken auf und titelte: »Der Handel mit dem Tod – was geht uns das im Elztal an?«⁸⁾

Das erklärte Ziel der Veranstaltung lautete, einen »zivilgesellschaftlichen Protest gegen die wachsende deutsche Beteiligung am Handel mit dem Tod« zu formulieren und ihn als Signal an die Bundesregierung zu senden. Terminologisch orientierten sich die Veranstalter an einem Wort des früheren Bundeskanzlers Willy Brandt. Er hatte die Rüstungstransfers schon vor mehr als 30 Jahren als »Export des Todes« bezeichnet. In der Zivilgesellschaft von heute gelten polemische Begriffe dieser Art keineswegs mehr als politisch anstößig, wie man der Tatsache entnehmen kann, dass sie auch in Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung verwendet werden.⁹⁾

Sowohl das Referat von Bernhard Moltmann als auch die sich anschließende Podiumsdiskussion waren von Sachverstand geprägt.¹⁰⁾ Einleitend wurde gesagt, es gehe primär um einen moralischen Appell an die Bundesregierung und an den Bundessicherheitsrat sowie an die mit dieser Materie befassten Parlamentarier. Sie sollten sich auf ihre friedensethische Verantwortung besinnen. Jürgen Grässlin stellte fest, dass Rüstungsexport »aktive Beihilfe zum Mord« sei. Auf das Konto der »kleinen Waffen« – wie das deutsche Gewehr G 36 oder die russische Kalaschnikow – gingen 95 Prozent der Toten kriegerischer Auseinandersetzungen. DGB-Sprecher Jürgen Höfflin warnte, dass die Waffenlieferungen von heute die gewaltsamen Auseinandersetzungen von morgen seien. Herbert Schweitzer rief dazu auf, bis in die kleinste Gemeinde hinein aufzuzeigen, dass Waffenproduktion unnötig und lebensfördernde Produkte Sinn der Arbeit seien.

7) Text d. Verf. für die Presseankündigung der Veranstaltung am 10.7.2007.

8) Badische Zeitung, 7.7.2009, S. 25: Elztal.

9) Zum Beispiel bei Mathias John: Rüstungstransfers – Globaler Handel mit dem Tod. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Nr. 16-17/2007, 16.4.2007, S. 17-24.

10) Eberhard Weiss: Dem Waffenexport Einhalt gebieten. Die Wald-

■ Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner

Die überraschend zahlreichen Teilnehmer der Veranstaltung beschlossen nach eingehender Diskussion einmütig eine von Jürgen Grässlin und Wolfram Wette vorbereitete »Waldkircher Erklärung« mit dem Titel »Skandal ohne Grenzen – den Waffenlieferungen muss Einhalt geboten werden«. Etwa 50 Erstunterzeichner bekundeten ihre Zustimmung. Mit Unterschriftenlisten, welche der Erklärung beigegeben wurden, sollte in der Folgezeit bundesweit für eine Unterstützung des Anliegens geworben werden.

Zu den Erstunterzeichnerinnen und Unterzeichnern gehörten: Prof. Dr. Wolfram Wette, Historiker, SPD Waldkirch; Dr. Bernhard Moltmann, Vorsitzender der Fachgruppe Rüstungsexportpolitik der »Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung« (GKKE); Jürgen Grässlin, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen (DAKS); Jürgen Höfflin, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes Südbaden (DGB); Sabine Wölfle, Vorsitzende der SPD Waldkirch; Stephan Möhrle, Vorstandsmitglied im RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.); Paul Russmann, Geschäftsführer der Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL); Fabian Sieber, in Vertretung des Generalsekretärs der deutschen Sektion von Pax Christi; Markus Weber, Geschäftsführer der Bistumsstelle Pax Christi Freiburg; Prof. Dr. Herbert Schweizer, Katholische Arbeiterbewegung (KAB); Christoph Bayer, SPD-Abgeordneter des Landtags von Baden-Württemberg; Dietrich Elchlepp, Mitglied des Europäischen Parlaments a.D., SPD; Alexander Kauz, Die Linke, und viele andere mehr.

■ Der Wortlaut der Waldkircher Erklärung

Die »Waldkircher Erklärung zum Rüstungsexport« beginnt mit einer Analyse der Rüstungstransfers in den vergangenen Jahren: »Trotz aller gesetzgeberischen und politischen Vorkehrungen stiegen die deutschen Waffenexporte in den vergangenen Jahren stetig – zuletzt sogar rasant – an.« Deutschland stehe seit 2006 gleich hinter den USA und Russland. »So geschehen 17 Jahre nach der deutsch-deutschen Vereinigung und trotz eines weitgehend befriedeten europäischen Kontinents. Dieser dramatische Zuwachs ist nicht im Mindesten nachvollziehbar.«

Zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen wird festgestellt: »Mit dem Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG), dem Außenwirtschaftsgesetz

kircher SPD veranstaltete einen Informationsabend mit Experten zum Thema »Skandal ohne Grenzen – Rüstungsexport«. In: Badische Zeitung, 13.7.2009, S. 21: Elztal.

(AWG) und den *Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern* verfügt die Bundesrepublik Deutschland zwar über ein im internationalen Vergleich als restriktiv geltendes Rüstungsexportkontrollregime, aber diese Regelungen haben den Skandal ohne Grenzen nicht verhindert.«

Zumal die territorialen Restriktionen würden häufig nicht mehr beachtet: »Führender Empfänger deutscher Waffen sind Staaten, die kriegerische Konflikte führen. Ein bedeutender Anteil der deutschen Waffentransfers erfolgt ausgerechnet in die Entwicklungsländer, die Entwicklungshilfe beziehen. In beträchtlichem Umfang wurden deutsche Waffen an Länder in Krisen- und Kriegsgebiete des Nahen Ostens, Asiens und Afrikas verkauft. Dabei wurde und wird der Grundsatz, nicht in Spannungsgebiete und nicht an menschenrechtsverletzende Staaten zu liefern, offensichtlich zunehmend missachtet. Häufig verschwinden die Waffen in staatlich unkontrollierbaren Grauzonen von Bürgerkriegskonflikten. Denn Reexporte an Drittstaaten werden de facto nicht kontrolliert. Mit großer Sorge verfolgen wir auch Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Waffen.«

Besonders besorgniserregend sind Rüstungsgüter, die mit dem verharmlosenden Begriff »Kleinwaffen« bezeichnet werden: »Laut Schätzungen des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes sterben rund 95 Prozent aller Opfer durch so genannte »Kleinwaffen«, also Gewehre, Pistolen, Mörser und Minen. Deutschland zählt seit Jahren zu den führenden Kleinwaffenexporteuren weltweit.«

■ Politische Forderungen

Es folgen eine Gesamteinschätzung und die politischen Forderungen:

»- Wir sehen in der Entwicklung der deutschen Waffenexporte einen Skandal ohne Grenzen.

- Wir fordern, dass dieser Entwicklung Einhalt geboten wird. Ziel deutscher Politik muss eine Welt sein, in der Konflikte mit zivilen Mitteln gelöst werden.

- Die Bundesregierung darf sich nicht länger von dem Totschlagargument irreführen lassen, deutsche Arbeitsplätze müssten gesichert werden. Diese Behauptung ist unzutreffend: Mit dem Geld, das für staatliche Subventionen an die deutsche Rüstungsindustrie und für Waffenkäufe aufgewendet wird, könnten ungleich mehr Arbeitsplätze im Zivilbereich geschaffen werden.

- Die Bundesregierung soll sich auch nicht mit dem Argument beruhigen, im Falle eines deutschen Rückzugs würden eben andere die Waffen liefern. Steigt Deutschland aus dem Geschäft mit dem Tod aus, so kann dies eine positive Signalwirkung für andere rüstungsexportierende Staaten haben.

- Wir fordern die Mitglieder der Bundesregie-

rung, des geheim tagenden Bundessicherheitsrates und die Parlamentarier nachdrücklich auf, sich auf ihre friedensethische Verantwortung zu besinnen.

- Wir fordern sie auf, mit gutem Beispiel voranzugehen, den Export von Waffen und Munition äußerst restriktiv zu handhaben.

- Wir fordern die Bundesregierung zum vollständigen Verzicht auf staatliche Absicherungen von Rüstungsgeschäften auf (Hermes-Bürgschaften).

- Wir fordern mehr Transparenz: Bundestag und Öffentlichkeit müssen vor den Entscheidungen über Rüstungsexporte informiert werden.

- Wir fordern von den deutschen Rüstungsunternehmen den Verzicht auf den Ausbau von Produktionskapazitäten zur Systemführerschaft. Stattdessen sollten die Vorstände der waffenproduzierenden Unternehmen zur Sicherung der Arbeitsplätze umgehend Maßnahmen der Konversion einleiten, also der Umstellung der militärischen auf eine sinnvolle zivile Fertigung.«

■ Verbreitung und Echo

In der Folgezeit wurde die »Waldkircher Erklärung« über die Netzwerke der veranstaltenden Organisationen sowie im Internet bekannt gemacht. Bereits am Tag des Erscheinens im Internet wurde die Erklärung 3306 mal aufgerufen.

Bei den Redaktionen einiger Printmedien stießen die Sprecher der Aktion auf offene Ohren.

Die Frankfurter Rundschau druckte die »Waldkircher Erklärung« auf ihrer Dokumentationsseite vollständig ab.¹¹⁾ Die Zeitung »Neues Deutschland« dokumentierte den Text ebenfalls¹²⁾ und ließ ihn auf Seite 1 durch den renommierten Berliner Friedensforscher Ekkehart Krippendorff kommentieren.: »*Nicht in unsrem Namen* ruft [...] eine kleine Initiative aus Südbaden der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit zu: Zur Ungeheuerlichkeit der deutschen Waffenexporte darf nicht länger geschwiegen werden. Eine Handvoll Sozialdemokraten, Mitarbeiter von Pax Christi, Gewerkschafter und Wissenschaftler haben eine *Waldkircher Erklärung* in die Welt gesandt. Diese Erklärung braucht Mitstreiter und Lautsprecher. Vielleicht gelingt es, einige noch vorhandene Funken unter der Asche der Friedensbewegung anzublase: Deutschland als weltweit erster Aussteiger aus dem tödlichen Waffengeschäft – das wäre etwas, wofür sich einzusetzen lohnte. Es kostet nur moralischen und politischen Mut.«¹³⁾

11) Stoppt das Geschäft mit dem Tod. In: Frankfurter Rundschau, 25.7.2007, S. 23: Dokumentation.

12) Den Waffenlieferungen muss Einhalt geboten werden. Dokumentiert: Waldkircher Erklärung zum Rüstungsexport. In: Neues Deutschland, 4./5.8.2009, S. 24.

13) Ekkehart Krippendorff: Nicht in unsrem Namen. In: Neues Deutschland, 4./5.8.2009, S. 1.

Der sozialdemokratische »Vorwärts« brachte immerhin einen kurzen Artikel und einen Hinweis auf www.spd-waldkirch.de.¹⁴⁾ Die Berliner »tageszeitung« trug zur Verbreitung des Aufrufs bei mit der Dokumentation seines Wortlauts und mit einem Interview von Stefan Reinecke mit Wolfram Wette bei. Titel: »Ein schändliches Geschäft«. ¹⁵⁾ »Zivilcourage. Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus« widmete ihre Septemberrnummer 2008 dem Thema Rüstungsexport. In seinem grundlegenden Leitartikel »Den Tod bringen Waffen aus Deutschland« wies Jürgen Grässlin auch auf die Waldkircher Erklärung hin.¹⁶⁾ Der Fachmann für Rüstungsexporte konnte in diesem Beitrag am konkreten Fall Georgien exemplarisch die Grauzone des Waffenhandels beleuchten. Deutsche Friedensaktivisten hatten den Nachweis erbracht, dass deutsche Kleinwaffen, nämlich G 36-Gewehre der Oberndorfer Firma Hecker & Koch, auf rätselhafte Weise – jedenfalls ohne Genehmigung der Bundesregierung und ohne Wissen der Produktionsfirma – in die Hände georgischer Sicherheitskräfte gelangt waren. Dieser Fall wurde durch das Fernsehen bundesweit publik gemacht.¹⁷⁾

Besonders viele Unterschriften leisteten Mitglieder der ökumenischen Kampagne »Ohne Rüstung leben«. Einen Monat nach der Verabschiedung der Erklärung berichtete die lokale Waldkircher Presse, bereits 400 Bürger hätten die »Waldkircher Erklärung« unterschrieben.¹⁸⁾ Nachdem sich die genannten überregionalen Medien der Verbreitung des Aufrufs angenommen hatten, hörte das Telefon bei Sabine Wölfle in Waldkirch nicht mehr auf zu klingeln. Die Mailbox quoll über. Mehr als ein Jahr später konnte öffentlich vermeldet werden: »Die Waldkircher Erklärung gegen Rüstungsexporte hat inzwischen 12.000 Unterzeichner. Demnächst Übergabe an Sicherheitsrat geplant.«¹⁹⁾ Im März 2009 wurde noch einmal bilanziert: 14.510 Menschen hatten die »Waldkircher Erklärung« unterzeichnet. Damit war nach Ansicht der Sprecher der Aktion ein Teilziel erreicht. Nun konnte nach einem Weg gesucht werden, das zivilgesellschaftliche Gewicht der vielen Unterstützerinnen und Unterstützer in einem Gesprächstermin mit einem Mitglied der Bundesregierung zur Geltung zu bringen.

■ Übergabe der Unterschriftenlisten an den Staatsminister im Auswärtigen Amt

Am 27. März 2009 wurden in Freiburg während einer Pressekonferenz vier dicke Ordner mit den Unterschriftenlisten an den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler MdB, übergeben.²⁰⁾ Aus diesem Anlass bezeichneten die Sprecher der Aktion die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung erneut als »Skandal ohne Grenzen«. Der Historiker Prof. Wolfram Wette, Mitglied der SPD Waldkirch und Initiator der Aktion, forderte »insbesondere die Mitglieder des Bundessicherheitsrates eindringlich auf, sich für eine drastische Reduzierung der Rüstungsexporte einzusetzen«. Wette betonte einmal mehr, dass Deutschland laut einer Studie des Friedensforschungsinstituts Sipri in Stockholm »seit dem Jahre 2006 auf den unrühmlichen Platz 3 in der Weltrangliste der Länder mit dem höchsten Volumen an Rüstungsexporten aufgerückt« sei.

»So lange Deutschland Waffen an menschenrechtsverletzende Staaten wie Russland, Israel und viele andere liefert, sind die Politischen Grundsätze der Bundesregierung zum Rüstungsexport Makulatur«, sagte Jürgen Grässlin. Massiv kritisierte der Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) »Waffentransfers an verfeindete Staaten wie Indien und Pakistan sowie die Verdoppelung der Kleinwaffenexporte in die besonders bedenklichen Drittländer. Mit Kleinwaffen«, so Grässlin, »werden 95 Prozent aller Menschen in Kriegen und Bürgerkriegen getötet.«²¹⁾

Paul Russmann, Geschäftsführer der ökumenischen Aktion Ohne Rüstung Leben, erklärte: »Wir können vielleicht nicht verhindern, dass Menschen Krieg führen, aber wir können verhindern, dass Waffen geliefert werden.« Der ORL-Geschäftsführer forderte die Bundesregierung »zum vollständigen Verzicht staatlicher Absicherungen von Rüstungsgeschäften mit Steuergeldern« über Hermes-Bürgschaften auf. Russmann verlangte vom Bund »den Verzicht der Lieferung von drei U-Booten nach Pakistan, die mit einer staatlichen Ausfallbürgschaft von gut 1 Milliarde Euro abgesichert werden soll«.

Stephan Möhrle, Vorstandsmitglied im RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), forderte, dass »Gelder, die bislang für Rüstungsprojekte wie den Eurofighter und für Hermes-Bürgschaften verschwendet werden, zukünftig für Bildung und Friedensforschung verwendet werden müssen«. Möhrle sieht in der Waldkircher Erklärung »ein politi-

14) SPD Waldkirch: Unterschriften gegen Waffenexporte. In: Vorwärts-Newsletter August 2007, News 3; und: Vorwärts [Druckversion] 09/2007, Seite »Parteilernen«.

15) »Ein Schändliches Geschäft«. In: die tageszeitung, 30.8.2008, S. 12.

16) Zivilcourage. Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus der DFG/VK, Nr. 4, Sept. 2008, Titelgeschichte von Jürgen Grässlin: »Den Tod bringen Waffen aus Deutschland«, S. 6-11.

17) Ebd., S. 10.

18) Eberhard Weiss: Aufruf gegen Waffenexport. In: Badische Zeitung, 11.8.2007, S. 25: Elztal.

19) Sylvia Timm: »Unerträgliches Geschäft mit dem Tod«. In: Badische Zeitung, 2.10.2008, S. 21.

20) Vgl. den Bericht von Michael Neubauer: Signal gegen den Waffenexport. »Waldkircher Erklärung« mit fast 15.000 Unterschriften an Staatsminister Erler übergeben. In: Badische Zeitung, 28.3.2009 S. 2.

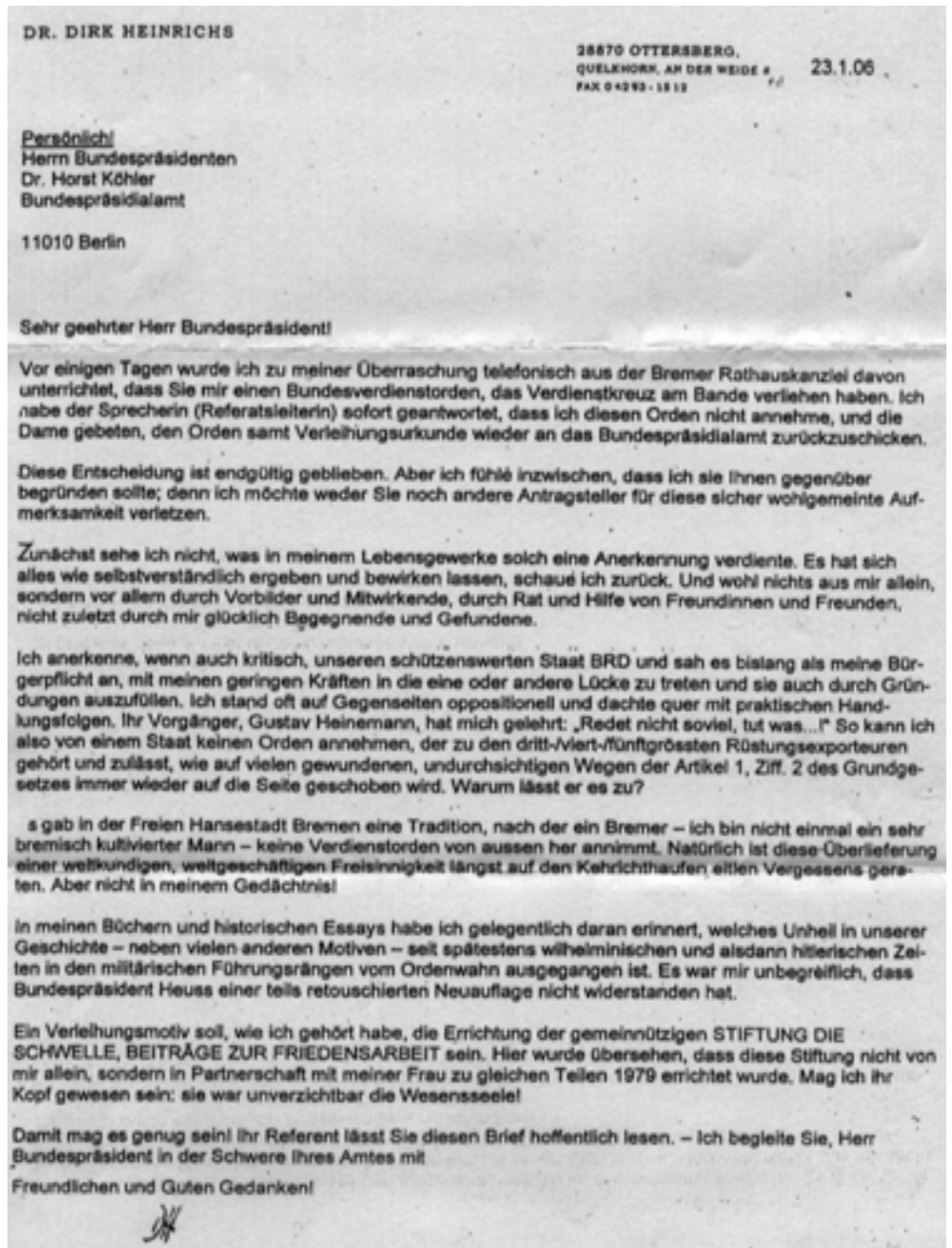
21) Weiterführend: www.rib-ev.de (mit aktuellem Rüstungsexport-Weblog und DAKS-Newsletter zu Kleinwaffenexporten), www.juergengraesslin.com (Stichworte »Rüstungsexporte« und »Heckler & Koch«) und www.dfg-vk.de

sches Papier, das auf große Resonanz bei Lehrern und vor allem bei Schülern gestoßen« sei. Die junge Generation bewerte »die deutsche Rüstungsexportpolitik äußerst kritisch. Dies zeigt die große Beteiligung Jugendlicher bei Protesten gegen Heckler & Koch und Daimler.«

Sabine Wölfle, Mitglied im Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg, betonte den großen Zuspruch, den die Initiatoren der »Waldkircher Erklärung« in den letzten eineinhalb Jahren erfahren hatten. »Hätten wir nicht ehrenamtlich gearbeitet, sondern mit mehr finanziellen Mitteln und Manpower, so hätten wir sogar die zehnfache Menge an Unterschriften sammeln können. Denn«, so die Sozialdemokratin, »die große Mehrheit Bevölkerung steht hinter uns, wie zahlreiche Gespräche an Informationsständen gezeigt haben.«

In seiner von großer Ernsthaftigkeit geprägten Stellungnahme begrüßte Staatsminister Gernot Erler MdB (SPD) das Engagement der Friedens- und Menschenrechtsorganisationen und Mitglieder verschiedener Parteien zur »Waldkircher Erklärung«. Er teilte insbesondere die Bedenken an den dramatisch zunehmenden Exporten von Kleinwaffen, wie Pistolen und Gewehren. Staatsminister Erler versprach, die ihm übergebenen Listen der mehr als 14.500 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sowie die persönlichen Schreiben an die Mitglieder des Bundessicherheitsrates weiterzureichen. Seitens des Außenministeriums versprach er »eine Antwort, die nicht abwimmelt, sondern Substanz hat«.

Die zahlreichen Unterstützer dieser Protestaktion gegen Rüstungsexporte erwarten allerdings nicht nur substantielle Worte, sondern sichtbare



Dr. phil. Dirk Heinrichs, Jahrgang 1927, war von 1955 bis 1996 Gesellschafter und Geschäftsführer eines Familienunternehmens der Hafenwirtschaft Bremen/Bremerhaven. Zusammen mit seiner Frau Ruth-Christa war er 1979 Stifter der Stiftung *Die Schwelle, Beiträge zur Friedensarbeit* in Bremen. Mitbegründer des Arbeitskreises Historische Friedensforschung (1984) und des Ökumenischen Dienstes Schalomdiakoniat (1992).

Taten. Der Skandal ohne Grenzen hat nämlich keineswegs ein Ende oder auch nur eine Begrenzung gefunden. Deutschland steht auch 2008 auf Platz 3 der Weltrangliste der waffenexportierenden Staaten. Es hat seinen Weltanteil am Waffenmarkt in den letzten 5 Jahren von 7 auf 10 Prozent gesteigert. Der Trend zum vermehrten Export von deutschen Rüstungsgütern ist ungebrochen.

Prof. Dr. Wolfram Wette ist Historiker und Mitglied der DFG-VK.



Michael Hofferbert

Die Mutation von Pazifisten zu Statistikern und Bilanzkünstlern

Über die Erosion eines Grundrechts durch den Versuch seiner Nutzer und Beschützer, es überflüssig zu machen

Stell Dir vor, es ist Krieg – und keiner geht hin!« war in den 60er bis frühen 80er Jahren, der Zeit der Blumenkinder und der dann viel ernstesten Friedensbewegung, eine provokativ gefasste Aufforderung zum Nachdenken: Sie spielte geschickt mit der kindlich-naiven und zugleich verblüffenden Verkürzung eines komplexen Problems, der Sache von Krieg und Frieden nämlich, durch die plötzlich alles ganz einfach zu sein scheint: Was ist, wenn man die Kriegsherren einfach auf ihren Kriegsschauplätzen alleine lässt?

Ein schlitzohriger anonymer Fälscher, mag sein ein Propagandist der Nachrüstung, hat die Aufforderung im Gegenzug, sozusagen kontra-provokant, mit dem Zusatz gekontert, der jener verlockenden Vereinfachung den Weg versperrt: » ... dann kommt der Krieg zu Dir«.

Um der Fälschung die Autorität des Bert Brecht anzudichten, hat er ihr in einer trickreichen Collage einen Vers aus dessen »Koloman Wallisch Kantate«¹⁾ angefügt, die sich nicht auf den Krieg bezieht (!) und der lautet:

*Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt
Und lässt andere kämpfen für seine Sache
Der muss sich vorsehen; denn
Wer den Kampf nicht geteilt hat
Der wird teilen die Niederlage.
Nicht einmal den Kampf vermeidet
Wer den Kampf vermeiden will; denn
Es wird kämpfen für die Sache des Feinds
Wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat*

Die ursprüngliche Sentenz vom Krieg, zu dem keiner hingehet, entstammt tatsächlich literarischem Kindermund: Der amerikanischen Schriftsteller und Poet Carl Sandburg (1878-1967) lässt in seinem 1936 erschienenen Roman »The People, Yes« ein kleines Mädchen beim Anblick vorbeiziehender Truppen träumerisch-melancholisch sagen: »Sometime they'll give a war and nobody will come« (»Eines Tages werden sie einen Krieg geben und keiner wird kommen«).

1) Brecht beschreibt in der »Koloman Wallisch Kantate« den Widerstand des sozialdemokratischen Abgeordneten Koloman Wallisch: Als Kommandant des »republikanischen Schutzbundes« in der Obersteiermark kämpfte er 1934 aktiv gegen die faschistische Heimwehr-Bewegung in Bruck an der Mur. Der Widerstand wurde indes nach kurzer Zeit gebrochen. Bei seiner anschließenden Flucht wurde Wallisch von seinen eigenen Leuten im Stich gelassen und verraten, am 19. Februar 1934 zum Tode verurteilt und sofort gehängt.

Aber war der Fälscher – was auch immer sein Motiv gewesen sein mag – nicht eigentlich ein kluger und weitsichtiger Provokateur?

»Stell Dir vor, es ist Krieg – und keiner geht hin« sollte oder konnte für jeden, der (vielleicht sogar kritisch) zu denken für sich beanspruchte, die keineswegs bloß rhetorische weitere Frage provozieren: Was ist dann? Reicht es, »nicht hinzugehen«?

Nur ein Kind wird in der Vermischung von Wunschtraum und Wirklichkeit und – so sollte man meinen – nur ein Tor, der nur sich selbst sieht, wird glauben, wenn er nur selbst »nicht hingehet«, dann falle die Aufführung »Krieg« mangels Interesse oder Kanonenfutter eben einfach aus und die Veranstalter und Regisseure gingen frustriert nach Hause. Folglich reiche es ja aus, eben einfach »nicht hinzugehen«, um Krieg zu verhindern oder gar Pazifist zu sein. Oder mindestens: Wenn er eben andere hingehen lasse oder hinschicke, dann werde der Krieg jedenfalls zu ihm nicht kommen.

So allerdings denkt allem Anschein nach die ganz überwiegende und ständig wachsende Mehrheit derer, die über den Weg der Kriegsdienstverweigerung des Art. 4 Absatz 3 Grundgesetz – oder auch über andere Wege – jedenfalls zum Wehrdienst »nicht hingehen«.

Nun ist »nicht hingehen« gewiss der notwendige eine und vielleicht erste Schritt eines jungen Pazifisten, um die eigene aktive Beteiligung an militärischer Gewalt, dem massenhaften pauschalen Opfern von Menschenleben, zu verweigern und zu verhindern.

Wer indes nur noch das Ausweichen alleine – auf welchem Weg auch immer – im Auge hat, den Kriegsdienst wie einen lästigen Fliegenschiss, der ihn gleichsam zufällig und im Vorbeigehen getroffen hat, sich vom weißen Hemd wischen möchte, der wird das lästige Thema nach erfolgreichem Entkommen augenzwinkernd abhaken wie einen geschickt abgewendeten Strafzettel, wo eben mal kein Parkplatz war; wird sich bestenfalls seiner Geschicklichkeit und Flexibilität rühmen und froh sein, das Thema hinter sich zu haben. Das mag für einen jungen Bürger, der die Probleme nur aus dieser Sicht kennt, verständlich und entschuldigbar sein.

Irrtum oder ethische Bilanzfälschung der pazifistischen Statistiker?

»Stell Dir vor, die Wehrpflicht ist abgeschafft –

dann muss keiner mehr hin! Her mit der Berufsarmee!»

Wer indes als Berater von Wehrpflichtigen, der sich den Schutz der Gewissenfreiheit auf die Fahnen geschrieben hat, so berät, dass es eben nur auf das »Nichtingehen« ankomme und auf nichts mehr, anstatt sich selbst und die Ratsuchenden an das Thema »Krieg« zu erinnern, auf das sich Kriegsdienstverweigerung bezieht, der beschäftigt sich – wie die Erfahrung der letzten zwei Jahrzehnte zeigt – alsbald alleine noch mit der Frage, warum denn nicht alle von den lästigen Fliegen getroffen werden, und beklagt diesen Zustand der ungleichen Befleckung als (Wehr)Ungerechtigkeit, als ob denn Gerechtigkeit herrschte, wenn alle gleichmäßig beschissen würden.

Und so wird mancher dann bald zum bloßen Auguren, der tiefgründig wissend auf die Fliegen und deren Schmeißfrequenz schaut: Dem unangenehmen und lästigen, ja schmerzlichen Blick auf die Wirklichkeit des Krieges und die Opfer entzieht man sich dadurch schnell und unbemerkt.

So wurden viele Berater, die sich doch ursprünglich dem Schutz des pazifistischen Grundrechts und der aus der Erfahrung von zwei Weltkriegen erwachsenen Parole »Nie wieder Krieg!« verpflichtet hatten, zu fleißigen Interpreten von Heranziehungsstatistiken und Einberufungswahrscheinlichkeiten und zu bloßen Dienstleistern nach dem Muster der möglichst universellen und online abrufbaren, aber dann eben doch immer falschen Wettervorhersage. Und wie die Wetterpropheten werden sie stets nur für den Augenblick der bloßen Abwehr des lästigen Beschisses von ihrer Klientel benutzt: Am Tag danach, wenn das Hemd wieder unbefleckt ist, sind ihre Prophezeiungen Schall und Rauch, vergessen und wertlos – war es doch nur der lästige Zufall, dem man irgendwie ausweichen musste.

Auf diesem Abweg, weg von den Inhalten, kommt der so zum Statistiker mutierte und benutzte Berater dann alsbald fast zwangsläufig zu der alles beherrschenden und alles überdeckenden Forderung: »Abschaffung der Wehrpflicht!« – denn dann trifft es ja nur noch die, die (vermeintlich) »freiwillig« hingehen und die Fliegen auf sich ziehen:

Weil Militarismus als ständige Gefahr für die Zivilgesellschaft das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung als ständiges Menetekel hervorgerufen hat, schienen der Kampf für das pazifistische (!) Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung und der Kampf gegen Militarismus ursprünglich untrennbar verknüpft zu sein. Die neuen pazifistischen »Statistiker« allerdings, denen diese Verknüpfung aus dem Blick zu geraten scheint, könnten nun leicht Gefahr laufen, den Kampf – gleichsam in einer Art ethischer und politischer Bilanzfälschung – irrig für gewonnen zu erklären, indem sie

propagieren, das Grundrecht schlicht überflüssig zu machen: Allerdings nicht durch die Erreichung des pazifistischen Ziels und Verwirklichung des Credos der Zivilgesellschaft »Nie wieder Krieg!«, sondern durch die Forderung nach Professionalisierung des militärischen Tötens und der Vernichtung – nichts anderes bedeutet ja die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht! – und somit nach Perfektionierung des Krieges.

Krieg wird so als staatliche Dienstleistung nach Tarifvertrag so selbstverständlich wie Müllabfuhr oder Kanalreinigung, die niemanden mehr zu kritischen Fragen oder gar Widerstand herausfordert, eben zuständig für die schmutzigen Seiten des Geschäfts. Den Nachwuchs dafür stellen die, die zur Säuberung der ethischen und politischen Bilanz der schweigenden Mehrheit und der mutierten Pazifisten mental auf die »bad bank« der Arbeits- und Perspektivlosen ausgelagert wurden. Man nennt das dann »freiwillig«.

Die Horrorvision eines Pazifisten:

»Stell Dir vor, es ist Krieg – professioneller Krieg, und keiner schaut hin!«

Während Krieg immer häufiger und gnadenloser »sein« wird, wird die öffentliche Meinung bereits jetzt mit der Reduzierung der Diskussion auf »ungleiche« und deshalb »ungerechte« Einberufung, mit der Forderung nach der Abschaffung aller lästigen Fragen um den Krieg und nach Abschaffung der Wehrpflicht mehr und mehr gegen die Bilder und die Wirklichkeit des Krieges immunisiert: Wen es dort dann trifft, hat sein Schicksal schließlich selbst gewählt – Zinksarg und Platz in Ehrenhalle, Massengrab oder Pulverisierung inbegriffen!

Während vom ursprünglichen Thema des Art. 4 Abs. 3 GG: »Militarismus – Pazifismus«, »Krieg und Frieden«, dann alsbald keine Rede mehr sein wird, würde aus der naiv-provokanten Träumerei: »Stell Dir vor, es ist Krieg – und keiner geht hin« die Horrorvision: »Stell Dir vor, es ist professioneller Krieg – und keiner schaut hin!«

Die neue Sorge der Nicht-Hingehrer:

»Stell Dir vor, es ist Krieg – und keiner geht hin! Wer führt dann den Krieg für mich? Her mit der Berufsarmee!«

Die Diskussion über Krieg, über den Rückfall einer Zivilgesellschaft in die Barbarei des unterschiedslosen und massenhaften Tötens, seien es Freund oder Feind, Frauen oder Kindern, Zivilisten oder Soldaten, wie dies gerade und zunehmend in »modernen« Hightech-Kriegen als die bekannten »Kollateralschäden« unvermeidbar ist, die Diskussion über die Vernichtung der Existenzgrundlagen ganzer Völker auf Generationen hinaus reduziert sich dann – so ist zu besorgen – auf die Frage: »Wie kann ich alleine dem Krieg entkommen, also zu den Ge-

winnern und nicht zu den Verlierern von weltweitem Krieg gehören?»

So sehen sich die pazifistischen Verteidiger der Ethik der Zivilgesellschaft unversehens in einer Reihe mit denen, die (via nominell pazifistischem KDV-Antrag) »nicht hingehen« und unbekümmert fragen »Stell Dir vor, es ist Krieg – und keiner geht hin! Wer führt dann den Krieg für mich?« – und daher (ganz konsequent militaristisch!) die Berufssarmee fordern.

So wird das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung, von dem zum 60. Jahrestag des Grundgesetzes hier die Rede ist, nicht von den wieder erstarkten Militaristen, den Kriegsbereiten und damit Kriegsbereitern, den notorischen Antipoden der Pazifisten und Kriegsdienstverweigerern, bedroht, sondern von innen heraus ausgehöhlt, gerade von denen also, die sich auf das pazifistische Grundrecht berufen und zu dessen Schutz berufen sind: Es wird in seiner eigentlichen Stoßrichtung verfälscht und seiner Substanz beraubt und so zum Gegenteil dessen, was es mit Art. 4 Abs. 3 GG als verfassungsrechtlich verankertem Brückenkopf des Pazifismus, als Stachel im Fleisch der sich wieder rüstenden und zum Krieg bereit gemachten Gesellschaft ursprünglich sein sollte oder sein könnte: Appell an jeden Einzelnen, sich zwischen ziviler Ethik und militärischer Logik zu entscheiden und für diese Wahl nicht nur für den Augenblick der Gefahr der Einberufung, sondern auch darüber hinaus einzutreten.

Was also kann – wenn man dieser selbstgebauten Falle wieder enttrinnen will – Beratung von Kriegsdienstverweigerern und Schutz des Grundrechts aus Art. 4 Abs. 3 GG sein? Zu allererst:

- Zur Kenntnis nehmen und ständig wieder ins eigene und öffentliche Bewußtsein bringen, dass auch für die Deutschen bereits seit Jahren »Krieg ist« und in keineswegs ferner Zukunft immer mehr und häufiger und hässlicher Krieg »sein« wird.
- Die Diskussion um Krieg und Militarismus, um militärischer Gewalt und militärischer Logik versus Zivilgesellschaft wieder entfachen, noch bevor sich einer zu entscheiden hat, ob er den Kriegsdienst verweigern will, ihn also allererst in die Lage zu versetzen, sich wirklich und in Kenntnis dessen, was Krieg bedeutet und was Bedingungen des Friedens sind, zu entscheiden.
- Und das bedeutet, die Wirklichkeit des Krieges und die Prinzipien der militärischen Logik wieder zurückzuholen in die Diskussion innerhalb der Generation, um deren Zukunft es geht, und zwischen den Generationen, von denen die eine die andere unter der Hand auf Krieg vorbereiten und in Kriege schicken möchte – sei es als Wehrpflichtige oder als »Freiwillige«.
- Die Diskussion unter denen, die – warum auch immer – »hingehen« und denen, die »nicht hingehen« wollen, die unverzichtbare Diskussion zwi-

schen Soldaten und Zivilisten wieder entfachen, also klar machen, dass die Entscheidung für oder gegen Kriegsdienst nicht eine Wahl zwischen zwei beliebigen Jobs ist, sondern eine ethische Entscheidung von fundamentaler Bedeutung.

– Die Frage nach den ethischen Grundlagen zivilen und militärischen Handelns wieder in den Mittelpunkt der eigenen Reflexion und Diskussion stellen und sie an den alltäglichen Folgen militärischen Handelns messen.

– Weg von der Fixierung auf statistische Debatten und Erbsezahlerei mit Einberufungsquoten.

– Zurück zu einer offensiven Informationspolitik über die Wirklichkeit des Krieges und militärischer Logik und Gewalt in all ihren offenen und verdeckten und sich schleichend in die Zivilgesellschaft hinein ausbreitenden Erscheinungsformen.

– Weg von der Funktion der Berater und der Zentralstelle KDV als Consultingunternehmen und als bloßer Floskel- und Legitimationslieferant für uninformierte »Nichtingehere«,

– Hin zu einer wirksam agierenden NGO, die im vernetzten Zusammenwirken mit anderen Institutionen Diskussionsreihen, Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und kreative, neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit über Militarismus und Pazifismus, also die Wiederherstellung von politischer Öffentlichkeit zum Thema Krieg und Frieden initiiert, provoziert und vorantreibt.

– Das meint: Lobby sein für einen offen gesellschaftlichen Diskussionsprozess zu einer der fundamentalen Zukunftsfragen der Menschheit im 21. Jahrhundert: Wird die immer deutlicher werdende weltweite Knappheit der Ressourcen in einen globalen und permanenten Krieg der Starken gegen die Schwachen münden oder in einer neuen, gerechteren Form des Zusammenlebens der Völker, von der alle reden – aber eben oft nur reden und nicht sehen und nicht wissen wollen, was sie tun?

– Die alltägliche Wirklichkeit bietet dazu Anlass und Stoff in Hülle und Fülle – man muss nur hinschauen zugreifen, den Blick für die schleichende und offene Militarisierung der Gesellschaft schärfen und die »alternative Wehr-Pflicht« für Pazifisten und Zivilisten ins Gedächtnis rufen: Die Bürgerpflicht zum aktiven Eintreten für die ethischen Werte der Zivilgesellschaft, wie sie das Grundgesetz in seinem Grundrechtskatalog festgeschrieben hat, und die in unüberbrückbarem Widerspruch zu der Logik militärischer Gewalt stehen.

Die Horrorvision eines Militaristen :

»Stell Dir vor, es ist Krieg – und alle können ihn sehen und wissen, was das wirklich ist! Wer wird dann noch Soldat?«

Michael Hofferbert ist Rechtsanwalt; der Beitrag wurde bei der Fachtagung der Zentralstelle KDV am 9. Mai in Maintal gehalten.

Ulrich Finckh

Die Friedensstaatlichkeit des Grundgesetzes

In Deutschland hat der Pazifismus eine lange Tradition von den Mennoniten über Kant bis zu den Friedensgesellschaften – aber in der Praxis war es eine Geschichte der Ablehnung und Verfolgung und deshalb auch von Leiden und Auswanderung. Wo die Mennoniten geduldet wurden, mussten sie zusätzliche Steuern zahlen. Als ihr »Privileg« in Preußen 1868 wegen der Wehrpflicht des Norddeutschen Bundes aufgehoben wurde, sind Tausende ausgewandert, denen die Zusage, nur zum Sanitätsdienst verpflichtet zu werden, nicht reichte, um ihr Gewissen zu beruhigen. Im Ersten Weltkrieg galten Kriegsdienstverweigerer als psychisch krank, im Zweiten Weltkrieg wurden sie immerhin ernstgenommen, aber zum Tode verurteilt. Zwischen den Weltkriegen wanderten bekannte Pazifisten aus, weil ihnen das Leben hier zu schwer gemacht wurde. 1933, als brutaler Militarismus in NS-Gestalt das Land beherrschte, wurden pazifistische Bücher verbrannt und aus den Bibliotheken entfernt sowie führende Pazifisten, die nicht rechtzeitig geflohen waren, schon im Frieden in KZs gequält. Gegen diese Vorgeschichte setzt das Grundgesetz seinen Friedenswillen.

Schon in der Präambel verpflichtet sich die BRD »in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen«.

Artikel 1 (2) bekennt sich »zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt«.

Artikel 2 (2) garantiert »das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit«. Das ist 1945 angesichts der Millionen von Ermordeten, Kriegstoten und verkrüppelten, vergewaltigten und traumatisierten Menschen ein klares Bekenntnis zum Frieden. Zugleich ist es eine radikale Absage an jedes Tun, das über direkte Notwehr und Nothilfe hinausgeht. Niemand hat das Recht, Leben und körperliche Unversehrtheit anderer zu beschädigen, und von niemand darf verlangt werden, dass er sich selbst solchen Gefahren aussetzt.

Artikel 3 (3) legt fest, dass niemand wegen »seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Weltanschauung benachteiligt« werden darf. Damit ist das Ende der Benachteiligung und Verfolgung der Friedenskirchen und der politischen Pazifisten angesagt.

Artikel 4 präzisiert: »Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich«.

Artikel 4 (3) bestätigt ausdrücklich, dass das

auch für Kriegsdienstverweigerer gilt.

Artikel 24 (2) betont wieder den Friedenswillen: »Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkung seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern«.

Artikel 25 macht die allgemeinen Regeln des Völkerrechts zum Bestandteil des Bundesrechtes.

Artikel 26 verbietet »Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten«.

Ich sehe auch zwei weitere Artikel als spezielle Absage an den Militarismus der NS-Zeit:

Artikel 5 regelt die Meinungs- und Pressefreiheit. Das ist das Gegenstück zur Bücherverbrennung von 1933, die zunächst vor allem die Werke von bekannten Pazifisten betraf.

Artikel 16 sagt: Die deutsche Staatsbürgerschaft darf nicht entzogen werden. Auch das ist eine Antwort auf NS-Aktionen. Auf den ersten Ausbürgerungslisten standen nämlich vor allem Pazifisten, die vor Diffamierungen in der Weimarer Zeit oder in richtiger Einschätzung Hitlers ins Ausland geflohen waren. Zu Anfang der NS-Diktatur hatte der Kampf gegen »undeutsches« Denken, besonders gegen »Pazifismus« und »Internationalismus«, für die Nationalsozialisten solchen Vorrang, dass sie z.B. die Bücher von Heinrich Mann verbrannten, aber nicht die seines Bruders Thomas Mann, obwohl dessen Frau nach NS-Kriterien Jüdin war.

Im Grunde sind alle Grundrechte antimilitaristische Gegenthesen gegen den Nationalsozialismus, der das ganze Volk als Kampfgemeinschaft vereinnahmen wollte und zahllose Menschen in Uniformen steckte. Das Nein zur NS-Diktatur, die leider legal Schwächen der Weimarer Reichsverfassung ausnutzen konnte, wird besonders deutlich an den Ewigkeitsgarantien in Artikel 79 (4) für die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze und in Artikel 19 (2) für den Wesensgehalt aller Grundrechte, die nicht mehr wie 1933 durch ein Ermächtigungsgesetz außer Kraft gesetzt werden dürfen.

Überblickt man die vielen Friedenshinweise und Absagen an den Militarismus der NS-Zeit, so ist das Grundgesetz nicht nur eine – wie es immer heißt – »freiheitlich demokratische Grundordnung«, also eine freiheitliche, rechts- und sozial-

staatliche, demokratische Verfassung, sondern auch eine friedensstaatliche. Dass das mit der Wehrverfassung von 1955 radikal geändert wurde, schuf verfassungswidriges Verfassungsrecht trotz der feierlichen Garantien der Grundrechte, weil es deren Wesensgehalt gegen das Verbot in Artikel 19 (2) antastete, ja zum Teil aufhob. Aber das hat das Bundesverfassungsgericht nicht etwa beanstandet sondern im Gegenteil die Wehrpflicht, die erst nachträglich ermöglicht, aber nicht verlangt wurde, als »staatsbürgerliche Pflicht hohen Ranges« bezeichnet. Es ist dringend notwendig, die friedensstaatliche und antimilitaristische Tendenz des Grundgesetzes, die zu Unrecht verlassen wurde, in Erinnerung zu rufen und sie bis nach Berlin und Karlsruhe deutlich zu machen.

Für mich sind drei Punkte besonders gravierend bei der Missachtung der Friedensausrichtung des Grundgesetzes. Erstens die Regelung, dass für eine Kriegsdienstverweigerung ein Antrag nötig ist, der von staatlichen Stellen überprüft wird. Bei einem Grundrecht muss die einfache Erklärung,

dass man es in Anspruch nimmt, reichen. Allenfalls nachgewiesener Missbrauch darf zur Ablehnung der Kriegsdienstverweigerung führen.

Ebenso fatal ist zweitens die Missachtung der Gewissen der totalen Kriegsdienstverweigerer, die sich nicht nur auf Artikel 4 (1) berufen können sondern im Gegensatz zu allen, die Militärdienst leisten oder diesen immerhin soweit anerkennen, dass die dafür zu einem Ersatzdienst bereit sind, Artikel 2 (2) wirklich ernstnehmen.

Über unsere Frage nach der Verweigerung hinaus führt drittens die Missachtung des Völkerrechts bei kriegerischen Interventionen wie dem Krieg gegen Jugoslawien oder dem Mitmachen bei der amerikanischen Operation Enduring Freedom. Auch das widerspricht dem Friedensauftrag unserer Verfassung.

Ulrich Finckh war jahrzehntelang Vorsitzender Zentralstelle KDV; der Beitrag wurde als Kurzfreferrat bei der Fachtagung der Zentralstelle KDV am 9. Mai in Maintal gehalten.



Die Delegierten der 26 Mitgliedsverbände der Zentralstelle KDV und die 80 TeilnehmerInnen verabschiedeten am 9. Mai in Maintal auf der Tagung »60 Jahre Grundgesetz, 60 Jahre KDV-Recht, 53 Jahre Wehrpflicht - ... und (k)ein bisschen Frieden?!« die

Maintaler Erklärung

Am 23. Mai 2009 wird das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 60 Jahre alt. Im Kern war diese Verfassung eine Antwort auf den Krieg, die Barbarei und die millionenfachen Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland. Die noch immer gültige Forderung »Nie wieder Krieg« sollte vor allem durch das Verbot von Angriffskriegen sowie durch die Grundrechte und den Schutz vor Zwangs-Kriegsdienst gegen das Gewissen der Betroffenen garantiert werden – formuliert in einer Zeit, als es kein deutsches Militär gab. Der Staat hat den Menschen zu dienen und nicht umgekehrt.

Sechzig Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes halten wir es für notwendig, ... sich auf die friedensstaatlichen Elemente der Verfassung von 1949 zu besinnen.

Der verbindliche Grundrechtekatalog, insbesondere die Garantie von Gewissensfreiheit, und das Verbot von Angriffskriegen sind antimilitaristische Grundpositionen gegen den Nationalsozialismus. Überblickt man die vielen Friedenshinweise und Absagen an den Militarismus der NS-Zeit, so ist das Grundgesetz nicht nur eine »freiheitlich demokratische Grundordnung«, sondern auch eine friedensstaatliche. Die Wehrverfassung von 1955 änderte das radikal und schuf trotz der feierlichen Garantien der Grundrechte verfassungswidriges Verfassungsrecht, weil es den Wesensgehalt der Grundrechte antastete, ja zum Teil aufhob. Aber das hat das Bundesverfassungsgericht nicht etwa

beanstandet sondern im Gegenteil die Wehrpflicht, die erst nachträglich ermöglicht, aber nicht verlangt wurde, als »staatsbürgerliche Pflicht hohen Ranges« bezeichnet.

Wir halten es für dringend notwendig, die friedensstaatlichen und antimilitaristischen Prinzipien des Grundgesetzes, die zu Unrecht verlassen wurden, in Erinnerung zu rufen und sie bis nach Berlin und Karlsruhe deutlich zu machen.

... die Wehrpflicht abzuschaffen.

Der Vernichtungskrieg der Wehrmacht wäre ohne allgemeine Kriegsdienstpflicht nicht denkbar und möglich gewesen. Die Hochrüstung beider deutscher Staaten war ohne Wehrpflicht nicht umsetzbar. Ihr militärischer Zweck ist die Massenrekrutierung zur Führung von Massenkriegen, ihr gesellschaftspolitischer Zweck, den Schulterchluss zwischen Militär und Gesellschaft herzustellen und zu sichern. Bereits in »Friedenzeiten« unterliegen Wehrpflichtige massiven Grundrechtseinschränkungen. Das KDV-Grundrecht bietet dabei keinen umfassenden Schutz des Einzelnen gegenüber den Kriegsdienstpflichten und wird auch heute noch als ein Grundrecht praktiziert, das erst auf Antrag und nach Überprüfung durch staatliche Instanzen gewährt wird. Der Umgang mit Kriegsdienstverweigerern ist eine endlose Geschichte von persönlicher Benachteiligung und Ungleichbehandlung. *Wir treten für die materielle und geistige Abrüstung ein und fordern die Achtung der Grundrechte. Friedens- und menschenrechtlich ist die Ab-*

schaffung der Wehrpflicht in Deutschland überfällig.

... die Beratung von Kriegsdienstverweigerern wieder deutlich an der grundsätzlichen Frage von Krieg und Frieden zu orientieren.

Der massive Eingriff der Wehrpflicht in die Ausbildungs- und Berufsplanung junger Männer hat in deren Beratung die Tendenz zur praktischen Lebensberatung verstärkt. Ohne dies aufzugeben, muss das Bewusstsein dafür geweckt werden, dass Kriege aus unterschiedlichsten Interessen weiterhin geführt und Menschen verletzt und getötet werden. Gerade auch dann, wenn es keine Wehrpflicht mehr geben sollte, wird die Weigerung von Soldaten und Zivilisten gegenüber Kriegsvorbereitung und Kriegsführung zum notwendigen Zeichen für eine gerechtere und friedlichere Welt.

Wir meinen, dass die Frage von Krieg und Frieden und die ethische Verantwortung des Einzelnen nicht nur in der KDV-Beratung, sondern auch in der Gesellschaft stärker thematisiert werden muss.

... Kriegsdienstverweigerer aus Kriegsgebieten aufzunehmen.

Die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren ist nach der Rechtsprechung kein

Asylgrund. Dahinter steht: Desertion gilt als Verrat – sowohl im eigenen Land als auch für Deserteure anderer Länder. Wir meinen dagegen: Desertion ist die praktische individuelle Konsequenz, sich gegen die Beteiligung am Krieg, an Kriegsverbrechen und militärischer Gewalt zu entscheiden. Das Nein zum Krieg ist ein wichtiger Schritt zur Beendigung des jeweiligen Krieges

Wir fordern die Umsetzung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung und des Rechts auf Unverletzlichkeit des Lebens für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer.

... Prinzipien und Methoden ziviler Konfliktbearbeitung stärker in den Blick zu nehmen.

Von der Tatsache ausgehend, dass Krieg und Gewalt niemals Frieden und Gerechtigkeit schaffen können, wurden aus der Zivilgesellschaft heraus in den letzten Jahren vielfältige Methoden ziviler Konfliktbearbeitung entwickelt und (entsprechend der ungenügenden Finanzausstattung lediglich) in kleinem Maßstab praktiziert.

Wir treten für die Fortentwicklung, staatliche Finanzierung und Praktizierung ziviler Konfliktbearbeitung und den gleichzeitigen Abbau von Militär und Rüstungsproduktion als untaugliche und kriegsfördernde Auseinandersetzungsmittel ein.

Ulrich Hahn

»Responsibility to protect« (R2P)

Ein neuer Rechtfertigungsversuch für militärische Interventionen

1. R2P steht für ein neues völkerrechtliches Konzept zur Rechtfertigung militärischer Interventionen, die weder materiell mit Hinweis auf Verteidigung noch formell mit einem Beschluss des UN-Sicherheitsrates nach Kapitel 7 der UN-Carta begründet werden können.

Sprachlich löst »R2P« den Begriff der »humanitären Intervention« ab, der inhaltlich das gleiche Anliegen verfolgte.

Ebenso wie der Begriff »humanitär« will auch das Etikett »R2P« mit seinen Begriffen (zu deutsch: »Verantwortung«, »Schutz«, »Pflicht«) die Moral und Ethik für das Geschäft der Rüstung und ihres militärischen Einsatzes in Anspruch nehmen und die »gute Seite« für sich besetzen.

2. Historischer Anlass für die Entwicklung des neuen Denkmodells war der Kosovo-Krieg mit der Bombardierung von Teilen Serbiens und des Kosovo durch die Luftwaffe der Nato von März bis Juni 1999.

Nachdem die Veto-Mächte Russland und China im Sicherheitsrat der UN keine Zustimmung zur Legitimierung einer militärischen Intervention in Aussicht gestellt hatten, mandatierte sich die Nato

selbst abseits bzw. unter Bruch des bis dahin geltenden Völkerrechts.

Die Fragwürdigkeit der für den damaligen Militäreinsatz vorgebrachten Gründe (»Hufeisenplan«, Erfolglosigkeit der OSZE-Beobachter, Völkermord, Uneinsichtigkeit der serbischen Regierung in den Verhandlungen von Rambouillet) kam – wie üblich – erst nach dem Krieg ans Licht.

Um so dringlicher schien eine nachträgliche völkerrechtliche Rechtfertigung, die auf Einladung Kanadas durch einen Kreis von hohen Militärs und Völkerrechtlern erarbeitet und der UN-Vollversammlung vorgelegt wurde.

Diese nahm das Konzept der R2P in einem Beschluss an, der als bloße Deklaration allerdings keine völkerrechtliche Verbindlichkeit erzeugt, jedoch in der Lage ist, die Legitimität des bisher gültigen Völkervertragsrechts (UN-Carta) zu erschüttern.

Die Auflösung der Form löst die Macht von der Fessel des Rechts.

3. Was die Vollversammlung der UN und dann auch die Vollversammlung des ökumenischen Rates der Kirchen als vermeintlich neue Erkenntnis zur Re-

form des Völkerrechts übernommen haben, ist zunächst nur alter Wein in neuen Schläuchen:

Mit dem Gedanken einer Schutzpflicht nach innen und außen wird die staatliche Gewalt in Form von Polizei und Militär spätestens seit dem 19. Jahrhundert gerechtfertigt. Die lange Geschichte von Menschenrechtsverletzungen, Vertreibungen und Völkermord durch staatliche »Sicherheitskräfte« und »Schutztruppen« wird dabei gerne übersehen und statt dessen der Mangel an staatlicher Gewalt in »failing states« beklagt, der schon zu Kolonialzeiten bis hin zur Landung in Somalia 1993 Anlass für »humanitäre Intervention« gab.

Viele Menschen wären froh gewesen, wenn ihnen diese Art des Schutzes und der Hilfe erspart geblieben wäre.

4. Auch die Verantwortung wird von R2P nicht neu erfunden, statt dessen aber deutlich eingengt:

a) Verantwortung bezieht sich zunächst und in erster Linie auf die Folgen des eigenen Handelns.

Die hochgerüsteten Staaten, die nicht zufällig auch die Regeln von Welthandel und Weltwirtschaft bestimmen, hätten guten Grund, ihre Dominanz in der Ausbeutung von Rohstoffen, beim Diktat der »Terms of Trade«, ihre Eingriffe in fremde Märkte durch subventionierte Exporte etc. zurückzunehmen und Gerechtigkeit zum Maßstab der Wirtschaftsbeziehungen zu machen

b) Verantwortung bezieht sich auch auf die unmittelbaren Schäden durch militärische Interventionen.

Bisher weigern sich die jeweiligen Sieger, die von ihrem Militär angerichteten Zerstörungen und Opfer zu entschädigen, so z.B. aus jüngster Zeit die erfolglosen Klagen serbischer Bombenopfer von 1999 vor deutschen Gerichten.

c) Soweit andere Menschen unabhängig vom vorangegangenen eigenen Tun Hilfe benötigen, setzt Verantwortung nicht nur die Möglichkeit der Hilfe voraus, sondern auch die Zulässigkeit der Mittel, die zur Hilfe eingesetzt werden.

Der Hinweis auf R2P befreit nicht von der Frage, ob das Töten und Verletzen von Menschen erlaubt sein kann, um Anderen beizustehen, insbesondere wenn dies außerhalb von unmittelbaren Nothilfesituationen im Sinne von § 22 StGB geschieht.

Die Rechtmäßigkeit der Mittel muss der Gerechtigkeit des angestrebten Zieles entsprechen.

d) Der Hinweis auf die eigene Verantwortung als Motiv für militärische Eingriffe wird unglaublich, wenn zur gleichen Zeit Flüchtlinge aus den Kriegs- und Unrechtszonen dieser Welt nicht aufgenommen, sondern unter Lebensgefahr abgewiesen werden und im Übrigen die für das Militär bereitgestellten Mittel auf andere Weise, in ziviler Form, vorbeugend Not lindern und Konflikte lösen könnten.

5. R2P weicht das bestehende Völkerrecht auch insoweit auf, als es das Recht zu militärischen Eingriffen einer »internationalen Gemeinschaft« überantwortet, die völkerrechtlich nirgendwo definiert ist.

a) Zweck dieser bewusst unklaren Formulierung ist es, die interventionswilligen Mächte aus den Formvorschriften der UN-Charta bezüglich des Sicherheitsrates zu befreien, wonach die Legitimierung einer militärischen Intervention am Einspruch einer der Vetomächte (wie im Fall des Kosovo geschehen) scheitern kann.

Begründet wird dies damit, dass eine notwendige Hilfe nicht durch eine »Blockade« des Sicherheitsrates verhindert werden dürfe.

b) In diesem Zusammenhang ist die Rede von einer »Blockade« allerdings nur Ausdruck einer Unzufriedenheit mit dem Ergebnis der von der Charta vorgesehenen Abstimmung.

Dass ein Gremium oder etwa auch der Spruchkörper eines Gerichts durch die zuvor festgesetzte Verfahrensordnung von einer Sperrminorität an einer bestimmten Entscheidung gehindert werden kann, bedeutet keine Blockade, die zu außergewöhnlichen Maßnahmen berechtigen würde, sondern ist Ausdruck des zuvor vereinbarten Rechtsverhältnisses.

In der Praxis des UN-Sicherheitsrates sind es im Übrigen die USA, die seit Bestehen der UN weitaus am häufigsten durch ihr Veto missliebige Entscheidungen des Sicherheitsrates verhindert haben, ohne dass in diesen Fällen von einer »Blockade« gesprochen wurde.

c) Auf den Begriff der »internationalen Gemeinschaft« könnte sich dem Wortlaut nach irgendein Bündnis mehrerer Staaten beziehen, etwa auch die Liga der arabischen Staaten, um wegen der »Blockade« des Sicherheitsrates in Bezug auf die Besatzungspolitik Israels in Palästina ein militärisches Eingreifen zum Schutz der Menschen, z.B. im Gazastreifen, zu rechtfertigen. In der Praxis wird das Letztere natürlich nicht geschehen, weil der arabischen Liga die entsprechende militärische Macht zu einem solchen Eingriff fehlt.

d) Dies macht deutlich, dass praktisch unter der »internationalen Gemeinschaft« nur ein Bündnis von interventionsfähigen Mächten zu verstehen ist. Letztlich sind dies derzeit nur die USA zusammen mit einer beliebigen Koalition von willigen Bündnispartnern. Mit ihrer militärischen Präsenz in mehr als 100 Staaten der Erde und ihrer allen anderen Mächten überlegenen militärischen Kapazität ist allein auch die USA praktisch in der Lage, die von ihr selbst gewünschte Rolle der Weltpolizei auszufüllen.

6. Im Ergebnis bietet das Konstrukt von R2P deshalb den USA und ihren Verbündeten eine Rechtfertigung für die dauerhafte militärische Rüstung und Präsenz im Weltmaßstab.

Soweit das Militär nur als Verteidigung gerechtfertigt wird, endet seine Legitimität, sobald ein Gegenüber fehlt, dem Angriffsabsichten unterstellt werden können.

»Verteidigung« ist von seinem Begriff her geografisch auf den Lebensraum des Verteidigers bezogen und zeitlich durch die Bedingung einer äußeren Bedrohung begrenzt.

Dem gegenüber ist die selbstbeanspruchte Verantwortung zum Schutz von Menschen sowohl geografisch unbegrenzt, also weltweit, und zeitlich ohne eine auflösende Bedingung, weil der Schutz gegen »das Böse« ein dauerhaftes Bedürfnis bleibt (so auch das nicht absehbare Ende des 2001 begonnenen »Krieges gegen den Terror«).

Eine weltweit beanspruchte Schutzaufgabe lässt sich in der quantitativen Ausstattung des hierfür bereitgestellten Militärs auch nicht so begrenzen, wie es im qualitativen Vergleich mit dem innerstaatlichen Schutzauftrag der Polizei oft geschieht: Um wirksam zu sein, muss das Militär der guten Seite immer besser gerüstet sein als die gleichfalls mit militärischen Waffen ausgerüsteten »bösen Gruppen« oder gar »Schurkenstaaten«. Die im Entwurf der EU-Verfassung vorgesehene Verpflichtung zur ständigen Weiterrüstung drückt rechtlich nur aus, was schon der eigenen Logik militärischer Rüstung zu Grunde liegt.

Mit dem Vorhandensein eines weltweit operierenden Militärs in der Hand der interventionsfähigen Mächte, in erster Linie der USA, wird aber – nebenbei – auch das bestehende Verteilungssystem von Rohstoffen und Handelswaren in der Welt ungeachtet seiner Ungerechtigkeit aufrecht erhalten. Eine Selbstbeschränkung der Macht, zumal wenn sie sich mit einer hohen moralischen Aufgabe legitimiert, ist nicht zu erwarten.

7. Entsprechend ihrer Zielrichtung richtet sich R2P an Regierungen, die über Militär verfügen, letztlich an die internationale Gemeinschaft der Mächtigen.

Es ist kein Papier für nichtstaatliche Organisationen, die ihre internationale Verantwortung für Menschen in Not und Unterdrückung schon seit langem glaubhaft wahrnehmen oftmals in deutlicher Frontstellung zu den Staaten, die sich ihrerseits eines Schutzauftrages berühmen.

Das Internationale Rote Kreuz, die »Ärzte ohne Grenzen«, »Peace Brigades International«, »Christian Peacemaker Teams« und viele andere intervenieren ohne Waffen in Konfliktgebieten, in denen die Schutztruppen der Mächtigen oftmals schon deshalb nicht tätig sind, weil sie dort selbst zur Unterdrückung und Verfolgung der Schutz suchenden Menschen eingesetzt werden oder die betreffende Unterdrückung und Verfolgung in den Einflussphären der »Schutzmächte« stattfinden und dort von Regierungen ausgeführt werden, die im Interesse dieser Mächte handeln.

Auch unter dem Motto von R2P bleibt es dabei: Das Militär ist selbst das Problem, für dessen Lösung es sich anbietet.

Ullrich Hahn ist Rechtsanwalt und Vorsitzender des Versöhnungsbundes.



Jochen Vollmer

Bibel und Gewalt

Gesichtspunkte für ein sachgemäßes Verstehen der Bibel

Die Zwiespältigkeit des Christentums und der Bibel in der Frage der Gewalt

1. Das Verhältnis des Christentums, sachgemäßer der Christentümer, denn es gibt das Christentum nur im Plural, zur Gewalt ist sehr zwiespältig. Von Jesus wissen wir, dass er sich im Namen Gottes und seiner unbedingten und grenzenlosen Vaterliebe der Gewaltfreiheit und der Feindesliebe verschrieben hat, dass Gewaltfreiheit und Feindesliebe konstitutiv für seine Reich-Gottes-Botschaft sind, dass Jesus bis zum Kreuz den Weg der Gewaltfreiheit gegangen ist und seiner Gemeinde den Weg der Gewaltfreiheit zugemutet und sie dazu ermächtigt hat.

2. In den ersten drei Jahrhunderten waren die Christen eine kleine Minderheit im römischen Reich, die in der Nachfolge Jesu gewaltfrei lebten. Nach der konstantinischen Wende wurde das Christentum toleriert und seit dem Dekret von Theodosius 380 zur Staatsreligion. Alle Reichsuntertanen mussten fortan Christen sein. Daraus folgte die Nichtduldung aller nichtchristlichen Religionen, später die Verfolgung von »Hei-

den«, Juden und Häretikern. Aus der Religion von Machtlosen, Angehörigen vorwiegend der Unterschicht und Sklaven wurde eine Religion der Herrschenden, aus der Religion der Gewaltfreiheit eine Religion mit einer erschreckenden Gewaltgeschichte.

3. Die hebräische Bibel der Juden war auch die Bibel Jesu und der ersten Christen. Von der zweiten Hälfte des zweiten Jahrhunderts an war der Kanon des Neuen Testaments im Entstehen begriffen und vor der konstantinischen Wende in seinen wichtigsten Schriften abgeschlossen. Die Kirche in den letzten Jahren vor der konstantinischen Wende und die Kirche nach dieser hatte den gleichen Kanon maßgebender Schriften und dennoch zur Frage der Gewalt eine grundverschiedene Einstellung.

4. Die Bibel als die Urkunde des Christentums begründet in ihrer spannungsvollen Pluralität sowohl die Haltung der Gewaltfreiheit als auch die Beteiligung an der Gewalt der Herrschenden, die gewaltfreie Nachfolge Jesu mit der Bezeugung von Gottes grenzenloser Güte und Feindesliebe wie die Ausübung von Gewalt in staatlichen Diensten wie auch in der Verfolgung der

»Feinde« des christlichen Glaubens, der »Heiden«, Juden und Häretiker. Die Bibel ist keineswegs eindeutig. Sie redet der Gewaltfreiheit wie der Gewalt das Wort – und das jeweils im Namen Gottes. In einem erschreckenden Ausmaß ist in der Bibel von Gewalt die Rede, von Gewalt der Menschen als Ausdruck ihrer Bosheit und Sünde, aber auch von Gewalt, die Gott gebietet und strafend ausübt.

5. Die Gewalt bejahenden Überlieferungen der Bibel im Namen Gottes sind Legion: Gott führt die Kriege der Stämme und des Volkes Israel, gibt seinem Volk ein Land, das bereits bewohnt ist, gebietet die Vertreibung der Ureinwohner, den vernichtenden Bann und den Völkermord an den Ureinwohnern Kanaans. Gerade diese Gewalttraditionen der Bücher Deuteronomium und Josua wirken fort bis zu der friedlosen Politik des Staates Israel heute. Gott sanktioniert das Patriarchat und duldet Sklaverei, setzt in exzessiver Weise das Todesrecht bei zahllosen Vergehen, besonders bei Fremdgötterkult und Sexualdelikten, kann in seiner Heiligkeit mit dem Unreinen und dem Sünder nicht koexistieren, wacht eifersüchtig und unbarmherzig über seiner Tora. Gott ist der Nationalgott Israels, identifiziert sich mit dem Königtum, mit staatlicher Gewalt, legitimiert die brutalen Eroberungen und Menschenrechtsverletzungen Davids, wird von der Jerusalemer Hoftheologie gefeiert. Gott ist der Gott des Gerichts, straft die Sünder, die Bösen, die Ungläubigen mit feindseligem Hass, vernichtender Gewalt und ewiger Hölle. Gott bekämpft das Böse, indem er sich in maßloser Weise des Bösen bedient und die Bösen ausrottet. In vielen Überlieferungen der Bibel ist von einem Gott der Gewalt die Rede.

6. Nicht wenige kritische Zeitgenossen sind darum mit der Bibel fertig. Ich erwähne nur Franz Bugge, Denn sie wissen nicht, was sie glauben. Oder warum man redlicher Weise nicht mehr Christ sein kann, 1997, und Herbert Schnädelbach, Der Fluch des Christentums, in: »Die Zeit« vom 11. Mai 2000.

7. Wird die Bibel als »Heilige Schrift« und »Wort Gottes« gelesen, so wird allen Überlieferungen der Bibel, eben auch ihren Gewalttraditionen, den archaischen Vorstellungen von einem blutrünstigen und gewalttätigen Gott maßgebende Geltung zugesprochen. Konfirmandinnen und Konfirmanden erhalten von ihren Kirchengemeinden die Bibel als das maßgebende Buch für ihr Leben, Eheleuten wird eine Traubibel als Buch für ihren gemeinsamen Weg überreicht. (...)

8. In der Bibel kommen aber nicht nur Gewalt bejahende, sondern auch Gewalt verneinende Stimmen zu Wort. Die Sintflutgeschichte Gen 6-9 erzählt die Bekehrung Gottes von Gewalt zum Verzicht auf Gewalt: Gott muss einsehen, dass der Bosheit der Menschen mit Gewalt nicht beizukommen ist. Die Völkertafel Gen 10 besagt, dass Gott alle Völker in ihrer Verschiedenheit geschaffen hat und ihr friedliches Miteinander will. Die Pointe der Josefsgeschichte (Gen 37-50) lehrt, dass Gott aus dem Bösen, das Menschen tun, Gutes wirken kann, ohne Gewalt. Die Ur-Erfahrung Israels ist die Befreiung aus der Gewaltherrschaft in Ägypten durch Gott. Im Exil hat Israel gelernt, dass es Gottes Wahrheit und Recht gewaltfrei allen Völkern bezeugen soll, weil Gottes Schalom Israel und die Völkerwelt

umfasst und darum nur gewaltfrei sein kann (...). Jesus hat sich für Gottes universales und unbedingtes Heil für alle Menschen, für Gottes uneingeschränkte Liebe, für Gottes Feindesliebe verbürgt.

9. Aus diesem Befund folgt, dass man die Bibel gar nicht anders als kritisch – und das heißt unterscheidend – lesen kann.

■ Gesichtspunkte für ein sachgemäßes Verstehen der Bibel

10. Die Bibel ist eine Sammlung von menschlichen Zeugnissen, wie Menschen Gott erfahren haben, an Gott glaubten und Gott dachten, Gott verstanden und Gott missverstanden. Die Bibel ist keine Einheit, die den einen und einzigen Gott offenbart. Dieses dogmatische Vorurteil wird zwar immer noch vertreten, ist aber nach der Aufklärung nicht mehr möglich. Die Bibel ist ein Dokument der Religionsgeschichte, entstanden auf Grund der Erfahrungen und Bezeugungen Gottes in Israel, Jesu und des Urchristentums in einem langen Zeitraum von ca. 1000 vor bis 150 nach Christus, entstanden auch in Auseinandersetzungen mit den Religionen der jeweiligen Umwelt. Die Gotteserkenntnis in Israel und im Urchristentum ist ein Prozess. Die Bibel enthält auch viele Missverständnisse Gottes, falsche Zeugnisse wider Gott und viele unheilige Traditionen. Menschen haben Gott in ihren jeweiligen soziokulturellen Kontexten erfahren und bezeugt, sie haben aber auch ihre Vorstellungen und Wünsche, ihre Befindlichkeiten und Phantasien, ihre Feindseligkeiten und Rachedgedanken, ihre Aggressionen und ihre Gewalt auf ihre Bilder von Gott projiziert. Die Religionskritik Ludwig Feuerbachs muss auch auf das biblische Reden von Gott angewandt werden.

11. Die Bibel ist eine Sammlung von sehr unterschiedlichen und widersprüchlichen Glaubenszeugnissen, vergleichbar mit einem vielstimmigen Chor, dessen Stimmen vorherige Stimmen aufnehmen und weiterführen, sie neu interpretieren und aktualisieren, ihnen widersprechen und sie auch korrigieren. Treffender noch scheint mir die Vorstellung von der Bibel als einer Sammlung von Prozessakten zu sein, Akten eines Prozesses, in dem um die rechte Erkenntnis, die Wahrheit Gottes gestritten wird. In diesem Prozess sind an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten Zeugen aufgetreten, die ihre Erfahrungen und ihre Erkenntnisse Gottes bekundet haben. Der Prolog des Lukas-Evangeliums (Luk 1,1-4) macht deutlich, dass Lukas sich auf verschiedene Vorgänger bezieht, aber den Anspruch erhebt, es besser zu machen als sie. Matthäus und Lukas haben in ihren Evangelien wiederholt die Vorlage des Markus-Evangeliums verändert, weil das Markus-Evangelium für sie nicht »heilige Schrift«, sondern kritikfähig und kritikwürdig war. Keine Zeugnisaussage in diesem Prozess um die Wahrheit Gottes ist schon deswegen wahr, weil sie in die Sammlung der biblischen Prozessakten aufgenommen wurde. In der kirchlichen Lehrtradition ist auf Grund der Bezeichnung der Bibel als »Heilige Schrift« und ihrer Gleichsetzung mit »Wort Gottes« ein kritisches Verstehen der Bibel faktisch unterdrückt worden. Noch heute ist Bi-

belkritik in vielen christlichen Kreisen verpönt.

12. Das Verständnis der Bibel als einer Sammlung von Akten des Prozesses im Judentum und in der Alten Kirche, in dem es um die Erkenntnis der Wahrheit Gottes geht, befreit zu einem mündigen und eigenverantwortlichen Umgang mit der Bibel. Wenn ich im Bilde des Prozesses bleibe, haben wir es in der Bibel nur mit Zeugenaussagen zu tun, nicht mit Richtersprüchen, die über die Wahrheit Gottes ein abschließendes und letztgültiges Urteil fällen. In der Bibel begegnen uns nur menschliche Zeugenaussagen, keine unmittelbaren Gottesworte, auch wenn sehr viele Worte als unmittelbare Gottesworte und Gottesreden stilisiert sind. Diese vermeintliche Unmittelbarkeit der Gottesreden hat mit zu der irreführenden Gleichsetzung von Bibel und »Wort Gottes« geführt.

13. Die Bibel ist als ein Dokument der Religionsgeschichte eines der Vergangenheit. Alle menschlichen Zeugnisse und Dokumente, selbstverständlich auch alles menschliche Reden von Gott ist dem geschichtlichen Wandel unterworfen, hat seine Zeit und seinen Ort. Das schließt nicht aus, dass Menschen heute bei der Lektüre der Bibel bzw. im Hören einer Predigt als Auslegung eines biblischen Textes die Wahrheit Gottes aufgehen kann. Aber die Wahrheit Gottes muss mir vor meinem Gewissen aufgehen, sie kann mir nicht von irgendeiner Instanz oder Autorität aufgenötigt werden. Und ich kann von Gott immer nur in meinem sozialen und kulturellen Kontext, in meinem Referenzrahmen reden, der sich von den sozialen und kulturellen Kontexten der biblischen Autoren und ihren Referenzrahmen erheblich unterscheidet.

■ Unterscheidungskriterien im Umgang mit dem »Prozessaktenmaterial« Bibel

14. Einzelne Propheten im 8. Jahrhundert und Kreise im Exil bezeugten Gott nicht mehr partikular, auf Israel allein bezogen, sondern universal. Gott ist der Gott Israels und der Völkerwelt, der Schöpfer des Himmels und der Erde. Gott ist nicht nur einem Teil der Menschenwelt, nicht nur einem Volk zugetan und verpflichtet, sondern allen Menschen und Völkern. Im Exil haben bestimmte Trägergruppen Israels Erwählung als seine Berufung verstanden, Gottes Wahrheit und Recht der Völkerwelt ohne Gewalt zu bezeugen. Israel begriff sich als Gottes Weg zu den Völkern (vor allem die Gruppe um den Zweiten Jesaja, in der der Streit um die Universalität Gottes zum Teil heftig ausgetragen wurde, Jes 40-55). Gott darf nicht partikular von einer Gruppe von Menschen gegen andere Menschen in Anspruch genommen werden. Diese Kreise im Exil haben auch die Staatlichkeit Israels, das Königtum von Gottes Gnaden, die Jerusalemer Hoftheologie als einen Irrweg begriffen. Staaten sind partikulare Machtgebilde und dürfen als solche nicht religiös überhöht werden. Sie sind menschliche Institutionen, ein Gebot der Vernunft (1Petr 2,13-17). Der verhängnisvolle politische Traktat Röm 13,1-7 »Jedermann sei untertan der Obrigkeit, denn jede Obrigkeit ist von Gott. Wer sich der Obrigkeit widersetzt, widersetzt sich Gott« – nach meiner Einsicht ein Einschub in den Römerbrief aus dem 2. Jahrhundert – hat in der Ge-

schichte des Christentums bis heute staatliche Gewalt von Gott her legitimiert und damit Gott partikular gemacht. Wer Gott partikular denkt, legitimiert mit seinem partikularen Gott immer wieder Gewalt und verfehlt Gott. In nachexilischer Zeit sind die Gott-König-Psalmen (Ps 47; 93; 96-99) entstanden, die Gott allein als König proklamieren gegen den persischen Großkönig wie gegen die davidische Tradition der eigenen Geschichte, die gescheitert ist und sich als Irrweg erwiesen hat.

15. Gott hat einen jeden Menschen nach seinem Bild geschaffen (Gen 1,26-28). Jeder Mensch ist Gott heilig. Der Mensch ist nach dem Schöpfungshymnus Gen 1 (exilisch-nachexilisch) nur zur Herrschaft über die nichtmenschliche Kreatur bestimmt. Herrschaft von Menschen über Menschen ist wider Gottes Willen. Frauen wie Männer sind von Gott nach seinem Bild geschaffen. Herrschaft von Männern über Frauen ist wider Gottes Willen. Auch Gewalt gegen Kinder kann sich nicht auf Gott berufen, selbst wenn sie in der Bibel geboten wird (z.B. Spr 13,24 »Wer seine Rute schont, der hasst seinen Sohn; wer ihn aber lieb hat, der züchtigt ihn beizeiten.«, ähnlich Spr 19,18; 23,13). Priesterliche Gewalt in der Unterscheidung von rein und unrein wie die Reglementierung und Unterdrückung der Sexualität hat Menschen im Namen des priesterlichen Bildes von der Heiligkeit Gottes bevormundet und unterdrückt, ausgegrenzt und getötet. Das Bild von der Heiligkeit Gottes hat eine starke Gewaltkomponente. Es sieht den Menschen primär als Sünder, der vor dem heiligen Gott nicht bestehen kann, und vergeht sich an der Heiligkeit des Menschen.

16. Jesus hat Gott eindeutig gemacht. Er hat in seiner Verkündigung das Gottesbild von aller Zwi-spältigkeit des einerseits liebenden und des andererseits strafenden und tötenden Gottes befreit. Er hat Gott als unbedingt und unbegrenzt liebenden nahen Vater, nicht als unnahbar heiligen Gott bezeugt. Der Vater im Gleichnis rennt seinem heimkehrenden Sohn entgegen, nimmt ihn mit offenen Armen auf und richtet ihm ein maßloses Fest aus (Luk 15). Jesus hat das herkömmliche Bild von der Heiligkeit Gottes zerstört, indem er sich als unrein geltenden Menschen vorbehaltlos zugewandt hat.

17. Jesus hat sein Zeugnis von Gott, das ein Zeugnis für die Heiligkeit eines jeden Menschen ist, mit seinem Tod am Kreuz beglaubigt. Sein Tod kann nicht im Namen der Heiligkeit Gottes als stellvertretender Sühnehaftod gedeutet werden. Die Deutung des Todes Jesu als Sühnetod schreibt Gewalt im Gottesbild definitiv fest. Die Bilder von dem unbegrenzt gütigen Vater und dem heiligen, strafenden und vernichtenden Richtergott schließen einander aus.

18. Jesus hat das Reich Gottes der Gerechtigkeit und des Friedens, in dem es keine Gewalt mehr gibt, bezeugt und sich dafür verbürgt. Die Seligpreisungen der Bergpredigt (Mt 5,3-10) können als das Glaubensbekenntnis Jesu gelesen werden. Insbesondere ist hier auf die dritte Seligpreisung »Selig sind, die keine Gewalt gebrauchen; denn sie werden die Erde bewohnen (und bewohnbar er-

halten).« (Mt 5,5) und die siebte Seligpreisung zu achten »Selig sind die Pazifisten; denn sie werden Söhne und Töchter Gottes heißen.« (Mt 5,9). Weil sie Gott, dem Vater aller Menschen, in seiner gewaltfreien Feindesliebe entsprechen, sind sie seine Söhne und Töchter. Die anderen Menschen sind gewiss auch Gottes Kinder, aber diejenigen, die Gott in seiner Feindesliebe und Gewaltfreiheit entsprechen, erweisen sich als Gottes Kinder.

19. Nach Jesus gilt Gottes Liebe grenzenlos, aber wenn Menschen Gott den Rücken kehren, kann Gottes Liebe sie nicht erreichen. Die Einladung zu Gottes Reich, das im Wirken Jesu im Anbruch begriffen ist, gilt allen Menschen, wer aber die Einladung nicht annimmt, schließt sich selber vom Reich Gottes aus. Wer sich Gottes Liebe nicht gefallen lässt, weiß nichts von Gottes Liebe, bleibt aber trotzdem von Gott geliebt.

20. Gottes Zorn ist Gottes Nein zu unserem Fehlverhalten und zu unseren Irrwegen. Gottes Zorn ist eine Gestalt seiner Liebe, die uns zurechtbringen will, nicht Ausdruck seines Strafens oder gar seines Vernichtungswillens.

■ Ein Dokument des Patriarchats

21. Die Bibel ist entstanden in patriarchalen Gesellschaften, die noch nichts von den allgemeinen Menschenrechten wussten. Die Bibel ist weit überwiegend ein Dokument des Patriarchats, sie ist ein Dokument, das dieses schon ansatzweise überwindet, und sie ist ein Dokument, das in es zurückfällt. Diesen Rückfall bekunden besonders die Briefe nach Paulus. (der Einschub 1Kor 14,33b-36; Eph 5, 21-33; Kol 3,18-22; 1Tim 2,8-15; 1Petr 3,1-6).

22. Jahrhundertlang war man in dem Irrtum begriffen, das Patriarchat mit den biblischen Traditionen, die den Rückfall in das Patriarchat nach Paulus dokumentieren, als eine gottgewollte Lebensordnung anzusehen, eben weil es von der Bibel als »Heiliger Schrift« bezeugt wird. Und es gibt heute noch viele Christen und nicht wenige Lehrer der Theologie, die eine große Reserve gegenüber feministischen Theologinnen haben, die ihr Menschenrecht wahrnehmen und die Bibel mit den Augen von Frauen lesen.

23. An der Lebensordnung des Patriarchats kann man sich die beiden Fehlhaltungen gegenüber der Bibel verdeutlichen. Es ist falsch, das Patriarchat als gottgewollte Lebensordnung zu bejahen, weil es fast durchgängig in der Bibel bezeugt ist. Es ist aber ebenso falsch, der Bibel ungeschichtlich vorzuwerfen, dass sie in patriarchalen Gesellschaftsordnungen entstanden ist, und sie deswegen zu verwerfen,

■ Wir lesen die Bibel als Dokument vor der Aufklärung nach der Aufklärung

24. Die Bibel ist ein Dokument der Religionsgeschichte vor der Aufklärung, wir aber lesen die Bibel als Menschen nach der Aufklärung. Als solche haben wir gelernt, aus unserer Unmündigkeit herauszutreten und uns mit Immanuel Kant unseres

eigenen Verstandes zu bedienen. Die autoritäre Vorgabe der Tradition, die in den Bezeichnungen »Heilige Schrift« und »Wort Gottes« zum Ausdruck kommt, fordert unser eigenes Urteil heraus.

25. Wir wissen seit der Aufklärung und den Erkenntnissen der Wissenschaften bis heute mehr als die Autoren der Bibel wissen konnten. Das gilt für Fragen des naturwissenschaftlichen Weltbildes wie für Erkenntnisse der Humanwissenschaften.

26. Die Aufklärung bewahrt uns vor einer fundamentalistischen Lektüre der Bibel. Dass die römische Kirche Galileo Galilei verurteilt und erst in dessen 350. Todesjahr 1992 rehabilitiert hat, ist ein Skandal, dass die Evolutionstheorie Charles Darwins von der theologischen Anthropologie noch kaum rezipiert wurde (Lehre von dem Bösen und der so genannten Erbsünde), nicht minder.

27. Die allgemeinen Menschenrechte haben durchaus Anhalt an biblischen Überlieferungen, sie wurden aber weniger auf Grund der Bibel und mit ihr, als vielmehr gegen viele Traditionen der Bibel und vor allem gegen die Kirchen durchgesetzt. Paulus hat an der Sklaverei keinen Anstoß genommen, er vertrat die Auffassung, dass man auch als Sklave/Sklavin im Horizont christlicher Freiheit leben kann, und auch Jesus hat, wie manche seiner Gleichnisse zeigen, die Sklaverei vorausgesetzt und nicht problematisiert. Das zeigt die wahre Menschlichkeit Jesu, dass auch seine Verkündigung geschichtlich und soziokulturell bedingt ist.

28. Die Religionsfreiheit ist eine Errungenschaft der Aufklärung, nicht der Bibel.

29. Dass Homosexualität keine Sünde ist, lese ich nicht in der Bibel (Lev 18,22; 20,13; Röm 1,27), sondern ist eine Einsicht, die ich den Humanwissenschaften verdanke. Wer die Bibel unkritisch als »Wort Gottes« liest, macht homosexuell orientierte Menschen zu Opfern seines Bibelverständnisses und bleibt ihnen das Menschenrecht schuldig, ihre sexuelle Orientierung mit Freude leben zu können.

■ Jede Erkenntnis Gottes ist begrenzt

30. Dass Religionen einen einzigen und universalen Gott bezeugen und also monotheistisch sind, ist noch kein hinreichendes Kriterium für ihre Wahrheit. Die drei monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam bergen in sich ein großes Gewalt-, aber auch ein großes Friedenspotenzial. Eines der Gewalt sind sie dann, wenn sie zwischen Gott und ihren Bildern von ihm nicht unterscheiden. Dann werden alle ausgegrenzt oder gar mit Gewalt verfolgt, die eine andere Vorstellung von dem einen und einzigen Gott haben.

31. Der Absolutheits- und exklusive Wahrheitsanspruch des Christentums hat sich nur zu oft als friedlos und gewaltförmig erwiesen. Als das Christentum seine Lehrbildung im vierten Jahrhundert im Wesentlichen abgeschlossen hatte und Staatsreligion geworden war, wurde es gewaltförmig und verfolgte alle Andersglaubenden und Nichtglaubenden über Jahrhunderte hinweg auf grausamste Weise. In den Kreuzzügen und der Inquisition des

Mittelalters, in der deutschen Kriegstheologie des 19. und 20. Jahrhunderts und in der abgründigen Feindschaft gegen das Judentum bis hin zum Holocaust hat das Christentum seine Identität verloren.

32. Ich kann sagen, dass mir an bestimmten Zeugnissen der Bibel Israels, an Jesus, an den Zeugen Jesu im Zweiten Testament Gott aufgegangen ist, und kann andere einladen, es mit dem Gott der universalen Zeugnisse Israels, dem Gott Jesu und der Apostel zu versuchen. Ich darf aber nicht sagen, so wie ich Gott verstehe, müssen alle Menschen Gott verstehen.

33. Jesu Vorstellung von Gott, dass Gott der Vater aller Menschen ist und wir Menschen also alle Brüder und Schwestern sind, ist eine Absage an jede Form von Gewalt. Geschwister tragen ihre Konflikte gewaltfrei aus. Die Botschaft Jesu ist der Kontrapunkt zur Gewaltgeschichte der Menschheit von Kain und Abel an.

34. Eine Religion macht dann zum Frieden fähig, wenn ihre Anhänger sich bewusst sind, dass Gott immer größer ist als alle Vorstellungen, die sie sich von Gott machen, wenn sie sich der Begrenztheit ihrer Gottesvorstellungen, ihrer begrenzten Perspektiven und Wahrnehmungen Gottes, der Begrenztheit ihres soziokulturellen Kontextes und der Begrenztheit ihres Referenzrahmens bewusst sind, vor allem, wenn sie für die Universalität der Güte Gottes wie für die Universalität der Heiligkeit eines jeden Menschen eintreten.

35. Gott ist einer, aber der Vorstellungen und Bilder von Gott sind viele. Gott ist absolut und unbedingt, aber meine Erkenntnis von Gott kann immer nur relativ, oder besser: relational sein, bezogen auf mein in mehrfacher Hinsicht begrenztes Erkenntnisvermögen, meine Erfahrungen, meine Biographie und meine Perspektive, begrenzt durch mein Denken und meine Sprache und bedingt durch meinen soziokulturellen Kontext, bezogen auf meinen Referenzrahmen.

36. Die Pluralität des biblischen Redens von Gott und das Bilderverbot bewahren uns davor, uns auf eine Rede und eine Vorstellung von Gott fundamentalistisch zu fixieren. Das vielgestaltige biblische Zeugnis entlässt uns in die Verantwortung, die Geister zu unterscheiden (1Kor 12,10) und die biblischen Reden von Gott zu prüfen an Jesus, der Vernunft, den allgemeinen Menschenrechten und den Erkenntnissen der Wissenschaften.

37. Aus diesen Überlegungen folgt dann auch, dass keine Religion am Ziel der Wahrheit Gottes ist, über die Wahrheit Gottes gleichsam verfügt, die ganze Wahrheit Gottes hat. Jede Religion ist auf dem Weg zu Gott, hat allenfalls Teil an der Wahrheit Gottes, und sei es in der Gestalt der Gottsuche. Die Anmaßung, die christliche Religion gründe in der Offenbarung Gottes, während die Religionen nur Ausdruck menschlichen Suchens nach Gott seien, ist verfehlt. Es gibt keine Offenbarung pur, sondern immer nur von Menschen gedeutete Erfahrungen Gottes. Diese Einsicht ermöglicht einen friedlichen Dialog der Religionen um den besten Weg, die Würde des Menschen zu schützen, soziale Ge-

rechtigkeit und Frieden zu schaffen und die Schöpfung Gottes zu bewahren.

38. Die christliche Rede von Gottes Allmacht (gleich zweimal im Apostolischen Glaubensbekenntnis) ist besonders gewaltanfällig. Wenn Gott unterschiedslos alles wirkt, dann ist er auch der Urheber von aller Gewalt, die geschieht, letztlich auch der Urheber des Bösen. Es gibt ein infantiles Verständnis von Gottes Allmacht, das den Menschen jeglicher Freiheit und Verantwortung beraubt und ihn entmündigt. Die Rede von Gottes Allmacht muss vermittelt werden mit der Bestimmung des Menschen zur Freiheit wie mit der Hoffnung auf die Vollendung der Welt. Indem Gott uns Menschen zu Freiheit und Verantwortung bestimmt, hat er sich seiner Allmacht begeben. Indem Gottes Welt noch nicht vollendet ist, ist Gott noch nicht am Ziel. Ein liebender Gott ist ein Gott, der Freiheit gewährt und uns als seine verantwortlichen Partner will. Wir sind nicht Gottes Marionetten, sondern seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf dem Weg zur Vollendung seiner Welt.

39. Jede Aussage von Gott bedarf der Interpretation. Es ist ein Irrtum zu meinen, es gebe ein nicht der Interpretation bedürftiges Reden von Gott. Und es gibt nicht eine Theologie, die frei von Irrtümern wäre. Eiferer und Fanatiker halten ihre Vorstellung von Gott und ihre Theologie für die allein wahre und für irrtumsfrei. Die Einbildung einer irrtumsfreien Theologie ist oft mit Gewalt verbunden und macht noch immer Menschen zu Opfern.

40. Einen biblischen Text interpretieren heißt nicht ihn einfach nachsprechen, sondern ihn ins Gespräch bringen mit meinem Referenzrahmen (dem des Interpreten), ihn in meinen Referenzrahmen übersetzen, ihn aus seiner damaligen Situation in die Situation des Interpreten heute übersetzen. Bei solchem Übersetzen wird der Text notwendig transformiert, weil er ja (am anderen Ufer des Flusses) in der heutigen Situation ankommen und zur Geltung kommen soll.

41. Das Bewusstsein unserer begrenzten Gotteserkenntnis ist zu vermitteln mit dem Glauben, dass Gottes Liebe universal allen Menschen ungeteilt gilt, dass jeder Mensch Gott heilig ist und dass Gott allein die Erde gehört. In diesem Glaubenshorizont sind viele Bilder und Vorstellungen, Sprachversuche und Annäherungen an Gott möglich.

42. Texte der Bibel, die nicht die Heiligkeit eines jeden Menschen bezeugen, die Menschen, welche auch immer, außerhalb der universalen Liebe Gottes wahrnehmen, können nicht als verbindliche und maßgebende Zeugnisse von Gott angesehen werden. Jede partikuläre Gottesvorstellung verfehlt Gott. Gott in der Perspektive der Nation, des Volkes, der Apartheid, des Kapitalismus ... verfehlt Gott, weil alle diese Perspektiven Gott partikular machen und Menschen in ihrer Heiligkeit verletzen und ausgrenzen.

43. Gottes Wahrheit kann nie mit Gewalt, die Würde und Freiheit anderer Menschen verletzend bezeugt werden, sondern nur mit dem Wort und in

Grenzfällen leidend. Wo Gott mit Gewalt bezeugt wird, ist es nicht Gott, der bezeugt wird. Wer im Eifer für Gott, für sein Bild von Gott die Liebe verletzt, verfehlt Gott.

Die Bibel lesen auf dem Weg zu einer Welt frei von Gewalt

44. Wir glauben nicht an die Bibel. Es hat seinen guten Grund, dass im christlichen Glaubensbekenntnis, wie unzulänglich es immer sein mag, ein entsprechender vierter Artikel fehlt. Alle biblischen Zeugnisse sind in einem konkreten Kontext entstanden. Wir können ihre befreiende Wahrheit nur dann erkennen, wenn wir sie in der Perspektive der oben genannten Kriterien lesen und in unseren Referenzrahmen übertragen.

45. Da die biblische Botschaft in ihrer universalen Grundstruktur auf Gottes Reich der Gerechtigkeit und des Friedens, auf Befreiung und gelingende Gemeinschaft zielt, ist der Ort der Bibelauslegung der herrschaftsfreie Dialog in der Gemeinde, die heute schon Salz der Erde und Licht der Welt ist, die Stadt auf dem Berge, die zeichenhaft und gebrochen auf Gottes Reich als einer wahrhaft menschliche Gesellschaft hinweist und zu ihm auf dem Weg ist.

46. Die vielen Gewalttexte in der Bibel, auch in der Bibel des Zweiten Testaments, die Menschen aus-

grenzen, die Deutung des Todes Jesu als Sühne-straftod, die Gerichtsaussagen, die Gerichtsgleichnisse des Matthäus-Evangeliums und die gewalttätigen Traditionen der Johannesoffenbarung, die Gottes definitives Nein und seinen Vernichtungswillen bezeugen, und viele andere Überlieferungen mehr kann ich nur als Projektionen menschlicher Gewaltpotenziale, Rache- und Gewaltphantasien, gerade auch in den Vorstellungen und Ausmalungen endloser Höllenqualen lesen, die Gottes Feindesliebe nicht wahrhaben wollen und nicht aushalten. Es muss aber berücksichtigt werden, dass bedrängte und leidende Gemeinden aus ihren Ohnmachtserfahrungen heraus immer wieder ein gewaltmächtiges Eingreifen Gottes erhofft haben.

47. Der gewaltsame Tod Jesu ist die Tat der damaligen Repräsentanten des jüdischen Volkes (nicht pauschal der Juden!) in bewährter Zusammenarbeit mit der römischen Staatsmacht, vertreten durch Pontius Pilatus, die dem Gottesbild Jesu, Gottes unbegrenzter Güte und seiner Feindesliebe entschieden und blutig widersprochen haben.

48. Biblische Traditionen, die den oben genannten Kriterien nicht entsprechen, haben ungezählte Menschen zu Opfern gemacht. Sie sind mit den Augen ihrer Opfer als Zeugnisse zu lesen, wie wir Gott nicht denken und von Gott nicht reden dürfen. Biblische Überlieferungen, die Gott verfehlen, sind als solche durch einen besonderen Druck und durch Anmerkungen in den Bibelausgaben kenntlich zu machen.

49. Ich lese die Bibel kritisch in der Perspektive von Gottes Feindesliebe und Gewaltfreiheit in der Bürgerschaft Jesu auf dem Weg zu einer Welt frei von Gewalt. Gott ist noch nicht am Ziel. Gott braucht Menschen, die in der Nachfolge Jesu sich als Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für sein Reich der Gerechtigkeit, der Gewaltfreiheit und des Friedens zur Verfügung stellen.

50. Die kritische Lektüre der Bibel in der Unterscheidung ihrer Gewalt legitimierenden und Gewalt überwindenden Traditionen ist dringend geboten. Weil in der Bibel die Gewalt überwindenden Impulse bezeugt werden auf dem Weg zu einer Welt frei von Gewalt, zunächst in den universalen Traditionen Israels, dann in der Botschaft Jesu und in den Zeugnissen der Urchristenheit von Jesus Christus ist die Bibel für die Christenheit die unverzichtbare Urkunde, ohne die der christliche Glaube keinen Anhalt hätte.

Dr. Jochen Vollmer ist Mitglied des Versöhnungsbundes. Diese Gesichtspunkte für ein sachgemäßes Verstehen der Bibel, die Jochen Vollmer im Rahmen der Veranstaltungen des Versöhnungsbundes beim Kirchentag in Bremen vorgetragen hat, knüpfen an seinen Beitrag zum Thema Bibel und Gewalt in Forum Pazifismus 19 (III/2008) an.



Forum Pazifismus

Ja, ich möchte das Forum Pazifismus-Abo.

Die Bezugsgebühr für ein volles Kalenderjahr (4 Hefte) beträgt beim Normalabo 20 € zzgl. 2 € für Porto und Verpackung; bei Bestellung innerhalb

des laufenden Kalenderjahres entsprechend weniger. Die Bezugsgebühren jeweils bis zum Ende des Kalenderjahres sind zu Beginn des Bezuges fällig, danach zu Beginn des Kalenderjahres. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Kalenderjahr, wenn nicht

jeweils bis zum 30.11. schriftlich eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.

- Förderabo I (30 €)
- Förderabo II (40 €)
- Förderabo III* (50 €)
- Normalabo (20 €)
- Ich möchte das ermäßigte Abo für DFG-VK-Mitglieder (18 €)
Meine Mitgliedsnummer lautet: _____
- Ich möchte das ermäßigte Abo für BSV-Mitglieder (18 €)

Zu den genannten Abopreisen kommen jeweils 2 € für Porto und Verpackung hinzu. *Das Förderabo III beinhaltet zusätzlich den automatischen Erhalt einer CD-ROM mit dem Jahresinhalt im PDF-Format zum Jahresende.

(Organisation) _____

Vorname _____

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Ich bezahle bequem per Bankeinzug Konto _____

Bank _____ BLZ _____

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei Forum Pazifismus, Postfach 150354, 70076 Stuttgart schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum _____ Unterschrift _____

Ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und senden an: Forum Pazifismus, Postfach 900843, 21048 Hamburg

ABOKARTE